

In diesem Heft

Editorial

Essay

HELMUT THIELEN

Jenseits von Kapital und Staat

5

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

JANOS JEMNITZ

Ungarn 1994-1997

16

JAN GLÓWCZYK

Kapitalismus auf polnisch

22

DIETMAR DATHE

Kontinuität und Wandel

ostdeutscher Ungleichheitsstrukturen

33

EWA NASALSKA

Polen und Deutsche.

Zur Haltung Jugendlicher und zu Schulbuchinhalten

45

Standorte

WINFRIED WOLF

Der Mythos Che Guevara

und die weltweiten Revolten des Jahres 1968

55

ARNOLD SCHÖLZEL

Von der Kritik zur Esoterik – Rudolf Bahro

70

Die Festplatte

WOLFGANG SABATH

Die Wochen im Rückstau

78

Bücher & Zeitschriften

- Franz-Ulrich Willeke (Hg.):
Die Zukunft der D-Mark. Eine Streitschrift zur Europäischen
Währungsunion, Olzog Verlag München 1997
(ULRICH BUSCH) 80
- Ehrhart Neubert:
Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989,
Ch. Links Verlag Berlin 1997
(MANFRED BEHREND) 82
- Widerspruch 32: Streit um Geschichte, Antisemitismus,
Rassismus, Zürich Dezember 1996
(MARKO HOFFMANN) 84
- Ronnie Kasrils: Steckbrieflich gesucht.
Undercover gegen Apartheid. Mit einem Vorwort von
Denis Goldberg, Neue Impulse Verlag Essen 1997
(STEFAN BOLLINGER) 86
- Jorge Mario Japaz:
Der vierfarbige Punkt. Von den Anden zum Brandenburger Tor.
Neuer Hochschulschriftenverlag Rostock 1997
(STEFFEN FLECHSIG) 88
- Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.):
Markt oder Plan. Wirtschaftsordnungen in Deutschland
1945-1961, Campus Verlag Frankfurt/New York 1997
(JÖRG ROESLER) 89
- Blätter des Informationszentrums 3. Welt, Nr. 216
(GERD BEDZENT) 90
- Markus Lamprecht, Hanspeter Stamm:
Die soziale Ordnung der Freizeit. Soziale Unterschiede im
Freizeitverhalten der Schweizer Wohnbevölkerung,
Seismo Verlag Sozialwissenschaften
und Gesellschaftsfragen, Zürich 1994
(ARNDT HOPFMANN) 92
- Friedrich-Martin Balzer/Christian Stappenbeck (Hg.):
Sie haben das Recht zur Revolution bejaht. Christen in der DDR.
Ein Beitrag zu 50 Jahre »Darmstädter Wort«,
Pahl-Rugenstein Bonn 1997 94
- Miso Nikolic: ... und dann zogen wir weiter. Lebenslinien einer
Romafamilie, DRAVA-Verlag Klagenfurt/ Celovec 1997
(JENS LANGER) 95
- An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 96

Editorial

»Es stimmt, daß alle Wege zum Kapitalismus führen, die Frage ist nur: zu welcher Art Kapitalismus genau, wie schnell und unter welchen Opfern...« (János Kornai).

... das jedoch interessiert im Westen schon kaum noch jemand. Westliche Politik- und Wirtschaftsberatung haben ihre »großen historischen Momente« in Mittel- und Osteuropa längst gehabt. Jetzt herrscht vor allem Tristesse. Der Fundus an modernisierungstheoretisch inspirierten guten Ratschlägen ist offenbar aufgebraucht und die so offenherzig zur Nachahmung empfohlenen neoliberalen Wirtschaftsstrategien haben sich als Schnellschüsse ins Dunkel erwiesen – manches wurde gestreift, aber ins Schwarze getroffen haben sie nie. Mit den real existierenden Ergebnissen, die die Transformation bislang gezeitigt hat, müssen die Völker im europäischen Osten auf ihrem Weg in die Marktwirtschaft nun schon allein fertig werden. Und dies wohl auch deshalb, weil die Angst vor neuen Konkurrenten sich im Westen inzwischen in Grenzen hält, nachdem sogar den einst so selbstbewußt aufstrebenden »Tigern« in Fernost vor kurzem über die globalen Finanzmärkte zumindest einige, wenn nicht alle Zähne gezogen wurden.

Und was macht die Transformationsforschung, jene genauso hoffnungs- wie anspruchsvoll ins Wissenschaftsleben getretene Disziplin, die sich auf die Fahnen geschrieben hatte, es herauszubekommen, wie es gehen könnte, mit dem Systemwechsel zur parlamentarisch-demokratischen Geldwirtschaft? Sie tritt auf der Stelle!

Es scheint als ob die anfängliche Begeisterung längst der Resignation gewichen ist. Der zunächst interessante (auch weil skandalträchtige und damit Aufsehen sowie zusätzliche Mittel erheischende) Gegenstand hat sich nicht nur als zu teuer, sondern auch als zu sperrig und zu spröde erwiesen, nicht zuletzt weil die Fixierung auf den transformatorischen Einzelfall Osteuropa erkennbar zu kurz gegriffen hat. Angesichts dessen, daß – mal wieder – nicht die Ergebnisse eingetreten sind, die mit an Sicherheit grenzender Zuversicht erwartet wurden, steht nunmehr der geordnete Rückzug an. Herausgekommen sind nämlich in der Regel nicht die aus der Entwicklungsgeschichte des Westens bereits bekannten vermeintlich an Perfektion und Effizienz kaum zu übertreffenden institutionellen Strukturen der OECD-Welt, sondern eigenartige Hybridformen von Märkten und Regulationsweisen, deren Zustandekommen einer wirklichen theoretischen Erklärung noch bedarf.

An brauchbaren Ansätzen dazu mangelt es jedoch entschieden. Nachdem der Marxismus – der einzige große Entwurf, der explizit über einen transformationstheoretischen Ansatz verfügt – mit seiner oft schematisch interpretierten Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen und seiner teleologischen Vision vom Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus als quasi zwangsläufiges Naturereignis Schiffbruch erlitten hat, ist im Moment keine, der Hyperkomplexität der Probleme angemessene Weiterentwicklung in Sicht. Und doch würde eine Transformationstheorie als tragendes Element eine modernen Gesellschaftstheorie dringend gebraucht, wenn zum Beispiel die im globalen Maßstab notwendige Systemtransformation zu einem ökologisch und sozial zukunftsfähigen Gesellschaftstyp politisch gesteuert gelingen soll. Dazu bedürfte es der Erhellung jener Zusammenhänge, die das komplizierte Zusammenwirken von historischen Ausgangsbedingungen und weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit politischen Reformstrategien in einer interdependenten Welt vermitteln. Dies ist zweifellos eine grandiose Herausforderung – auch an eine erneuerte marxistische Gesellschaftstheorie.

ARNDT HOPFMANN

HELMUT THIELEN

Jenseits von Kapital und Staat

Der »Realsozialismus« – eine Verwirklichung des Sozialismus oder irgendeiner anderen authentischen Utopie?

»Im Sozialismus ist alles real, nur nicht der Sozialismus.« Dieser Satz von Rudi Dutschke, einem der Repräsentanten der Bewegung von 1968 in Deutschland, und ein anderer schließen sich wechselseitig aus. Der andere Satz, gegenwärtig in vielen Varianten verbreitet und die öffentliche Meinung beherrschend, lautet: Der »Realsozialismus« war der Versuch, die sozialistische und die kommunistische Utopie zu verwirklichen. Wer die Verwirklichung dieser Utopien will, der sagt – wenn auch unfreiwillig – »ja« zu ihren unvermeidlichen Konsequenzen. Das sind Einparteiendiktatur, ineffiziente Wirtschaft, Privilegien von Konsum und Macht für die neue herrschende Klasse der Partei- und Staatsbeamten, Berufsverbote, Gefängnis, psychiatrische Kliniken, Arbeits- (oder Konzentrations)lager, Liquidation – dies alles nicht nur für die Gegner des Systems, sondern auch für Reformkräfte in den eigenen Reihen.

Der Realitätsgehalt dieser Kennzeichnung des »Realsozialismus« kann nicht geleugnet werden. Es fehlt jedoch die Erwähnung der sozialen Vorzüge. Dennoch ist die Auffassung falsch, es habe sich um die Verwirklichung einer Utopie oder wenigstens den Versuch dazu gehandelt. In dieser Sache behält die Formulierung von Rudi Dutschke ihre Geltung: Es war alles real, nur nicht der Sozialismus. Dann aber haben Sozialisten und Kommunisten guten Grund zum befreiten Aufatmen. Die sozialistischen und kommunistischen Ideen sind nicht an der Realität gescheitert. Sie werden nicht länger in Mißkredit gebracht durch ein Regime, das sie zu seiner ideologischen Rechtfertigung mißbraucht hat.

Wenn der »Realsozialismus« kein Sozialismus war, was war er dann? Was ist Sozialismus? Hat er eine Zukunft? Zur Beantwortung dieser Fragen muß etwas weiter ausgeholt werden.

Das Leben in den modernen Industriegesellschaften ist, unabhängig von ihrer Ideologie, vor allem durch ein einziges System von Herrschaft charakterisiert. Dieses Herrschaftssystem umfaßt mehrere Herrschaftsstrukturen, die sich im Ganzen, miteinander und jeweils in sich selber in dialektischer Bewegung befinden. Es handelt sich, erstens, um die wissenschaftlich-technisch-industrielle Beherrschung der Natur, eine Beherrschung, die diese Natur und die Menschen gefährdet und schädigt. Zweitens handelt es sich um die wirtschaftliche Beherrschung der menschlichen Arbeitskraft.

Helmut Thielen – Jg. 1941, Prof. für sozialphilosophische Forschung in Brasilien und freier Autor; Veröffentlichungen in »UTOPIE kreativ« u.a.: »Befreiung – Philosophie der Praxis in Lateinamerika und in Europa. Denken im Angesicht der Apokalypse« (Nr. 35/36, September/Oktober 1993). Adresse: Prof. Dr. Helmut Thielen, Universidade Federal de Mato Grosso do Sul, CCHS-DED, Cidade Universitária, CaixaPostal 649, 79070900 CAMPO GRANDE, MS., BRASIL. Fone: (0055) 067 787 33 - 12. Fax: (0055) 067 787 2160.

(Der vorliegende Text ist eine bearbeitete Version eines Kapitels aus dem Buch »Kritik und Praxis« von Helmut Thielen, das 1998 im Alektor Verlag Berlin erscheint.)

Die Aufgabe, die uns heute gestellt ist, besteht darin, eine neue Utopie zu erfinden.

Celso Furtado

Die vorliegende Charakteristik des »Realsozialismus« nimmt Analysen auf – und führt sie weiter – von Svetozar Stojanovic, einem marxistischen Theoretiker innerhalb der früheren jugoslawischen *Praxis*-Gruppe »Die Zukunft des Sozialismus«, München 1972. Auf Ausdrücke aus dem Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Ideologie wird hier nicht Bezug genommen. Denn es hatte sich um einen Zusammenhang weltanschaulicher Vorstellungen gehandelt (zur allgemeinen Kritik von Weltanschauungen vgl. Theodor W. Adorno: »Philosophische Terminologie«, Bd. 1, Frankfurt 1972) mit doktrinärem Charakter und in apologetischer Absicht. Eine dieser Ideologie angemessene kritische Analyse ist an dieser Stelle nicht beabsichtigt. Dennoch ist ihre konkrete Überwindung auch heute noch eine der Voraussetzungen jeder Kritik.

Sie wird ausgebeutet oder ausgeschlossen zum Zwecke der Rentabilität und des Gewinns von eingesetztem Kapital. Drittens geht es um die politische Beherrschung der Menschen durch den Staatsapparat, durch Bürokratie, Polizei und Militär. Viertens geschieht die psychische Selbstbeherrschung der Individuen durch ihre Anpassung an die obersten praktischen Werte der bestehenden Gesellschaft: Egoismus, Kampf um ökonomische und soziale Vorteile, um politischen Machtgewinn und -gebrauch. Fünftens geht es um die Beherrschung der Gefühle und des Bewußtseins der Menschen durch die Industrien, die Unterhaltung, Massenkultur, ökonomische und politische Propaganda herstellen. Sie wirtschaften nach dem Gewinnprinzip und verkaufen die Ideologie der Anpassung.

Der »Freie Westen« und der »Realsozialismus« waren beziehungsweise sind zwei verschiedene Variationen der Moderne als einem einzigen Herrschaftssystem mit ihren gerade skizzierten Tiefenstrukturen. Die Unterschiede zwischen Ost und West waren bedeutend, aber zugleich relativ. Sie haben keine absolut verschiedenen Gesellschaftssysteme gekennzeichnet, wie man lange gemeint hat, um die jeweils eigene Seite in der Konkurrenz als die überlegene hinzustellen.

Der »Realsozialismus« war keine Verwirklichung des Sozialismus oder einer anderen authentischen Utopie. Vielmehr war er eine Nachahmung des modernen Herrschaftssystems, wie es sich historisch im Westen entwickelt hat und wie es heute weltweit existiert.

Nachgeahmt und gleichsam auf die Spitze getrieben wurde der moderne westliche Staatsapparat. Nachgeahmt wurde die moderne Wissenschaft, Technik und Industrie zur Beherrschung und Ausbeutung der Natur. Nachgeahmt wurde schließlich die entfremdete städtisch-industrielle Arbeits- und Lebensweise in großen Industriebetrieben und in großen Stadtsiedlungen. Die relative Differenz bezog sich erstens auf das unterschiedliche Gewicht von Markt und Staat und auf beider Regulierung durch demokratische Spielregeln. Im Westen überwogen der Markt und die demokratischen Spielregeln, im Osten der Staat und die zentral-staatliche Steuerung und Kontrolle der Gesellschaft. Zweitens bestand der relative Unterschied in der Qualität und Wirksamkeit der ökonomisch-politischen Propaganda. Im Westen war und ist sie effizient durch Verwissenschaftlichung und durch zeitweilig breiten Schichten gewährte Konsumchancen. Im Osten war sie plump und blieb weithin Fassade auf der Basis einer relativen Mangelwirtschaft.

Analysiert mit Hilfe eines Basisbegriffes der Marxschen Theorie, kann der »Realsozialismus« als eine *Klassengesellschaft neuen Typs* verstanden werden. Um eine Klassengesellschaft hat es sich gehandelt, weil der »Realsozialismus« *das* zentrale Erkennungsmerkmal jeder Klassengesellschaft erfüllt hat: die tatsächliche, ausschließende und privilegierende Verfügung über die sachlichen Mittel des Wirtschaftens, der Herstellung von Gütern, Dienstleistungen und Informationen seitens einer herausgehobenen gesellschaftlichen Minderheit. Der »Realsozialismus« war ferner eine Klassengesellschaft neuen Typs, weil die Art dieser ökonomischen und politischen Verfügung so in der bisherigen Geschichte noch

nicht aufgetreten war. Diese Verfügung hat nämlich drei Merkmale in einer neuen Form integriert: die teils feudale, teils totalitäre demonstrative Repräsentation des Hofes der Herrschaft vor einem passiven, überwiegend zur Hinnahme und Akklamation erzogenen Publikum; die tatsächliche, weitgehend ausschließende Verfügung über die Produktionsmittel, zentralisiert in den Spitzen von Staatspartei und Staat, durchgeführt in der spezifischen Form der Bürokratie – also mit herrschaftlicher Führungsspitze, hierarchischem Aufbau, Delegation nach und Kooptation von unten als Reproduktionsmechanismen; schließlich eine staatlich regulierte – und vor allem: strangulierte – entfremdende Warenproduktion und Kapitalakkumulation.

Einzig um der Hoffnungslosen willen
ist uns die Hoffnung
gegeben.
Walter Benjamin

Warum ist der »Realsozialismus« gescheitert? Von den Ursachen des notwendigen Endes einer Gegen-Utopie

Der »Realsozialismus« ist aus zwei Gründen notwendig gescheitert. Er war kein Sozialismus, sondern eine schlechte Kopie des Westens. Wie eigentlich nicht anders zu erwarten, blieb das Original erfolgreicher als die Kopie. Ökonomisch und sozial war der regulierte Markt zusammen mit dem rechtsstaatlich und demokratisch zivilisierten Staat der zentralisierten Staatswirtschaft und der verstaatlichten Gesellschaft überlegen. Mit Bezug auf die fundamentale Voraussetzung für eine reale Chance, auf dem Weltmarkt im Wettbewerb mit den kapitalistischen Industrieländern zu bestehen, konnte der »Realsozialismus« nicht, schon gar nicht unter ungünstigsten Bedingungen – so der Zweite Weltkrieg und das Wettrüsten der Nachkriegszeit – in wenigen Jahrzehnten eine technologische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung nachholen, für die der Westen selbst vier Jahrhunderte gebraucht hatte.

Die Erklärung, die hier für das Scheitern des »Realsozialismus« gegeben wird, gilt in abgewandelter Form auch für das Schicksal der traditionellen Befreiungsbewegungen in der »Dritten Welt« dort, wo es ihnen gelungen war, Regierungsmacht zu erlangen, so zum Beispiel für diejenigen in Lateinamerika. Mit den meisten Ländern des »Realsozialismus« hatten sie, unbeschadet der Unterschiede, die entscheidenden Merkmale der technisch-wirtschaftlichen Rückständigkeit, und, nach Anfangserfolgen, des entwicklungshemmenden zentralisierten und bürokratisierten Staates gemeinsam – auch in jenen Fällen, in denen der unmittelbare Einfluß des sowjetischen Modells nicht so durchschlagend war wie im Falle Cubas.

Weil die »realsozialistische« Gesellschaft und Politik das westliche Herrschaftssystem nachgeahmt hat – zum Teil verschärft und mit anderer Gewichtung der Elemente dieses Systems – genau darum war, seit den Anfängen in der Sowjetunion, ihre Praxis strikt anti-utopisch, anti-sozialistisch, anti-kommunistisch und anti-anarchistisch. Sie war also alles andere, nur nicht der Versuch, eine authentische Utopie zu verwirklichen. Die sogenannte Oktoberrevolution von 1917 in Rußland war ein, wenn auch unblutiger, Militärputsch der Bolschewiki und der Beginn der Unterdrückung und Zerstörung anderer sozialistischer und anarchistischer Kräfte und Gesellschaftsprojekte, schließlich der kommunistischen Oppo-

Eine ironische Fußnote der Geschichte ist es, daß Leo Trotzki, als er noch Volkskommissar für das Militärwesen in der Sowjetregierung war, seinen Teil dazu beigetragen hat, vermittels der pseudo-revolutionären Gewalt der Roten Armee, die Möglichkeit eben jener Räterepublik zu zerstören, die er später, nun ohne Macht, aber mit tieferer Einsicht, nur noch als theoretisches Konzept verteidigen konnte. So, wie der Unterschied zwischen Ost und West, so war auch derjenige zwischen Trotzki und Stalin relativ. Triumphalismus ist auf keiner Seite angebracht und kann nur peinlich wirken.

sition in den eigenen Reihen. Daher war es nicht die Revolution, sondern die bolschewistische Konterrevolution, als Ersetzung der Räterepublik durch die Partei- und Staatsdiktatur, die die Kinder der Revolution fraß, um einen bekannten Buchtitel von Wolfgang Leonhard zu variieren.

Die bolschewistische Unterdrückung der utopischen Ideen und Praxis zeigte sich in drei Schlüsselereignissen beziehungsweise -entwicklungen: *Erstens* in der Unterwerfung und Zersetzung der räterepublikarischen Gesellschaft, die als Alternative sowohl zum Kapital wie zum Staat in der Revolution vom Februar 1917 entstanden war und ihren Vorläufer in der niedergeschlagenen Revolution von 1905 hatte. *Zweitens* und *drittens* markierten die Niederwerfung des Aufstandes der revolutionären Matrosen von Kronstadt (1921) und der Bauernguerilla von Machno und Arschinnoff in der Ukraine (1917-1922) durch die Rote Armee unter der Führung von Leo Trotzki die unversöhnliche Feindschaft der Bolschewiki gegenüber einem freiheitlichen und demokratischen Kommunismusmodell. Die Stabilisierung der ökonomisch-politischen Diktatur bis hin zu den stalinistischen Verbrechen war eine Konsequenz der genannten Schlüsselereignisse, in denen die Alternative Räterepublik oder Partei- und Staatsdiktatur zugunsten der letzteren entschieden wurde.

Das Ende des »Realsozialismus« als möglicher Beginn vom Ende des Westens selbst

Ist der »Realsozialismus« nur eine Variante des globalen modernen Herrschaftssystems gewesen, so verweist sein Scheitern auf die Problematik der modernen Herrschaft überhaupt. Diese Problematik betrifft genauso den Westen. Daher könnte sich noch, im Verlaufe des 21. Jahrhunderts, jenes Scheitern als der Anfang vom Ende des Westens selbst herausstellen. Auf diese Möglichkeit haben, schon unmittelbar nach dem Fall der Mauer in Berlin, die Tatsachen selbst hingewiesen. Es handelt sich vor allem um die kontinuierliche *soziale Schrumpfung* des kapitalistischen Systems in den technisch fortgeschrittensten Industrieländern, in Gestalt der schrittweisen Abschaffung des Sozialstaates und in Gestalt des noch minoritären, aber wachsenden Bevölkerungsteils, der aus der kapitalistischen Reproduktion ausgeschlossen wird.

Der Osten war nicht die Lösung der Probleme des Westens, sondern deren verzerrte Spiegelung. Der Westen hat keine Lösung, weder für die Probleme der »post-kommunistischen« Gesellschaften und Regionen, zum Beispiel der neuen Bundesländer im vereinigten Deutschland, noch für seine eigenen, die nach seinem zweifelhaften Sieg in der Ost-West-Konkurrenz sich weltweit und nunmehr ohne reformpolitische soziale Hemmungen entwickeln. Der illusionären Utopie des Staates als Garant von Sicherheit und Gerechtigkeit entsprach im Osten eine Gesellschaft, die nicht nur unfrei, sondern auch ungerecht war. Der illusionären Utopie des Marktes als Garant von Freiheit und Wohlstand entspricht eine Gesellschaft, die nicht nur ungerecht, sondern auch unfrei ist. Beide Illusionen wurden, beziehungsweise werden derzeit, von der Wirklichkeit widerlegt.

In der Sprache der dialektischen Logik kann dieser Sachverhalt wie folgt ausgedrückt werden: Das Geheimnis der Verneinung des Sozialismus im »Realsozialismus« war seine Selbstverneinung als Sozialismus. Das Geheimnis der Selbstverneinung des realen Kapitalismus ist seine, tatsächliche und ideologische, Selbstbestätigung als realer Kapitalismus.

Der »Realsozialismus« ist gescheitert, weil er *kein Sozialismus war*; der neoliberale Kapitalismus von heute ist auf dem Wege zu scheitern, weil er *ein sehr reiner und sehr realer Kapitalismus ist*.

Siege, am allerwenigsten der Pyrrhussieg des kapitalistischen Marktes, dauern niemals ewig. Man kann und muß sich daher auf das Scheitern des Westens in dem Sinne vorbereiten, daß er, global betrachtet, seine Reproduktionsfähigkeit für die Mehrzahl der Menschen und hinsichtlich der Natur verliert oder gar nicht erst gewinnt und damit seine Legitimation einbüßt, die die unverzichtbare Voraussetzung für die Anpassungs- und Folgebereitschaft der Menschen, für ihre Loyalität ihm gegenüber ist.

Vielleicht sind wir berechtigt, den deutschen Frühling 1997 in Bonn, Dortmund, Berlin und Gorleben als das Wetterleuchten zu verstehen, mit dem sich eine neue gesellschaftspolitische und ökologische Dynamik ankündigt. Steht es so, dann kommt alles darauf an, diesem System der Unfreiheit und des Unrechts schon jetzt eine strukturelle Alternative entgegen zu setzen.

Für die Mehrzahl der Weltbevölkerung hält der Westen, dessen Ordnung heute total geworden ist, nur unterschiedliche Grade der Unfreiheit und der Armut bereit. Längst schon ist die Zweidrittel-Gesellschaft der Wohlhabenden im Weltmaßstab auf dem Wege zur Vierfünftel-Gesellschaft der Armen und Ausgeschlossenen. Der »Westen« schließt heute auf der ganzen Welt 1,3 Milliarden Menschen in absoluter Armut und Elend ein. Er unterwirft die isolierten Individuen im Alltag der hierarchischen Arbeitswelt in den Betrieben und Verwaltungen und gegenüber der immensen internationalen Konzentration von ökonomischer und politischer Macht. Schließlich verschleiert er die Herrschafts- und Ausschließungsverhältnisse durch die Manipulation vermittels ökonomischer und politischer Propaganda. Jedoch ergibt sich aus der angesprochenen Tendenz zur Ausschließung die politisch entscheidende Frage, ob nicht, als Folge jener Ausschließung, ein Faktor gleichsam ins Rutschen gerät, der für die Loyalität einerseits, die Bereitschaft zum Widerstand andererseits in der Medien- und Informationsgesellschaft zu den entscheidenden zählt: Das ist die Kompensationskapazität der Kulturindustrie – so zum Beispiel des Medienkonzerns Globo in Brasilien – für frustrierende Primärerfahrungen im Arbeits- und in weiteren Lebensbereichen. Aus einer wachsenden Schere zwischen zunehmender Ausschließung aus den Basisbereichen des sozialen und des individuellen Lebens und relativ abnehmender Kompensation der aus dieser Ausschließung folgenden Frustrationen vermittels der Kulturindustrie, der ideologischen Apparate überhaupt, im Verständnis von Antonio Gramsci, könnte sich eine Umkehrung des bisherigen Verhältnisses von Anpassung und Autonomie ergeben. Die real gegebene Gefahr des Rechtsradikalismus, der Irrationalität überhaupt, als Folge der wachsenden Ausschließung, ist analytisch und praktisch sehr ernst zu nehmen. Um ihr aber Paroli bieten zu können, ist in der Praxis und in dem sie begleitenden Sektor der theoretischen Reflexion auf die emanzipatorischen Möglichkeiten zu setzen. Es kommt, beispielsweise, darauf an, sich nicht über das Geschick der Neuen Rechten zu beklagen, sondern ihr keinen Fußbreit an kulturellem Boden zur

Besetzung zu überlassen. Derartige Versäumnisse im soziokulturellen Felde einer zu entwickelnden Widerstands- und Befreiungskultur rächen sich bitter. Sie sind ein konstitutives Moment der Position der Rechten, wie das negative Beispiel einer ökonomisch knochentrockenen und von der Moskauer Internationale bevormundeten kommunistischen Politik im Deutschland der Weimarer Republik gezeigt hat. Darauf haben in ihren Schriften Ernst Bloch und Alfred Kantorowicz hingewiesen.

Im Unterschied zu den illusionären Pseudo-Utopien des »Realsozialismus« als totaler Staat und der Freiheit als totaler Markt ist die wahre Utopie einer zugleich freien und gerechten Gesellschaft bisher lediglich durch Denunzieren, Verleugnen der Inhalte, praktisch durch Machtpolitik und vielfach durch blutige Gewalt ausgeschaltet worden. Nie wurde sie durch Erfahrung oder rationale Kritik widerlegt. Das verweist auf ihre Aktualität und auf die Notwendigkeit, ihr aktiv eine reale Chance zu erkämpfen.

Von den Pseudo-Utopien des kapitalistischen Marktes und des bürokratischen Staates zur authentischen Utopie der freien Gemeinschaft und des persönlichen Glücks

Zum ersten Mal in der modernen Geschichte steht heute global die Verwirklichung eines menschenwürdigen Lebens jenseits von Kapital und Staat auf der Tagesordnung. Diese Feststellung beruht auf den folgenden Sachverhalten:

Zusammen mit den illusionären Utopien des totalen Staates und des totalen Marktes sind auch die mit diesen Pseudo-Utopien verbundenen realen Gesellschaften und Politiken gescheitert oder beginnen zu scheitern, die die Utopie der Freiheit und Gerechtigkeit zwischen den Menschen und der Versöhnung mit der Natur bekämpft haben. Das verweist im Umkehrschluß auf die Wahrheit und Notwendigkeit dieser authentischen Utopie. Die westliche Weltordnung verliert schrittweise ihre wirtschaftliche und politische Legitimation, indem sie eine täglich wachsende Anzahl von Menschen nicht mehr über Beschäftigung, Einkommen und Konsum sozial und ebenso nicht mehr über eine ausreichend funktionierende Demokratie politisch an sich binden kann.

In den kommenden Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts wird der Anteil der Armen und Ausgeschlossenen an der Weltbevölkerung weiter zunehmen. Darin liegt die Chance – nicht die Gewißheit! – beschlossen, daß auch jene Minderheit wächst, die – als eine Avantgarde neuen Typs, nämlich ohne Macht und Herrschaft – Experimente mit anderen gemeinschaftlichen, demokratischen und ökologischen Formen des Lebens und Arbeitens macht – als den Zellen einer neuen Gesellschaft.

Es besteht die Möglichkeit, daß die Überlebensstrategien von heute zu den Lebensstrategien, den Werkstätten werden, die die Zukunft in Gegenwart verwandeln, weil sie hier und jetzt mit dem richtigen Leben anfangen – nicht aus Idealismus, sondern weil die wachsende soziale, kulturelle und ökologische Not nach neuen Wegen ruft.

Überlegungen zum Verhältnis von Demokratie, jenseits der Demokratie, und Sozialismus, jenseits des Sozialismus (Gewidmet den eher irrenden und den eher wissenden Geschwistern.)

Große Teile der Linken haben in der Vergangenheit die Demokratie pauschal verlästert – manche genießen das heute noch – oder sich mindestens gleichgültig ihr gegenüber verhalten. Es ist klar, daß die politische Form des »Realsozialismus« als einer extremen Diktatur sehr wesentlich zu dessen Scheitern beigetragen hat, ebenso zu demjenigen all der kleinen Gruppen und Organisationen, die in dieser Frage die Position des »Realsozialismus« geteilt oder damit sympathisiert haben oder dem indifferent gegenüber standen. Der Beitrag bestand in der Unterdrückung und Bestrafung dessen, was das wichtigste »Kapital« sozialistischer Bestrebungen sein muß, die freie Entfaltung der menschlichen Person, als eines Wesens, das mit kostbarsten *menschlichen* Produktivkräften begabt ist und gleichsam berufen, sie zu entfalten. Darum ist es heute eine Lehre aus jenen Erfahrungen und eine Pflicht, sich weder die Freiheit und die Demokratie von autoritären Linken, noch die Gerechtigkeit und den Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus von den Repräsentanten der Ungerechtigkeit, die im Schein der Demokratie daherkommen, ausreden zu lassen. Frauen und Männer des Sozialismus muß man daran erkennen können, daß sie Freiheit *und* Gerechtigkeit, Gerechtigkeit *und* Freiheit anstreben, weil sie gar nicht anders können, als auf dem Boden der religiös-theologischen Idee der *Versöhnung* zu stehen – auch als Atheisten, für sie ist dann Versöhnung eben »nur« eine menschliche Idee – die die Mutter von Freiheit und Gerechtigkeit ist und zu der sie sich hin bewegen.

Alles kommt darauf an und hängt davon ab, Demokratie nicht als Ersatz, sondern als Verwirklichung des Sozialismus theoretisch zu begreifen und praktisch zu verwirklichen. Und umgekehrt: Sozialismus ist nicht als Ersatz, sondern als Verwirklichung der Demokratie aufzufassen und zu praktizieren.

Die Demokratie an die Stelle des Sozialismus zu setzen, bedeutet, nur die eine, nicht aber auch die andere Konsequenz aus der Implosion des »Realsozialismus« zu ziehen, obgleich und weil eben diese Ersetzung von der kapitalistischen Propaganda beständig gepredigt wird in den Tempeln des Goldenen Kalbes. Die eine Konsequenz: die Demokratie zu realisieren, die andere: den Sozialismus und beide in dialektischen und dialogischen Verhältnissen dieser Momente zu denken und experimentell zu realisieren.

Die Ersetzung des Sozialismus durch die Demokratie bedeutet, den Fehler des »Realsozialismus« zu wiederholen, diesmal mit umgekehrtem Vorzeichen. Der »Realsozialismus« meinte, er könnte ohne Demokratie auskommen – oder mit einer Farce, die demokratischer Zentralismus genannt worden ist – oder sich gegen sie stellen.

Heute meinen viele, die Demokratie gegen den Sozialismus auszuspielen zu können, ohne sie zu verwirklichen. Aber die Negation des Sozialismus ist eine Negation der Demokratie, ihre Auslieferung an die Diktatur des Kapitals. Diese Negation hat rein gar nichts gelernt aus der Entfremdung und Bedrohung der Demokratie *im* Kapitalismus. Die Negation des Sozialismus blockiert auch

Sozialismus ist hier ein Tendenzbegriff, in dem die Perspektive auf Kommunismus und Anarchismus, also: Anarcho-Kommunismus, immer als mit gesetzt zu denken ist.

die Aufgabe, die Freiheit und die Demokratie zu retten vor dem Kapital und vor dem Staat – durch den Sozialismus. Die Freiheit und die Demokratie sind angewiesen auf diese Rettung durch einen authentischen Sozialismus, denn diejenigen, die sich Liberale oder Demokraten nennen, sind überwiegend unfähig, Freiheit und Demokratie zu verwirklichen.

Theoretisch findet die Demokratie ihre Erfüllung in anarchistischen Strukturen: Sie beruhen dann auf Anerkennung und Solidarität und auf freien Institutionen: Vertrag, Selbstverwaltung (Räte-demokratie) und Föderation. Die Demokratie wird hier begriffen als soziale Ordnung ohne Herrschaft und Gewalt – also auf dem Wege einer Annäherung an das anarchistische Ideal. Die Theorie der Demokratie und ihre Verwirklichung sind zwei Bewegungen, die demselben Ziel entgegen gehen: der Freiheit und der Gerechtigkeit.

Praktisch findet die Anarchie in der Demokratie ihre Erfüllung, das heißt in dem Maße, in dem die leitenden Ideen des Anarchismus in demokratischen Institutionen verwirklicht werden – in einem Prozeß, der nie an ein Ende gelangt, also in permanenter Evolution und Revolution sich bewegt.

Die bürgerliche oder westliche Demokratie ist keine Demokratie, oder sie ist dies nur in einer höchst beschränkten und wenig wirksamen Form. Sie schließt das Ordnungsprinzip der Demokratie von der Geltung und von der Verwirklichung aus hinsichtlich der beiden wichtigsten Strukturen in der modernen Gesellschaft. Es sind die Strukturen, in denen die Menschen ihre bedeutsamsten sozialen Erfahrungen außerhalb von Primärgruppen – wie Familie usw. – machen. Diese Erfahrungen bereiten sie ihrerseits auf den Konformismus vor mit den herrschenden Institutionen. Es handelt sich bei diesen Teilstrukturen innerhalb des Gesellschaftssystems um die kapitalistische Marktwirtschaft und um den modernen zentralbürokratischen Staat. Diese Wirtschaft und dieser Staat sind nicht nur keine demokratischen, sie sind vielmehr anti-demokratische Strukturen. Sie sind nicht erst in ihren Auswüchsen, sondern schon in ihren Kernstrukturen und Basisinstitutionen Diktaturen. Sie beruhen nicht auf Selbstbestimmung, sondern auf Herrschaft und letzten Endes auf Gewalt – sei es nun die strukturelle Gewalt der Warenproduktion und Kapitalakkumulation, die die Menschen verletzt und tötet durch Hunger und Krankheiten, Verletzung ihrer Würde und durch Zerstörung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen, sei es die unmittelbare Gewalt der Staatsapparate: Polizei und Militär vor allem. Es ist nicht möglich, die Auswüchse, Übergriffe dieser Herrschafts- und Gewaltstrukturen zu bekämpfen und sie selber dabei zu verschonen. Die Verhinderung der Auswüchse ist nur als eine Konsequenz der Abschaffung dieser Strukturen im Zentrum der modernen Gesellschaft denkbar und realisierbar. Es kommt darauf an, das Unheil im Herzen der Bestie selbst zu besiegen.

Lediglich die politische Übermacht der Wirtschaft zu beklagen, bedeutet, zugleich die Diktatur zu akzeptieren, die das Kapital in der Wirtschaft selber schon ausübt. Diese ökonomische Diktatur ist die Basis und enthält die Notwendigkeit für den Übergang von ökonomischer Herrschaft zu politischer Macht, zur Kontrolle oder

Daraus hat die traditionelle Linke in der Vergangenheit oft den Schluß gezogen, es könne auf die Demokratie auch gleich verzichtet werden. Nichts ist fataler als diese Meinung. Im Unterschied zur Rechten braucht die Linke die Demokratie als ein Lebenselixier, und unter ihre Aufgaben zählt es daher auch, die gegebenen Elemente der Demokratie gegenüber der Diktatur des Kapitals zu verteidigen. Die Dynamik dieser Diktatur läßt jedoch für jene Verteidigung keine andere Möglichkeit zu als die Eroberung und Konstruktion der [ganzen] Demokratie; nur in ihr können jene Elemente gerettet werden. Die Chance, die ganze Demokratie zu verwirklichen, setzt die Negation der Gleichgültigkeit oder Ablehnung gegenüber jenen Elementen voraus, so weit sie bei der Linken gegeben war oder noch ist. –

Verwandt mit diesem Gedanken sind die Einsichten, die Ernst Bloch (Erbschaft dieser Zeit), Alfred Kantorowicz (Spanisches Kriegstagebuch) und Bonaventura Durrutti (vgl. die Durrutti-Biographie von Abel Paz, deutsch bei Nautilus) aus der Erfahrung des europäischen Faschismus der zwanziger bis vierziger Jahre gewonnen haben.

auch zur Reduzierung bis Abschaffung der bloß politischen Repräsentationsdemokratie. Die Diktatur in der Wirtschaft beinhaltet ein dynamisches Machtpotential, das in die Politik eindringt und sie sich unterwirft. Außerdem ist dieser Übergang auch notwendig, um die, vor allem sozialen, Erosionen, Konflikte und Krisen zu regulieren – nicht zu verhindern –, die aus der dynamischen Kernstruktur des Kapitalismus hervorgehen.

Lediglich die Auswüchse der staatlichen Bürokratie zu kritisieren, bedeutet zugleich die Anerkennung, daß jeder moderne Staat sich notwendig eine Bürokratie schafft als sein Machtinstrument. Die Probleme dieses Instrumentes werden nur gelöst, indem das Problem gelöst wird, das die staatliche Macht in sich selber schon ist – vor allen Auswüchsen, die sie als Gefahr stets mit sich führt.

Der Sozialismus ist Freiheit vom Kapital und vom Staat für die Menschen in und gegenüber der Ökonomie

Der konsequente Sozialismus und der Kommunismus, vor allem aber der Anarchismus waren nie eine bloß materielle oder bloß soziale Gerechtigkeit fordernde, sondern immer Freiheitsbewegungen. Es erscheint als unabdingbar notwendig, Sozialismus, Kommunismus und Anarchismus neu zu denken als emanzipatorische Ideen und Bewegungen für alle, die an der Schwelle des 21. Jahrhunderts ein humanitäres Projekt aufbauen möchten.

Der Sozialismus verwirklicht die Freiheit der Menschen in der Wirtschaft durch deren Demokratisierung, statt an den Toren der Fabriken und der Verwaltungen ein Schild anzubringen mit der Aufschrift: hier endet der demokratische Sektor der Gesellschaft. Demokratie ist hier nicht Selbstzweck, sondern ein Mittel, um die Freiheit zu verwirklichen in deren beiden Hauptsphären. Das sind die individuelle Persönlichkeitsentfaltung und die gleichberechtigte Teilnahme an der Selbstverwaltung der öffentlichen Angelegenheiten. Darin hat die selbstverwaltete Wirtschaft ein besonderes Gewicht, ohne daß die Selbstverwaltung auf diese Wirtschaft reduziert werden könnte.

Die Demokratie, begriffen zuerst als Prozeß der Demokratisierung und nicht als formeller und fertiger Apparat, verwirklicht die Gerechtigkeit durch das Konstituieren von Freiräumen und von sozialen Sicherungen, die die persönliche Entfaltung der Individuen ermöglichen und fördern, und von Regeln für allgemeine und gleiche Beteiligungschancen in der Selbstverwaltung der Wirtschaft und weiterer Strukturen des Gesellschaftssystems.

Eine Demokratie, die nicht sozialistisch ist, ist keine Demokratie, sondern eine betrügerische Farce. Sie ist ein Widerspruch in sich und das in zweierlei Hinsicht: Sie duldet die anti-demokratischen Strukturen der modernen kapitalistischen Marktwirtschaft und des modernen Staates. Damit trägt sie bei zu ihrer eigenen Zerstörung, oder, anders gesagt, sie befindet sich in einem Zusammenhang von erlittener Zerstörung und Selbstzerstörung. Diese Dynamik geschieht immer auf einem jeweils gegebenen Stande der schon beschränkten und geschädigten Demokratie aufgrund der Macht von Kapital und Staat gegenüber den demokratischen Institutionen, vor allem gegenüber sozialen Bewegungen, Öffentlichkeit und Parlamenten.

Damit ist nicht weniger gemeint als die Umkehrung der Momente im Marxschen Gedanken vom Reich der Notwendigkeit und der Freiheit. Das Reich der Freiheit ist nicht nur ein Ziel, sondern zuerst eine Basis, ein Anfang der Verwirklichung als Ziel – also eine Dialektik des Schon-Jetzt und des Noch-Nicht. Und: eine Humanisierung des Reiches der Notwendigkeit kann nur gedacht und verwirklicht werden, ausgehend vom Reich der Freiheit, von einem Minimum an Gedanken und Praxis dieser Freiheit, das zunächst in der Form jener Dialektik gegeben ist. Damit ist die Geschichtsphilosophie, deren Kern der Begriff des Fortschrittes ist, sei es in der bürgerlichen sei es in der Marxschen oder marxistischen Variante als überwunden zu betrachten.

Eine Demokratie, die den Anspruch auf Sozialismus aufgibt, gibt sich selbst auf. Sie ist keine Demokratie mehr, sobald sie vor Kapital und Staat kapituliert und sich auf den Weg des Zerstörtwerdens und der Selbstzerstörung begibt.

Ist Sozialismus der Prozeß der Demokratisierung der Gesellschaft im Ganzen, so gibt es auch keinen Sozialismus ohne Demokratie. Sozialismus ist Freiheitsbewegung, demokratisierende Bewegung, gerade weil und soweit er sein Wesen als Gerechtigkeitsbewegung realisiert und als Bewegung der Durchsetzung und der Verteidigung der menschlichen Würde – eine Bewegung also, in der sich die beiden Sphären des menschlichen Lebens, die individuelle und die soziale, innerhalb der Freiheit und innerhalb der Gerechtigkeit geltend machen.

Sozialismus, ebenso wie Demokratie, beruht auf Rechtsstaatlichkeit. Aber beide sind sie mehr: Anerkennung der Würde des Menschen *und* der Natur, Ehrfurcht vor beiden, und, wo nötig, Verteidigung und (Wieder-) Herstellung ihrer Würde. Dazu ein Wort von Nietzsche: »Die vornehme Seele hat Ehrfurcht vor sich selber«.

Sozialismus ist nicht Gerechtigkeit, aber eine Struktur von Institutionen, die die Verwirklichung von Gerechtigkeit ermöglichen und fördern und daher unverzichtbar notwendig sind. Sozialismus ist immer nur Mittel zum Zweck, der nicht Sozialismus ist, sondern Gerechtigkeit. Setzt sich Sozialismus, als *Ensemble* von Mitteln, an die Stelle der Gerechtigkeit, als Zweck, so verhindert er nicht allein Gerechtigkeit, sondern verliert auch seinen Sinn, als Sozialismus Mittel der Gerechtigkeit zu sein.

Dasselbe läßt sich von der Demokratie sagen. Demokratie ist nicht Freiheit, aber sie ist eine Struktur von Institutionen, die die Entfaltung der Freiheit ermöglichen und fördern und die daher unverzichtbar notwendig sind. Aber sie verhindern die Freiheit, sobald sie diese als Zweck durch sich selber ersetzen. Das Resultat hiervon ist die sinnentlehnte Mechanik der verdinglichten Rituale, die Demokratie genannt werden, aber bar jeden vernünftigen Sinnes sind – der Selbstlauf der politischen Apparatur, der vom Kapital für seine Zwecke instrumentalisiert wird und aus dieser Instrumentalisierung wieder hervorgeht, oder der reduziert wird oder ersetzt durch einen anderen effizienteren Apparat.

Im Verhältnis zum globalisierten Kapital ist die nationalstaatlich organisierte Demokratie einerseits weitgehend ohnmächtig, gemessen an der demokratischen Idee, andererseits ineffizient, gemessen an den Ansprüchen der Kapitalverwertungsdynamik. Daher sind wir Zeugen der schrittweisen inneren Auszehrung der Demokratie.

Sozialistische Institutionen ohne reale und effektive Gerechtigkeit sind lebende Leichname. Demokratische Institutionen ohne reale und effektive Freiheit sind Apparate ohne Leben. Sozialismus ohne Freiheit ist ungerecht, nicht allein unfrei. Letzteres liegt auf der Hand, ersteres ist genauso ernst zu nehmen. Demokratie ohne Gerechtigkeit ist unfrei, nicht allein ungerecht. Dieser Fall ist ebenso zu betrachten und zu behandeln wie der vorige.

Demokratische Institutionen sind Bedingungen der Möglichkeit der Freiheit, als individuelle Persönlichkeitsentfaltung und als Teilnahme an der sozialen Selbstverwaltung. Darum sind sie auch ge-

recht. Sozialistische Institutionen sind Bedingungen der Möglichkeit der Gerechtigkeit, als Gerechtigkeit der individuellen Entfaltung der jeweiligen besonderen Person und als Gerechtigkeit der sozial gleichen Teilhabe an der Selbstverwaltung der öffentlichen Einrichtungen. Darum sind sie auch frei.

Wird durch Sozialismus Gerechtigkeit verwirklicht, so wird zugleich Freiheit verwirklicht. Wird durch Demokratie Freiheit verwirklicht, so wird zugleich Gerechtigkeit verwirklicht. Freiheit ist Gerechtigkeit und umgekehrt: Gerechtigkeit ist Freiheit. Demokratie ist Sozialismus und umgekehrt: Sozialismus ist Demokratie. Sie sind in ihrer wechselseitigen Verbindung und Durchdringung notwendig für ein Leben in Würde und bekommen durch den Bezug auf diese Perspektive ihren Sinn.

Die Freiheit, institutionalisiert als Demokratie, und die Gerechtigkeit, institutionalisiert als Sozialismus, treffen aufeinander und verbinden sich, um wahres Glück zu *ermöglichen* – ein Glück, das mehr ist als Vergnügen, aber ohne Zweifel jedes echte Vergnügen einschließt.

Der Zusammenbruch des »Realsozialismus« und die lang anhaltende Agonie des Reformismus sind für eine neue, unabhängige, kreative Linke kein Nachteil, sondern ein Vorteil. Nach dem Tod der »realsozialistischen« und angesichts der Agonie der reformistischen Väter und Mütter ist die Linke nun auf sich selbst gestellt. Sie muß bei Strafe des Unterganges erwachsen werden, zu sich selber stehen und für sich selbst *Verantwortung* übernehmen. Denn »es rettet sie kein höh'eres Wesen ...« Auf sie warten die Gefahren und die Chancen der *Freiheit*, zu der sie, höflich gesagt, nicht immer das beste Verhältnis hatte.

Zusammenbruch und Agonie der beiden geschichtsmächtigsten sozialen Emanzipationsbestrebungen – als Variationen *innerhalb* der Moderne – sind, umgekehrt, ein Nachteil, nicht: ein Vorteil für die kapitalistische Moderne und »Post-Moderne«.

Das Schicksal des »Realsozialismus« und des Reformismus hat für eine neue Linke zwei positive Funktionen. Ihre Gedanken und ihre Praxis können sich frei machen von jeder Nähe zu oder Verbindung mit ihnen. Raum und Zeit sind wieder offen für ein neues emanzipatorisches Projekt. Das schon eingetroffene und das absehbare Ende der beiden historischen Variationen der sozioökonomischen und politischen Dimension der Moderne haben in kurzer Zeit, in zwei, drei Jahrzehnten, die Widersprüche und die permanente Krise der kapitalistischen Variante zugespitzt, vor allem nach dem »Sieg« über den »Realsozialismus« und damit einer sich erneuernden Linken die zu erledigenden Aufgaben gezeigt. Nun wird sie, bei Strafe des Unterganges, Fundamente gründen müssen in dem so schädlichen wie nahrhaften Boden der Krise. Eine schwierige Herausforderung ist anzunehmen.

JANOS JEMNITZ

Ungarn 1994-1997

Janos Jemnitz - Jg. 1930, Dr. der historischen Wissenschaften, Mitarbeiter am Institut für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, spezialisiert auf die Geschichte der Arbeiterbewegung. Zahlreiche Buchpublikationen, die auch ins Englische und Deutsche übersetzt wurden, z.B.: *The Danger of War and the Second International 1911-1914*, Budapest 1972, und: *Karl Kautsky und die Sozialdemokratie Süd-osteuropas* (mit Georges Haupt und Leo van Rossum), Frankfurt/M. 1986. In ungarischer Sprache u.a. Arbeiten zu Jean Jaurès, Léon Blum und Mihály Károlyi.

Die Zeit von 1989 bis 1994 war in Ungarn die Periode des »Systemwechsels«. Diese Periode begann damit, daß im »ersten freien Parlament« eine Koalition von rechten Parteien an die Macht gelangte, die die Privatisierung der nationalisierten Bereiche der Volkswirtschaft in Gang setzte und in der Landwirtschaft die Genossenschaften zerschlug. Damit einher ging ein »boom« finanzpolitischer Maßnahmen, in deren Resultat die Wirtschaftsstruktur »modernisiert« dastand: »modernisiert« auf Kosten der Lohnempfänger. Im Laufe dieser »Modernisierung« bildete sich eine neue Wohlstandsschicht heraus – bestehend aus Angehörigen der alten politischen Nomenklatura, Mitgliedern der neuen »demokratischen« Politikerschaft, weiter aus Wirtschaftsmanagern, Angehörigen der Banken- und Finanzweltplutokratie und Interessenvertretern der multinationalen Konzerne und schließlich – natürlich! – aus den Akteuren der vielschichtigen mafia-ähnlichen Organisationen. Schon sehr bald nach dem Beginn dieser Periode zogen am Himmel die dunklen Wolken der Armut auf, und vom schrittweisen Abbau des Lebensstandards waren zunehmend auch die Intellektuellen und die Beschäftigten im öffentlichen Sektor betroffen. Die Arbeiter – das heißt: jene, die ihre Arbeit behalten hatten – spürten stärker und stärker, was es bedeutet, wenn der Schutz, den Kollektivvereinbarungen geboten hatten, plötzlich verschwindet, wenn die Gewerkschaften an Einfluß verlieren und solche Dinge wie vom Betrieb getragene Kindergärten ihrer »Unprofitabilität« wegen beseitigt werden.

Die Fülle der solcherart gemachten Erfahrungen führte zu einer politischen Stimmung im Land, die – obwohl die Organisationen der Interessenvertretung der Arbeiter noch kaum zum Kampf bereit waren – bei den Wahlen 1994 in einen Sieg der Ungarischen Sozialistischen Partei mündete. An diesen Sieg knüpften sich nun etliche Erwartungen – war es doch zur Überraschung fast aller mit 54 Prozent der gültigen Stimmen ein echter »Erdrutsch«-Sieg. Mit solch einer satten Mehrheit hätte die SP ohne weiteres eine ganz auf die eigenen Kräfte gestützte Regierung bilden können. Die rechten Parteien hatten eine tiefe Niederlage erlitten und waren plötzlich weit von der Macht entfernt. Die ganze Situation konnte durchaus mit jener verglichen werden, die 1981 in Frankreich herrschte: Der Wahlsieg der Sozialisten damals hatte die Hoffnung genährt, daß eine »Neue Linke« über beachtliche Stärke verfügen könnte. Und dann gab es 1994 Siege der Sozialisten auch anderswo in Osteuropa – zum Beispiel in Litauen –, und diese Siege hat-

ten mit dem ungarischen Erfolg bemerkenswerte Gemeinsamkeiten: Hier wie da war es die tiefe Unzufriedenheit der Wählerschaft mit dem wilden Nationalismus und den Schocktherapien der Rechtsregierungen für die Wirtschaft, die zu einem Umschwenken geführt hatten.

Vom Parteienstandpunkt aus brachten die 94er Wahlen in Ungarn zwei in bezug auf die Organisiertheit der Arbeiterschaft bedeutsame Resultate: Erstens errang die Arbeiterpartei, die der Linken der SP nahesteht, nur 4 Prozent aller Stimmen und scheiterte damit – wie bereits bei den Wahlen 1990 – erneut an der 5-Prozent-Klausel; und zweitens schnitt die Sozialdemokratische Partei, die im vorhergehenden Parlament noch vertreten war, noch viel schlechter ab, gewann nicht einmal 1 Prozent der Stimmen und verlor damit praktisch ihre Existenzgrundlage. Das bedeutete, daß die SP allein alle Hoffnungen für eine wirksame parlamentarische Interessenvertretung der Linken und der Lohnempfänger auf sich konzentrierte.

Dies schien so schlecht nicht zu sein: Hatte doch der größte ungarische Gewerkschaftsverband MSzOSz (Nationale Föderation Ungarischer Gewerkschaften), der 80 Prozent der Fabrikarbeiterschaft vertritt, vollständig die SP unterstützt. Viele der Verbandsfunktionäre – zum Beispiel die Führer der Stahlarbeiter-, der Bergarbeiter- und der Druckergewerkschaft – hatten auf den Kandidatenlisten der SP zu den Wahlen gestanden.

Dem politischen Einmaleins folgend hätte man also davon ausgehen müssen, daß die 94er Wahlen der SP eine große Chance eröffneten – aber: die SP entschloß sich, nicht aus eigener Kraft heraus zu regieren. Versprochen hatte die SP eine Regierung von Fachleuten, nun jedoch nahm sie Koalitionsverhandlungen mit dem liberalen Bündnis Freier Demokraten auf, das mit 16 Prozent der Stimmen den zweiten Rang hinter der SP eingenommen hatte. (Das erinnert ein wenig an die »lab-lib«-Regierung von Ramsay MacDonald in Großbritannien 1924!) SP-Chef Gyula Horn wurde neuer Ministerpräsident, und die meisten der Ministerposten gingen an Sozialisten. Nur drei Ministersessel sind von Freien Demokraten besetzt: im Innen-, im Bildungs- und im Transportministerium. Aber diese scheinbar nur begrenzte Präsenz in der Regierung widerspiegelt nicht den tatsächlichen Einfluß der Freien Demokraten. So haben die Sozialisten überall dort nachgegeben, wo die Freien Demokraten ihr Veto eingelegt haben. Und das geschah in ganz wesentlichen Fragen: bei den verschiedenen Vorschlägen für ein progressives Besteuerungssystem zum Beispiel oder immer dann, wenn die Sozialisten Hilfen für die Landwirtschaftsgenossenschaften durchsetzen wollen. Und so muß man schon klar feststellen: Die Freien Demokraten sind die Vorreiter einer raschen Kapitalismusentwicklung und der Herausbildung einer wohlhabenden Mittelklasse (oder zumindest einer Schicht wohlhabender Einzelner). Ihre Anstrengungen enthalten nicht die Spur eines neuen Denkens – die Idee ist ganz einfach die, daß die Klasse der neu Besitzenden wirtschaftliche Profitabilität schaffen werde; und später dann, in einer zweiten Phase, werde dieser Prozeß auch die Grundlagen für allgemeinen Wohlstand schaffen.

Da ist es schon erstaunlich, daß der rechte Flügel der SP – und

insbesondere der einflußreiche rechte Flügel in der SP-Parlamentsfraktion – so ganz und gar diese Positionen der Freien Demokraten unterstützt. So haben sich die Sozialisten fest mit der vollständigen und raschen Privatisierung angefreundet – und diese Privatisierung steht nun bereits dem Energiesektor bevor, und bald wird sie auch das Transportwesen erreichen, dann den Wald und, wenn ihr niemand Einhalt gebietet, auch die Wasserversorgung, die Bildung und das Gesundheitswesen. Die Veränderungen, die bereits stattgefunden haben, haben zum Verschwinden all jener Dienstleistungen geführt, die vor 1989 frei und allgemein für alle zugänglich waren. Ähnliches an Leistungen muß nun auf dem Markt gekauft werden. Aber die einflußreichen Führer der SP selbst sprechen mit Stolz davon, daß »der Kapitalismus errichtet wird«. Dabei ist das, was sich in Ungarn vollzieht, doch nichts anderes als die »private Akkumulation von Kapital« mit all ihren ungesunden Erscheinungen und über die Maßen korrupten und unmoralischen Praktiken – freilich unter der Führung von »Sozialisten«.

Natürlich: Ungarn ist ein kleines Land – und dazu eines, das tief in Schulden steckt. Es ist eines jener Länder, die einen sehr bedeutenden Teil ihres Bruttosozialprodukts für die Zinsen seiner Schulden aufbringen muß. Erst 1996 begann Ungarn mit der Tilgung der Schulden selbst. Und diese Zahlungsverpflichtungen haben ganz zweifellos die Transformation mit ihrer Arbeitslosigkeit und ihrem Sinken des Lebensstandards zusätzlich negativ belastet. Zwischen 1994 und 1996 betrug die Inflation schon nicht weniger als 20 Prozent, und als die Schuldentilgung begann, stieg sie sogar auf 28 bis 30 Prozent. Die Löhne und Gehälter stiegen »natürlich« nicht in gleicher Weise – und das hat in der Tat dramatische Folgen.

Zu den Eigenarten der Situation gehört, daß die Freien Demokraten stets kategorisch alle Vorschläge zu einer Stundung der Schulden abgelehnt haben, und einflußreiche Sozialisten sind ihnen in dieser Linie gefolgt. Seit zwei Jahren drängen nun die Parteien der Neuen Rechten auf eine Stundung der Auslandsschulden. Sie wollen, sagen die »Le-Pen-Typ«-Parteien, das Land damit vor einem Ausverkauf an die Multis bewahren. Und schrecken dabei vor alter faschistischer Demagogie nicht zurück. So verunglimpfen sie die sozialistisch-liberale Koalition als eine Art »liberal-plutokratisch-bolschewistisches Regime« – dabei ist es offensichtlich, daß die SP selbst nicht nur scharf »anti-bolschewistisch« ist, sondern mit Blick auf ihre Sozialpolitik auch kaum die Bezeichnung »sozialistisch« verdient. Aber was zählen Realitäten bei rechten Parteien, die sich keine Chance für »anti-rote« Kampagnen entgehen lassen wollen!

Probleme gibt es aber auch auf anderen Gebieten in Fülle. Niemand – abgesehen vielleicht von einem kleinen »magischen Zirkel« von Politikern – vermag wirklich zu sagen, wieviel Handlungsspielraum dem Internationalen Währungsfonds (IWF) in Ungarn eingeräumt worden ist. Berater des IWF befinden sich ständig in Ungarn, aber das Ausmaß, in dem sie konkrete Wirtschaftsentscheidungen zu beeinflussen vermögen, ist unbekannt. Unübersehbar wächst angesichts dessen das Mißtrauen dahingehend, welche Bedingungen IWF und Weltbank an ihre Kreditgewährung knüpfen. Wie – zum

Beispiel – wird der Handlungsspielraum der ungarischen Regierung in der Kredittilgungspolitik eingeengt? Welchen Einfluß haben diese Bedingungen auf die Inflation, auf den Umfang und die Geschwindigkeit der Privatisierung, auf die Ausgaben des Staates für soziale Leistungen? Und dann ist da das oberste Priorität genießende Ziel der Regierung, Ungarn zum EU- und zum NATO-Mitglied zu machen – das aber kann nur erreicht werden mit der Zustimmung von Behörden in den USA, in Deutschland und in Brüssel.

Eng miteinander verwoben also sind Politik und Ökonomie – und der Einfluß des Westens ist allgegenwärtig. Ein bedeutender Teil der Medien wird bereits durch westliches Kapital kontrolliert. Viele der seriösen Zeitungen als auch die elektronischen Medien haben bereits vielfach gezeigt, daß sie Intellektuelle, die Kritik am Bestehenden üben, zu marginalisieren vermögen. So kommt es, daß die Kritik im Winde verweht – und selbst die Ungarische Akademie der Wissenschaften ist bereits zu einer Einbahnstraße im intellektuellen und ideologischen Verkehr geworden.

Diese Politik der gegenwärtigen sozialistisch-liberalen Regierung ist nicht ohne Folgen für ihren eigenen Bestand geblieben. Seit 1994 haben ihr bereits mehr als 10 Minister den Rücken gekehrt. Die meisten der Zurückgetretenen waren Sozialisten, die nur noch auf diese Weise ihrer Unzufriedenheit mit dem monetaristischen, anti-sozialen ökonomischen Kurs der Koalition Ausdruck geben konnten.

Weitaus schlimmer aber sind die weiterreichenden politischen Konsequenzen. 40 Prozent der Wählerschaft sind jüngsten Meinungsumfragen zufolge überhaupt nicht mehr bereit, zur Wahl zu gehen: Sie halten keine der Parteien mehr für fähig, ihre Interessen zu vertreten. Das hat ganz zweifellos damit zu tun, daß die SP so wenige der erstmals von 54 Prozent der Wähler in sie gesetzten Hoffnungen erfüllt hat. Nur noch 16 Prozent der Wählerstimmen würde die SP diesen Meinungsumfragen zufolge gegenwärtig erhalten – und damit auf den dritten Platz hinter zwei ausgesprochen rechts-konservative Parteien zurückfallen. Die Freien Demokraten würden jetzt nur viertstärkste Partei sein und mit 6 Prozent der Stimmen gerade noch ins Parlament einziehen.

Der Gewerkschaftsbund MSzOSz, der 1994 eine der entscheidenden Stützen für den Wahlerfolg der SP darstellte, hat sich vor diesem Hintergrund umfassend reformiert. Die Differenzen mit der SP-Regierung traten zuweilen sehr offen zutage – aber zum Bruch kam es nicht, weil eine linke Alternative zur SP nicht in Sicht ist.

Außerdem sind die Gewerkschaften selbst schwächer geworden. Das hat zum einen natürlich mit dem Zusammenbruch, dem Zerschlagen oder der Schließung der großen staatlichen Betriebe zu tun – deren Belegschaft stellte einen großen Teil der MSzOSz-Mitglieder. Nur noch 25 Prozent der ursprünglichen Mitgliedschaft sind übrig geblieben. Junge Leute halten Distanz zu den Gewerkschaften. In den neuen Betrieben sind die Rechte der Gewerkschaften drastisch beschnitten worden – der Schutz der Beschäftigten durch kollektive Tarifverträge ist heute signifikant geringer als noch vor drei oder vier Jahren. Selbst zum Verbot von Gewerk-

schaften ist es in neuen Unternehmen schon gekommen. Der Staat mischt sich in solche Konflikte nicht ein – »in der Marktwirtschaft«, sagt die Regierung, sei solcherart Engagement »nicht ihre Aufgabe«. Zuweilen ist die Regierung noch als Vermittler bei größeren Streiks in Erscheinung getreten – dann aber mit dem Ziel, schnell wieder Verhältnisse zu schaffen, die dem westlichen Kapital keine Hindernisse in den Weg legen.

Die Folgen der unsozialen Regierungspolitik bleiben nicht auf die Arbeiter beschränkt. Die Lehrer und Hochschullehrer sowie die Angestellten im öffentlichen Gesundheitswesen haben in den vergangenen drei Jahren erhebliche Einkommenseinbußen hinnehmen müssen, und ihre Gewerkschaften führen einen Abwehrkampf, in dem es immer nur darum geht, noch weitere Verschlechterungen zu verhindern. Studenten an den Universitäten und Hochschulen müssen neuerdings Studiengeld bezahlen – aber dieses Geld ist nicht verwendet worden, um Zahlungsunfähigen zu helfen und damit Chancengleichheit herzustellen. So haben die Kinder der Wohlhabenden einen noch größeren Chancenvorsprung erhalten.

Im Frühjahr 1997 lebte in Ungarn mehr als ein Viertel der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Selbst wenn man die Ungenauigkeiten, die bei solchen Untersuchungen zwangsläufig auftreten, angemessen in Betracht zieht, müssen den Betrachter Angaben wie die, daß fast 40 Prozent der ungarischen Kinder in Armut leben und an nicht ausreichender Ernährung leiden, aufschrecken. Und ein lange unbekanntes Bild ist in Ungarn wieder zum Alltag geworden – die Existenz von Obdachlosigkeit.

Die Arbeitslosigkeit in Ungarn hat sich auf einem Niveau von 500 000 »stabilisiert« – bei einer Gesamtbevölkerung von etwas über 10 Millionen. Die Reallöhne sind seit 1989 um 20 Prozent gesunken. Muß man bei all dem noch hervorheben, daß die Schwächsten der Gesellschaft – die Menschen mit Behinderung – unter den Bedingungen der »Marktanpassung« des Gesundheitswesens besonders leiden? Daß die drastischen Kostenanstiege bei Medikamenten und medizinischen Leistungen den Menschen nicht mehr Raum zur Überlegung geben, was sie an Hilfe wirklich brauchen, sondern nur noch dazu, was sie sich an medizinischer Versorgung eigentlich leisten können?

Die Unterschiede zwischen niedrigen und hohen Einkommen sind ins fast Unglaubliche gewachsen. Im März 1997 betrug der monatliche Minimallohn etwa 15.000 Forint, während bei den Banken Gehälter von 300.000 bis 500.000 Forint monatlich gezahlt werden und auf der Führungsebene dieser Institutionen gar 1 bis 2 Millionen Forint üblich sind. Die politische Elite erhält zwischen 60.000 und 250.000 Forint. All diese Unterschiede werden in den Medien als »unvermeidlich« und notwendig beschrieben und damit als Problem völlig heruntergespielt.

Nun nahen die Parlamentswahlen 1998. Im März 1997 hat der Vorsitzende des Ungarischen Gewerkschaftsbundes (MSzOSz), Sandor Laszlo, in einem Interview die Schwächung der Gewerkschaften und ihren – beabsichtigten – Verlust an Rechten auf die Entwicklungen in der Zeit von 1990 bis 1993 zurückgeführt. Das war eine Zeit der Rechtsregierung. Aber warum sind die Rechte der

Gewerkschaften von 1994 bis 1996 nicht wieder gestärkt worden?

Natürlich schlugen sich all diese Entwicklungen in der Stimmung der Bevölkerung nieder. Ende 1996/Anfang 1997 ergaben Meinungsumfragen, daß sich gerade mal 9 Prozent der Wahlberechtigten an Wahlen beteiligen würden. Auch die Popularität der Oppositionsparteien ist drastisch gesunken. Die Popularität von Parlament und Regierung lag bei etwa 30 Prozent, aber die der Gewerkschaften ist nicht gestiegen. Die Perspektive der Demokratie ist keine ermutigende.

Eine der bedauerlichsten Entwicklungen ist der Mangel an Initiative seitens der Linken. Die Linke zieht sich resignierend auf den alten Standpunkt zurück, daß nichts getan werden könne. Und diese Stimmung wird von den Medien weiter verstärkt mit dem immer wiederkehrenden Argument, daß es zur Effektivität des neuen Gesellschaftsmodells keine Alternative gebe. »Modernisierung« und »Gleichziehen mit Europa« – das sind scheinbar die einzigen und geradezu obligatorischen Ziele für Ungarn.

Fast im letzten Moment wehrte sich im Frühjahr 1997 ein »linker Flügel« in der Sozialistischen Partei gegen die Herrschenden in der Partei: Er forderte den Rücktritt Gyula Horns und weitere Veränderungen in der Führung. Aber das alles führte zu nichts. Der »Flügel« hat keine tatsächliche Basis, und die Gewerkschaften hielten sich von seinen Anstrengungen fern. Die Gewerkschaft der Metallarbeiter ihrerseits versuchte im April 1997, eine Initiative der deutschen Stahlwerker aufzugreifen und eine 36- oder 38-Stunden-Woche zu fordern, um auf diese Weise Arbeitsplätze zu retten. Aber auch diese Bewegung hat keine Massenbasis gefunden. Die Regierung sah sich nicht einmal zu einer Reaktion veranlaßt. Diese beiden isoliert voneinander ablaufenden Initiativen zeigen, wie schwach die Linke wirklich ist. Und die nahe Zukunft verheißt kaum eine Stärkung.

Auf der Parteikonferenz der Sozialisten im Juli 1997 errangen Gyula Horn und das von ihm repräsentierte Zentrum erneut einen »totalen Sieg«. Es wird keine Veränderungen in der Parteilinie geben, die Privatisierung wird unbeirrt vorangetrieben, und der Weg in die NATO wird beschleunigt fortgesetzt. Am 17. Juni unterzeichnete Gyula Horn im Vatikan ein Konkordat, mit dem die ungarische Regierung erklärt, kirchlichen Schulen die gleiche finanzielle Hilfe angedeihen zu lassen wie staatlichen. Auch die Priester, die in den Schulen Religionsunterricht geben, werden vom Staat bezahlt. Auch hier blieb der Protest der Linken schwach.

So sind die Ungarn immer wieder mit »merkwürdigen« Entwicklungen konfrontiert – und jeder von ihnen hat dafür bitter zu zahlen. Bis 2020 – so hat die Regierung angekündigt – wird sie der Kirche Entschädigungen für die einstmals nationalisierten Immobilien zahlen. Also werden auch unsere Kinder und Enkel noch daran tragen.

In Vorbereitung der Wahlen im Frühjahr 1998 hat die Regierung nun angekündigt, die Renten erhöhen zu wollen. Aber wird das mehr sein als nur ein Wahlversprechen? Die Zeichen stehen nicht günstig.

JAN GLÓWCZYK

Kapitalismus auf polnisch

Jan Glówczyk – Jg. 1927; Dr. rer. oec.; von 1957 bis 1982 Chefredakteur der polnischen Wirtschaftszeitung »Zycie Gospodarcze« (Wirtschaftsleben); 1978 bis 1982 Vorsitzender der Medien-Gewerkschaft; rief 1980 zur friedlichen Lösung des gesellschaftlichen Konfliktes auf; gehörte in den achtziger Jahren der Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) an; 1988 Rücktritt von Parteifunktionen; seitdem unabhängiger, seit 1990 parteipolitisch nicht gebundener, linker Publizist. Veröffentlichte u.a. »Quo vadis?« (1990); eine Analyse zur Wirtschaftspolitik Leszek Balcerowiczs und (1993) »Ponury bilans lata 1990 - 1992« (Eine traurige Bilanz der Jahre 1990 - 1992). Der vorliegende Artikel basiert auf dem Ende 1996 in Warschau erschienenen Buch »Kapitalizm po polsku« (Kapitalismus auf polnisch). Das Buch wird seitdem intensiv diskutiert. Sein wissenschaftlicher Wert wird – auch von politischen Gegnern – hoch geschätzt, weil die Studie die umfassendste und gründlichste Analyse des Verlaufs und der Kosten der Transformation in Polen in der ersten Hälfte der neunziger Jahre darstellt. Die hier auszugsweise und verknüpft veröffentlichten Passagen informieren vor

Eine Systemkonfrontation mit Tücken

Ebenso wie die Ministerpräsidenten der Jahre 1989 bis 1993 wiederholten auch Mitglieder der im September 1997 an die Macht zurückgewählten konservativen Regierung altbekannte Formeln von der Ruinierung der Wirtschaft durch das vorhergehende System – dieses Mal durch die »Post-Kommune«. Nachdem der Ex-Premierminister Tadeusz Mazowiecki und der damalige Stellvertretende Ministerpräsident Leszek Balcerowicz sich einst derart profilierten, haut nun auch der neue Ministerpräsident Jerzy Buzek in diese Kerbe. Buzek hat mit seinem Machtantritt die endgültige Wende und den »totalen Bruch« mit der »bösen Vergangenheit« versprochen. Dereinst bekannte freilich schon Jan Krzysztof Bielecki in Davos zur Freude der Deutschen, der Kommunismus habe Polen stärker ruiniert als der Zweite Weltkrieg. Im Bericht der Regierung Jan Olszewskis von 1991 findet sich die Phrase von den vierzig Jahren der kommunistischen Verwüstung des Landes. Hanna Suchocka füllte 1993 ihren Bericht über den Zustand des Staates mit Dutzenden von Behauptungen über den ständigen Rückgang in den vierzig Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. In einer Erklärung verlautbarte sie, daß in der VR Polen die polnischen Städte ruiniert worden seien.

Die Realität sieht anders aus. Während des Zweiten Weltkriegs wurden auf dem Gebiet des ursprünglichen Polen etwa zehn Prozent des Wohnraums zerstört. In den West- und in den Nordgebieten lagen in den Städten 40 Prozent der Häuser in Schutt und Asche. Kolobrzeg/Kolberg war zu 80 Prozent zerstört, Stargard zu 70 Prozent, Wroclaw/Breslau, Slubice/Frankfurt-Gartenstadt, Legnica/Liegnitz zu 65 Prozent. 1955 besaßen 39 Prozent der Städte noch keine Kanalisation und 37 Prozent verfügten nicht über eine zentrale Wasserversorgung. 70 Prozent der Städte waren ohne Gas. neun polnische Städte waren ohne ein Stromversorgungsnetz, darunter möglicherweise auch die Stadt, in der die Ministerpräsidentin Suchocka geboren worden ist.

1988 gab es in Polen 10,9 Millionen Wohnungen, von denen 7,2 Millionen nach 1944 erbaut worden sind. Nach 1944 wurden 65 Prozent des Wohnraums in den Dörfern und 72 Prozent des Wohnraums in den Städten, das waren 5,1 Millionen städtische Wohnungen, übergeben.

Dazu kam die Schaffung einer Wohnungs-Infrastruktur. Nach dem Kriege entstand ein Wasserleitungsnetz mit einer Länge von

über 80 Tausend Kilometern, ein Gasversorgungsnetz von 37 Tausend Kilometern, ein zentrales Wärmeversorgungsnetz von 3,2 Tausend Kilometern sowie weiteren 5,2 Tausend Kilometern Nebenstränge. In Nachkriegspolen wurden 100 Milliarden Ziegelsteine verbaut, etwa 6 Millionen Tonnen Kabel verlegt.

Nach 1989, mit der Etablierung der neuen Macht, reduzierte sich auf geheimnisvolle Weise die Zahl der fertiggestellten Wohnungen auf 150 Tausend. Damit fiel sie auf das mittlere Niveau der Jahre 1961 bis 1965 zurück. Zwischen 1990 und 1992 wurden lediglich noch 134 Tausend Wohnungen jährlich fertiggestellt. Die Hinterlassenschaft der Regierung Suchocka belief sich 1993 auf ganze 94 Tausend Wohnungen, was in etwa dem Stand von 1956 bis 1960 entspricht. 1994 fiel die Zahl der fertiggestellten Wohnungen auf 76 Tausend und damit auf das Niveau der Jahre 1950 bis 1955. Schließlich wurden 1995 knapp 61 Tausend Wohnungen gebaut; gerade 1.500 Wohnungen mehr als 1950. Und 1996 verschlechterte sich die Situation aller Voraussicht nach weiter, denn 1995 wurde mit dem Bau von nur knapp 53 Tausend Wohnungen begonnen.

Das sind die Folgen des im Februar 1993 durch die Regierung Hanna Suchockas beschlossenen Programms der neuen staatlichen Wohnungspolitik, das später leider gedankenlos durch die Links-Mitte-Regierungen übernommen und weiter verfolgt wurde. Diese Richtungsänderung in der Wohnungspolitik führte auf der einen Seite zu Mieterhöhungen für die Mehrheit der Bevölkerung und zu gewaltigen Vergünstigungen bei der Kreditvergabe oder bei der Besteuerung für jene, die viel Geld für große Wohnungen aufbringen konnten. Allerdings wird dieses Programm demnächst fast völlig zum Erliegen kommen, da die dadurch Begünstigten ihre Wohnungen entweder bereits gebaut haben oder in Kürze fertiggestellt haben werden. Das betrifft einige Zehntausende. Die anderen besitzen keine Wohnungen und werden kein Geld für den Wohnungsbau haben, solange sich die Einkommensstrukturen und generell die staatliche Wohnungspolitik nicht ändern.

Im oben bereits erwähnten Bericht der Premierministerin Hanna Suchocka zur Lage des Staates im Oktober 1993 finden sich auch Behauptungen über die Ineffizienz des vorhergehenden Wirtschaftssystems und dessen Entwicklungsblockaden. Dies habe sich in der seit Mitte der siebziger Jahre einsetzenden Verringerung der Akkumulation am Nationaleinkommen sowie in der Entwertung des Nationalvermögens, d.h. in der wachsenden Anzahl verschlissener Produktionsanlagen, gezeigt. Die statistischen Angaben bestätigen diese Feststellungen allerdings nicht. Der Anteil der Akkumulation am Nationaleinkommen war zwischen 1955 und 1988 ständig hoch, zeitweise sogar über Gebühr hoch. Letzteres trifft insbesondere auf die zweite Hälfte der siebziger Jahre zu (vgl. Tabelle 1).

Zwischen 1950 und 1970 erhöhte sich die Akkumulation um das Fünffache bei einem mittleren Jahreszuwachs von 8,4 Prozent. Von 1971 bis 1975 wurde das Wachstumstempo der Akkumulation durch Kreditaufnahme im Ausland auf 18 Prozent jährlich erhöht. Das bedeutete eine Verdoppelung der Akkumulation im Verlauf von fünf Jahren und einen Anteil von 42 Prozent am Nationaleinkommen von 1975. Das war ein außergewöhnlich hoher Anteil, daß

allein über geheimgehaltene oder verschleierte wirtschaftliche und soziale Folgen des Transformationsprozesses. Auf die Wiedergabe der im Original angegebenen Quellen- und Literaturverweise, der detaillierten methodologischen Erläuterungen sowie der theoretischen Auseinandersetzungen wurde hier verzichtet.

Hanna Suchocka – geb. 1947; Juristin, ab 1989 Sejm-Abgeordnete, zuerst organisiert in der OKP/Obywatelski Klub Parlamentarny (Bürgerfraktion), in der 1989/91 die Abgeordneten der Solidarnosc vereinigt waren; nachfolgend in der UD/Unia Demokratyczna (Demokratische Union), einer liberalen Partei, die 1994 in der UW/Unia Wolnosci (Freiheitsunion) aufging; war 1992/93 Premierministerin der konservativen Regierungskoalition und gehört seit Herbst 1997 der neuen Koalitions-Regierung unter Jerzy Buzek an.

Leszek Balcerowicz – geb. 1947; Wirtschaftswissenschaftler; liberaler Politiker; Berater der Solidarnosc; Verfasser eines Wirtschaftsprogramms dieser Bewegung (1980-81); Mitglied der PVAP bis 1982; berufliche Weiterbildung sowohl in den USA als auch am Institut für Grundlagen des Marxismus-Leninismus beim ZK der PVAP; mit keinem der Flügel innerhalb der Solidarnosc verbunden; ehrgeizig; rücksichtslos; Vizepremier und Finanzminister in den Regierungen Mazowiecki und Bielecki; seit 1995 Vorsitzender der UW/Unia Wolnosci (Freiheitsunion); er gehört seit Herbst 1997 dem Kabinett

unter Premierminister Buzek als Finanzminister und Vizepremier an.

Jan-Krzysztof Bielecki – geb. 1951; Wirtschaftswissenschaftler, 1991 Premier, liberaler Politiker; Mitbegründer der KLD (Kongres Liberalno-Demokratyczny), einer Partei, die 1994 in der UW (Freiheitsunion) aufging.

Tadeusz Mazowiecki – geb. 1927; Publizist, christlich-liberaler Politiker; von 1961 bis 1971 als Mitglied der katholischen Znak (Zeichen)-Gruppe Abgeordneter des Sejm; 1981 Berater des Gdanskener Streikkomitees; 1981 interniert; 1990 Präsidentschaftskandidat gegen L. Walesa; seit 1991 Sejm-Abgeordneter; Begründer und bis 1995 auch Vorsitzender der Demokratischen Union (UD/UW).

Jan Olszewski – geb. 1930; Jurist; 1980 Mitverfasser des Statuts der »Solidarnosc«; 1991/92 Premier; 1990 Mitbegründer der Zentrumsallianz (PC/Porozumienie Centrum), die rechtsgerichtete Personen und Vereinigungen zur Unterstützung L. Walesas bei den Präsidentschaftswahlen 1990 vereinigte und seit 1991 als rechtsgerichtete Partei wirkt.

Jerzy Buzek – geb. 1940; Chemiker; Premier einer Koalitionsregierung der AWS (Akcja Wyborcza Solidarnosci (Wahlbündnis der Solidarnosc) und der UW (Freiheitsunion) seit Herbst 1997.

er so hoch war, erwies sich als Fehler. Erst in den Jahren von 1990 bis 1994 verringerte er sich auf 22 Prozent bis 25 Prozent des Nationaleinkommens; d.h. er ging auf den Stand von 1950 zurück.

Noch deutlicher illustrieren die mittleren jährlichen Investitionsausgaben zu vergleichbaren Preisen die Investitionspolitik (vgl. Tabelle 2).

Zwischen 1955 und 1988 diente ein beträchtlicher Teil der Investitionsausgaben dem Ausbau der Wirtschaftsstruktur, der Energieerzeugung, der Rohstoffgewinnung, dem Bau von Straßen und Eisenbahnlinien sowie insbesondere der Elektrifizierung des ländlichen Raumes, die erst 1973 abgeschlossen werden konnte. Diese Ausgaben für die Infrastruktur waren in hohem Maße kapitalintensiv und bedurften langer Investitionszyklen. Sie erfolgten zu Lasten der Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen und damit auf Kosten der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts; sie verringerten die allgemeine Effektivität der Investitionen. Sie waren auch materialintensiv, was die Notwendigkeit zum Ausbau von Hüttenwesen und Zementindustrie noch vergrößerte. So wurden 1955 bis 1988 annähernd 440 Mio Tonnen Zement und etwa 450 Mio Tonnen Stahl verbraucht. Auch hochindustrialisierte Länder durchliefen diese Entwicklungsetappe; allerdings 50 bis 100 Jahre früher.

»Die Hand Balcerowicz«

Im Oktober 1989 hob Leszek Balcerowicz bei der Vorstellung seines Programms die Bedeutung des historischen Moments hervor, indem er es zu verwirklichen begann: »Ich bin überzeugt, ... daß wir ein unwiederholbares und uns durch das Schicksal geschenktes historisch einmaliges Experiment zu verwirklichen haben.« Es ging um Großes; um die entschlossene Nutzung der erworbenen politischen Macht zur Verwirklichung einer grundlegenden gesellschaftlichen Umwälzung und die Ablösung des realen Sozialismus durch ein kapitalistisches System, das auf dem Privateigentum beruht.

Das Hauptproblem war das Fehlen von Unternehmern – den kapitalistischen Akteuren schlechthin, wie sie seinerzeit von Vizepremier Balcerowicz bezeichnet wurden – sowie von ausreichend Finanzkapital, um die staatlichen Unternehmen aufzukaufen. Nach damaligen Schätzungen hätte die Privatisierung des Staatssektors auf evolutionärem Weg etwa wenigstens ein Jahrzehnt gedauert. Die evolutionäre Konzeption der Transformation wurde deshalb von vornherein verworfen. Aus gleichen Gründen wurde auch nicht auf die Selbstregulierungspotentiale des Marktmechanismus gesetzt. Dieser Mechanismus wirkt viel zu langsam und zudem noch in Wellen und mit Rückschlägen. Das schließt Schwankungen und Zeitverzug ein, und genau das sollte unbedingt vermieden werden. Daraus ergab sich der logische Schluß, daß zum Auftakt eines Prozesses der raschen Privatisierung das schnelle und entschlossene Handeln des Staates unabdingbar ist. Es wurde daher entschieden, daß die Regierung alle zugänglichen administrativen, organisatorischen und finanztechnischen Mittel gleichzeitig einsetzt, um so schnell wie möglich zu privatisieren, um den staatlichen Wirt-

schaftssektor zu liquidieren, um damit blitzartig eine neue Klasse zu »produzieren«, die seinerzeit Mittelklasse genannt wurde. Es ging darum, diese Akteure mit einer hohen anfänglichen Kapitalausstattung auszurüsten und sie mit allen verfügbaren finanziellen und rechtlich-administrativen Mitteln zu unterstützen. Alle Macht wurde im Finanzministerium konzentriert. Sämtliche Reformmaßnahmen – so war entschieden worden – wurden auf einen Schlag, ohne eine Anpassungs- oder Übergangsfrist, eingeführt. Die Verwirklichung begann am 1. Januar 1990. Diese Methode zur Einführung des Kapitalismus in Polen sollte später unter dem Begriff »Schocktherapie« zweifelhafte Berühmtheit erlangen.

Unter psychologischem Blickwinkel sollte die »Schocktherapie« die Gesellschaft in ein zeitweiliges Koma versetzen, sie unfähig machen einzuschätzen, was vor sich ging. Diese Absicht wurde auch tatsächlich erreicht. Eine Unmenge an Einkommens- und Preisveränderungen wurden gleichzeitig wirksam. Fehlende Einsicht in die komplexen Zusammenhänge paralyisierte jedweden Widerstand gegen die eingeführten Veränderungen. Außerdem wurden ständig neue Termine für das Ende der schmerzhaften Einschnitte in Aussicht gestellt. Damit wurde die Bevölkerung bewußt getäuscht, wobei der Gewerkschaft »Solidarnosc« eine besondere Rolle zugeordnet war. Sie sollte nach Karol Modzelewski »einen Schutzschirm über die Politik halten, der eigentlich gegen die elementaren Interessen ihrer arbeitenden Mitglieder gerichtet war...«.

Den nachhaltigsten Einfluß auf die Beschleunigung der gesellschaftsstrukturellen Umwälzungen hatte der schockierende Preisanstieg 1990-92. Die Preise für Waren und Dienstleistungen erhöhten sich im Vergleich zu 1989 um das 17fache. Die Preisstrukturen im öffentlichen Sektor und im Bereich der Produktion wurden administrativ massiv verändert. Sie wuchsen noch erheblich schneller als die ohnehin schon galoppierende Inflation und sporneten diese so noch zusätzlich an. Damit war ein gravierender Rückgang des Realeinkommens verbunden (vgl. Tabelle 3). Die hohe Inflation wurde zum Hauptinstrument der Bildung und Bereicherung der neuen Klasse, wobei Balcerowicz's Trick darin bestand, daß er sein Inflationsprogramm als Programm zur Inflationsbekämpfung ausgab. Dies war die genialste Idee seines gesamten Programms.

Glanz und Elend des Kapitalismus

Die Beseitigung des Mangels, einer chronischen Erscheinung sozialistischer Wirtschaft, wird gemeinhin als der größte Vorzug des Kapitalismus angesehen. Nach den internationalen Statistiken lebten 1990 in unterentwickelten kapitalistischen Ländern etwa 52,7 Prozent der Weltbevölkerung mit einem Bruttosozialprodukt (BSP) von weniger als 580 US-Dollar pro Kopf und Jahr. In hochentwickelten kapitalistischen Ländern lebte zur gleichen Zeite etwa 15,6 Prozent der Weltbevölkerung mit einem jährlichen Pro-Kopf-BSP von mehr als 6.000 US-Dollar. In sozialistischen Ländern lebten demzufolge etwa 31,7 Prozent der Weltbevölkerung, davon etwa 23 Prozent in Vietnam, Nordkorea, Mongolei und China, in denen das BSP pro Kopf und Jahr ebenfalls – wie in den unterentwickelten kapitalistischen Ländern – niedriger als 580 US-Dollar war.

Versteht man also unter Mangel ein sehr niedriges Einkommensniveau, beispielsweise ein BSP von weniger als 580 Dollar pro Kopf und Jahr, so lebten 1990 annähernd 75,7 Prozent der Weltbevölkerung (etwa 4 Milliarden Menschen) unter Bedingungen chronischen Mangels; davon 52,7 Prozent in der kapitalistischen Welt und etwa 23 Prozent in der sozialistischen. Unter diesem Gesichtspunkt ist Mangel ein Menschheits- und nicht ein systemimmanentes Gesellschaftsproblem.

Wie wurde nun die wundersame Beseitigung des Mangels in Polen erreicht? Vor allem durch die Reduzierung der Nachfrage – von 1990 bis 1993 wurde über die Preisgestaltung und die Reduzierung der Einkünfte mit Hilfe administrativer Methoden die Nachfrage soweit gesenkt, daß ein wirtschaftliches Gleichgewicht hergestellt werden konnte. Dieses Gleichgewicht stellte sich also auf einem Niveau ein, das weit unter dem vorhergehenden (sozialistischen) Niveau von Produktion und Verbrauch lag. Nach offiziellen statistischen Angaben verringerte sich die Kaufkraft 1994 gegenüber 1989 um 31,6 Prozent. Die Einkünfte der Haushalte verringerten sich um etwa 20 Prozent, während zur gleichen Zeit die Einkünfte der Unternehmer beträchtlich anwuchsen. Hauptelement des Gleichgewichts war demzufolge der Rückgang der Nachfrage und nicht die Steigerung der Produktion. Das Angebot an Fleisch, Fleischwaren und Fetten auf dem Binnenmarkt belief sich 1980 auf 2.921 Tausend Tonnen, 1989 auf 2.929 Tausend Tonnen; 1994 betrug es 2.697 Tausend Tonnen. Da Angebot und Verbrauch auf dem Binnenmarkt identisch gesetzt werden können, folgt daraus, daß im Vergleich zwischen 1980 bzw. 1989 Angebot und Verbrauch in dieser Warengruppe 1994 um etwa acht Prozent geringer waren.

Der Pro-Kopf-Verbrauch an Fleisch lag 1980 bei 82 kg, fiel 1989 auf 76,8 kg und erreichte 1994 schließlich magere 70 kg. Im Vergleich zu 1980 fiel er um 15, zu 1989 um neun Prozent. Trotzdem waren 1994 die Regale in den Geschäften gefüllt, während sie 1980 leer und 1989 nur geringfügig besser gefüllt waren. So läßt sich also festhalten, daß sich das Gleichgewicht auf dem Fleischmarkt durch den Rückgang des Verbrauchs einstellte. Verursacht wurde dieser wundersame Erfolg durch die Preissteigerung im allgemeinen und die Steigerung der Fleischpreise im besonderen. Zwischen 1990 und 1994 stiegen die Fleischpreise um das 20,8fache, die Preise aller Lebensmittel um das 24fache. Somit verteuerte sich Fleisch im Vergleich zu anderen Lebensmitteln etwas geringfügiger, wodurch der Rückgang des Verbrauchs abgeschwächt wurde. Aber auch durch einen 30fachen Anstieg der Artikel außerhalb des Lebensmittelbereichs und einen 63fachen Anstieg der Dienstleistungspreise wurde die Nachfrage nach Fleisch indirekt verringert.

Das Angebot von Milch auf dem Binnenmarkt ging von 15.001 Mio Litern im Jahr 1989 auf 10.447 Mio Liter 1994 und damit um 30,4 Prozent oder 4,6 Mrd Liter zurück. Der Pro-Kopf-Verbrauch an Milch und Milchprodukten fiel von 395 Liter 1989 auf 271 Liter 1994 oder um 31,3 Prozent. Dennoch entstand kein Ungleichgewicht auf dem Milchmarkt, da der Rückgang der Produktion und des Verbrauchs vollständig durch die steigenden Milchpreise kompensiert wurde. Sie erhöhten sich um das 51,7fache, bei einer mitt-

leren Preiserhöhung für Lebensmittel um das 24fache. Einem Bericht von Premierministerin Hanna Suchocka zufolge war das der Hauptweg, auf dem in Polen der Mangel beseitigt wurde.

Allerdings trat bei einer Ware auf dem Markt ein bedenkliches strukturelles Ungleichgewicht auf, da das Angebot wuchs, während der Verbrauch stagnierte und die Preise fielen. Da die Besitzer dieser Ware ihre Ware verkaufen müssen, bildet sich eine Schlange. Diese Ware ist die Ware Arbeitskraft und in der Schlange stehen die Arbeitslosen. Ende 1994 waren offiziell 2,89 Mio Menschen ohne Arbeit registriert. Dazu müssen noch die in der Landwirtschaft ›versteckten‹ Arbeitslosen, deren Zahl auf 700 Tausend geschätzt wird, gezählt werden. Das ergibt etwa 3,59 Mio Arbeitslose. Würden sich alle Arbeitslosen in einer Schlange anstellen, so würde diese entlang der Weichsel von der Quelle bis nach Gdansk reichen (für eine Person jeweils 29 cm gerechnet). Diese einzige Schlange würde alle Schlangen nach Waren, die sich in der Volksrepublik Polen je gebildet hatten, in ihrer Länge übertreffen.

Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich von 1990 bis 1994 um 2,527 Mio. Dagegen vergrößerte sich die Zahl der Unternehmer um 782 Tausend, d.h. um 93 Prozent sowie die Zahl der Bauern um 119 Tausend, d.h. 3,5 Prozent. Demzufolge verringerte sich die Zahl der Arbeitsverhältnisse um 3,048 Mio, oder um 25 Prozent, davon bei Arbeitern um 2,367 Mio, d.h. 30,8 Prozent sowie bei Angestellten um 681 Tausend oder 15,2 Prozent. Ein beträchtlicher Teil der Arbeiter, die ihre Arbeitsstelle verloren, sind die sogenannten bäuerlichen Arbeiter. Sie sind Besitzer oder Mitbesitzer einer Bauernwirtschaft, werden nicht als Arbeitslose registriert und erhalten auch keine Arbeitslosenunterstützung. Diese versteckte Arbeitslosigkeit betrifft nach Schätzungen 600 bis 700 Tausend Personen. Dabei ist zu bedenken, daß 1994 21,7 Prozent der Bauernwirtschaften etwa zwei Hektar Boden besaßen und 32,8 Prozent zwischen zwei und fünf Hektar unterm Pflug hatten.

Wem nützt der Staatshaushalt

Zwischen 1991 bis 1993 lag das Niveau der Akkumulation um über 40 Prozent unter dem von 1989, dabei 1992 um etwa 50 Prozent. Ein derart starker Rückgang kann mit einiger Berechtigung als wirtschaftlicher Zusammenbruch bezeichnet werden. Angesichts des drastischen Produktionseinbruchs ermöglichte die Reduzierung der Ausgaben für Investitionen eine Abfederung des Rückgangs bei der Konsumtion, der ansonsten wesentlich stärker hätte ausfallen müssen. Seit 1993 zeigten sich die Kosten der Transformation nicht mehr in einem Rückgang der Konsumtion, sondern ausschließlich in der Verringerung der Investitionen. Eine einigermaßen ausgewogene Verteilung der Einkünfte zwischen den Hauptbevölkerungsgruppen vorausgesetzt, hätte das mittlere Konsumniveau 1993/94 stagnieren bzw. sich geringfügig gegenüber 1989 erhöhen können. Aber es ging nicht um den Wohlstand der Bevölkerung, sondern um die Restaurierung des Kapitalismus – um eine Konterrevolution im Bereich der Einkommensverteilung, um die Revision der egalitären Einkommensverteilung im real sozialistischen System. Dazu wurden vor allem Maßnahmen ins Werk gesetzt, die

zu einer Maximierung der Einkünfte auf der Seite von Unternehmern und Selbständigen, die Bauern ausgenommen, auf der Basis einer maximalen Verringerung der Einkünfte aller anderen Bevölkerungsschichten führten. Die Transformation im Einkommenssektor erfolgte also mittels einer radikalen Umverteilung, bei der wenigen das zugeschanzt wurde, was vielen real weggenommen wurde. Als Hauptinstrumente dieser Einkommensumverteilung dienten die Steuerpolitik, die Budgetpolitik sowie die Strukturveränderungen im Preissystem.

Prima Klima für Reiche

In den achtziger Jahren mobilisierte die damalige politische Opposition gesellschaftliche Unterstützung mit Anrufungen einer brüderlichen Verbundenheit zwischen den Arbeitenden sowie Forderungen nach Gerechtigkeit und Schutz der Würde des arbeitenden Menschen und dessen Tätigkeit. In einem Solidarnosc-Dokument vom April 1981 heißt es: »Aus dem Grundsatz der gesellschaftlichen Gerechtigkeit, der Würde der menschlichen Persönlichkeit ergibt sich, daß die Menschen in ihrem tiefsten Wesen einander gleich sind. Deshalb streben wir die Verwirklichung gesellschaftlicher Gleichheit an. (...) Gesellschaftliche Gerechtigkeit erfordert, daß die Kosten der Krise und der unausweichlichen Reformen gleichmäßig auf alle Bürger verteilt werden. Dabei bedeutet gleichmäßig proportional zum jeweiligen Wohlstand.« Auch am Runden Tisch wurde die gleiche Phraseologie benutzt. Von den damaligen Regierungen wurden Reformen verlangt und zugleich die gerechte Verteilung der Reformlasten auf alle Schichten der Gesellschaft gefordert. Schließlich gewann die »Solidarnosc« die Wahlen von 1989 vor allem mit Hilfe dieser Losungen. Sehr bald jedoch erwies es sich, daß die Anrufung von Würde und Gerechtigkeit lediglich ein Mittel im Kampf um die Macht war; daß die Sieger ein Programm zu verwirklichen trachteten, das auf einem völlig anderen Wertesystem beruhte.

Von 1990 bis 1994 verringerten sich die Realeinkommen der Haushalte um annähernd 20 Prozent, wobei Lohnarbeiter, Empfänger von Unterstützungs- und Fürsorgeleistungen sowie Bauern unterschiedlich betroffen waren. In diesem Zeitraum erhöhten sich die Realeinkommen der Unternehmer und Freiberufler um mehr als das 3,4fache (zu vergleichbaren Preisen von 1992). Diese Art Transformation verlief nach klassischem Muster. Die politische Klasse, die 1989 die Macht errang, d.h. die Kapitalisten und die ideellen Anhänger des kapitalistischen Systems, inszenierten einen politischen Umsturz, der mit dem Erringen der absoluten Parlamentsmehrheit in den Wahlen im Juni 1989 gekrönt wurde. Die erreichten Positionen wurden durch die Besetzung aller beherrschenden Positionen in der Wirtschaft gefestigt. An allen neuralgischen Punkten wurden eigene Kräfte eingebaut und mit deren Entscheidungshilfe schließlich der Beginn der oben beschriebenen Einkommensumverteilung zugunsten der eigenen Klientel in die Wege geleitet.

Diese Umverteilung hatte durchaus räuberischen Charakter, da damit Einkünfte enteignet und neu angeeignet wurden, die eigent-

lich den Arbeitern, den Rentnern und den Bauern zustanden. Infolgedessen wurden immer größere Gruppen an und unter die Armutsgrenze gedrückt. Um diese durchaus beabsichtigten Wirkungen zu kaschieren und den Widerstand derer, denen das Fell über die Ohren gezogen wurde, zu paralysieren, wurde eine Reihe propagandistischer Maßnahmen organisiert. Die wichtigste Funktion kam dabei der Gewerkschaft »Solidarnosc« zu, die gemeinsam mit all ihren vormaligen Spezialisten für Streiks und dergleichen, die den wechselnden Regierungen angehörten, die Protestbewegungen wirkungsvoll pazifizierte.

Der wichtigste Katalysator bei der Durchsetzung eines Umverteilungsmechanismus zugunsten der neuen »Mittelklasse« und gleichzeitig zur Zerschlagung der Solidarität unter den Arbeitenden war die blitzartige Herbeiführung von Massenarbeitslosigkeit. Die Angst vor der Arbeitslosigkeit unterdrückte höchst wirkungsvoll jedes soziale Aufbegehren. Deshalb willigten viele in unbezahlten Urlaub ein, warteten monatelang auf die Auszahlung des vollen Lohns usw. Und trotzdem wuchs die Arbeitslosigkeit unerbittlich an und der erzwungene Einstieg in die Frührente infolge von Massentlassungen wurde geradezu als Erlösung betrachtet. Die Renten waren allerdings zumeist bedeutend niedriger als die zuvor erzielten Einkommen. Niedriger als die Löhne war natürlich auch die Arbeitslosenunterstützung, wodurch zusammengenommen der Prozeß der Umverteilung zugunsten der neuen »Mittelklasse« verbreitert wurde.

Das war die gewinnbringendste Art und Weise der Anhäufung von Kapital. Sie war um so einträglicher, als ihr Rentner und Arbeitslose – ohne Kontakt zu den Restbelegschaften in den Betrieben – vereinzelt ausgeliefert waren. So konnten sie die neue gesellschaftliche Ordnung nicht erschüttern. Es gab weder Streiks noch Demonstrationen. Dazu genügte es, sie daran zu erinnern, daß sie auf Kosten anderer lebten, wovon notorisch Gebrauch gemacht wurde. Dadurch war es nicht zuletzt möglich, ihnen einen Teil der zugesprochenen Rechte zu nehmen, die früher zuerkannten Renten oder Unterstützungen im Prozeß der Haushaltsdebatten als Manövriermasse zu benutzen und abzusenken. Damit waren insgesamt gravierende Veränderungen der Einkommens- und Sozialstruktur verbunden (vgl. Tabelle 4).

Die Zahl der Unternehmer und Freiberufler verdoppelte sich zwischen 1989 und 1994 auf 1,6 Millionen. Das waren zwar nur 6,4 Prozent der Erwerbstätigen, ihr Anteil am gesamten Einkommen betrug allerdings 31,5 Prozent (zu vergleichbaren Preisen von 1992).

Die Mythologie des Kapitalismus

Welches Wertesystem liegt nun der in Polen verwirklichten gesellschaftlichen Transformation zugrunde, welches Ziel oder welche Ziele will und kann sie erreichen? Die Antwort auf diese Frage lautet zumeist Marktwirtschaft und Demokratie. Ist Marktwirtschaft sich selbst genügendes Ziel? Abstrakt – ohne Berücksichtigung sozio-ökonomischer Merkmale – kann der Markt als ein Mechanismus verstanden werden, mit dessen Hilfe Warenbesitzer ihre Erzeugnisse so untereinander austauschen, daß die Produkte ihren

unterschiedlichen Verwendungszwecken und die Verkaufserlöse den Warenproduzenten zugeführt werden. Ist der Markt also Ziel oder Mittel zum Zweck?

Der Begriff Demokratie hört sich gut an und scheint dem schon näher zu kommen, was als Ziel bezeichnet werden könnte. Jedoch ist Demokratie zunächst nur ein Mechanismus zur Ausübung politischer Macht oder zum Fällen von Entscheidungen, darunter auch ökonomischen. Können diese Entscheidungen andere als die durch den Markt vorgebestimmten sein? Theoretisch könnten sie von diesem Verdikt abweichen, in der Praxis tun sie es jedoch nur geringfügig und selten.

Die Marktwirtschaft – die letztlich nur als Synonym für Kapitalismus verwendet wird – ist schließlich nicht nur ein Mechanismus, ein ökonomisches System, sondern auch eine Ideologie, ein Bündel von Ansichten und Glaubenssätzen, die ihre Existenzberechtigung aus einer vermeintlich natürlichen Ordnung der Welt herleitet. Dies ist natürlich eine unvollkommene Ordnung, jedoch eine Ordnung, zu der es keine Alternative gibt.

Auf dem Markt, dem ökonomischen wie dem politischen, vollzieht sich – vor allem wenn man dem Begriffspaar »Markt und Demokratie« das Begriffspaar »Eigentum und Einkommen« hinzufügt – ein ununterbrochener Kampf um die Aufteilung von Einkommen und Eigentumsrechten, der durch einflußreiche Interessengruppen in allen Ländern immer rücksichtsloser, durch Staatenbündnisse und zunehmend global geführt wird.

Wie wir gesehen haben, sind die Kosten dieses Kampfes riesig. Die Zahl der Sieger wird immer geringer, die der Verlierer immer größer. Die Anhänger des orthodoxen Kapitalismus sind zutiefst davon überzeugt, daß der Fall des Systems des realen Sozialismus die Menschheit auf ewig vom Streben danach geheilt hat, ein alternatives Gesellschaftssystem zu suchen. Der reale Sozialismus in seiner bisherigen Gestalt ist tatsächlich unwiderrufflich Geschichte; die Probleme jedoch, die er durch seine Existenz offenbarte und bewußt machte, blieben, da sie tatsächlich auch »innere Widersprüche« des kapitalistischen Systems sind. Mehr noch; zu Zeiten der Existenz des sozialistischen Lagers konnte man sie als »Export der Revolution«, als äußere Bedrohung ausgeben, wodurch zentrifugale Tendenzen leichter pazifisiert und das kapitalistische System gestärkt werden konnte.

Noch niemals bisher war es in wenigen Jahren Millionen Menschen möglich, anhand eigener Erfahrungen zwei entgegengesetzte sozio-ökonomische Ordnungen auf dem gleichen Gebiet, unter Mitwirkung von im Grunde gleichen politischen Eliten, miteinander zu vergleichen, wobei lediglich Ministersessel mit Oppositionsbänken hin und her getauscht werden. Wir wissen nicht, wann und wie diese Art Erfahrung einst historische Gestalt annehmen wird, aber das Gespenst geht nicht nur in Europa um.

Tabelle 1

Anteil der Akkumulation am Nationaleinkommen (NE) 1950 bis 1994 (zu vergleichbaren Preisen)

Jahr	Akkumulationsrate (in Prozent des Nationaleinkommens)
1950	26,8
1960	31,7
1965	33,8
1970	35,2
1975	42,0
1980	32,0
1985	30,6
1988	33,2
1990*	29,6 / 25,6*
1991*	25,4 / 22,0*
1992*	21,5 / 18,6*
1994*	24,7 / 21,4*

)1990 bis 1994 wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf der Grundlage vergleichbarer Bedingungen zum vorhergehenden Zeitabschnitt geschätzt; in der zusätzlichen Rubrik (/) wird der Anteil der Akkumulation am BIP zu Preisen des Jahres 1990 angeführt;

Tabelle 2

Jahr	Investitionen in Mrd. alter Zl.	Im Jahresmittel 1960 - 1965= 100	Zunahme des Bestandes an Produktionsmitteln (in %)
1961 - 1965	164,4	100,0	3,5
1966 - 1970	242,4	147,4	4,2
1971 - 1975	463,8	282,2	5,8
1976 - 1980	619,8	377,0	6,4
1981 - 1985	421,4	256,3	2,6
1986 - 1988	521,8	317,4	3,0
1990 - 1994	476,6	290,0	2,0

Tabelle 3

Preisentwicklung bei den wichtigsten Grundbedarfsgütern und ihr Einfluß auf die Verbraucherpreise insgesamt (1989=100)

Jahr	Preisniveau (1989 = 100)				gewichteter Einfluß auf die Entwicklung der Verbraucherpreise		
	Verbraucher- preise insgesamt	Heizung Energie	Steuern	Importe	Heizung Energie	Steuern	Importe
1990	685,8	1033,0	549,2	734,1	0,509	0,140	0,351
1991	1167,9	1931,7	998,9	955,9	0,564	0,156	0,280
1992	1670,1	2702,5	1704,7	1113,7	0,546	0,231	0,223
1993	2259,7	3845,6	2810,7	1297,4	0,517	0,303	0,180
1994	2987,3	5218,5	4010,8	1650,3	0,487	0,327	0,186

Tabelle 4

Veränderungen der Einkommens- und Sozialstruktur zwischen 1989 und 1994 (in Tausend)

Jahr	Erwerbs- tätige insges.	Arbeiter		Rentner Arbeitslose Sozialfürsorge- empfänger		Bauern		Unternehmer freie Berufe	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
1989	24.235	13.054	53,9	6.911	28,5	3.423	14,2	838	3,4
1990	24.630	12.124	49,2	8.082	32,8	3.329	13,5	1.096	4,5
1991	25.381	11.026	43,4	9.754	38,4	3.285	12,9	1.316	5,3
1992	24.894	10.119	40,6	9.925	39,9	3.262	13,1	1.588	6,4
1993	14.902	9.696	38,9	10.262	41,2	3.289	13,2	1.656	6,7
1994	25.089	9.623	38,4	10.295	41,0	3.551	14,2	1.620	6,4

DIETMAR DATHE

Kontinuität und Wandel ostdeutscher Ungleichheitsstrukturen

Für die Prognose, Analyse und Bewertung der im Zuge des Transformationsprozesses auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erwarteten bzw. eingetretenen Veränderungen stand vor allem das Bild einer *Modernisierung ostdeutscher Ungleichheitsstrukturen*. Für »moderne« Ungleichheitsstrukturen gelte, daß der Zugang zu sozialen Positionen egalitär geregelt sei: »Soziale Ungleichheit bezeichnet in diesem Fall *erworbene* ... Positionen im sozialen Gefüge, indem z.B. durch eine hohe Qualifikation eine bevorzugte Position im Berufssystem erreicht wird« (Klocke 1993: 112). Soziale Ungleichheit ist demnach vor allem als *relationale* Ungleichheit zu interpretieren, wie sie sich aus der sogenannten Ungleichheits-Triade (Bildung-Beruf-Einkommen) heraus begründet und wodurch gesichert scheint, daß höhere Leistung (im Beruf) in Gestalt einer adäquat differenzierten Vergütung »honoriert« wird, die jeweils höhere soziale Position über die Gleichverteilung von Bildungschancen zugleich aber prinzipiell jedem Mitglied der Gesellschaft offensteht. Im Gegensatz dazu sei die DDR-Gesellschaft durch politisch motivierte Statuszuweisungen seitens der Machteleite und gleichzeitig durch eine überzogene Nivellierung sozialer Ungleichheiten gekennzeichnet gewesen, die die Gesellschaft in wesentlichen Bereichen in einem vor-modernen Zustand verharren ließ und sozio-ökonomische Innovationen verhinderte: Die ostdeutsche Sozialstruktur stand unter *Modernisierungsdruck* (vgl. Geißler 1992). Aus dem Blickwinkel einer *nachholenden Modernisierung* ist der Wandel ostdeutscher Ungleichheitsstrukturen vor allem durch Diskontinuität bzw. den »Bruch« mit den vorhergehenden Strukturen zu kennzeichnen, eine Auffassung, die, wenn auch aus einem grundsätzlich anderen Begründungszusammenhang heraus, auch bei ostdeutschen Autoren anzutreffen ist: »Lebenslagen in den neuen Bundesländern sind (vor allem die unter 60jährigen betreffend) nicht durch lebenslange Kontinuitäten geprägt – die vor allem von der beruflichen Qualifikation bestimmt werden –, sondern von dem nach der Wende erreichten sozialen Status« (Winkler 1997a: 7).

Im folgenden soll die Frage diskutiert werden, ob und inwieweit die im Verlaufe des Transformationsprozesses eingetretenen Veränderungen in der Vermögensverteilung (gemessen an den relativen Einkommenspositionen) sowohl Momente der Kontinuität als auch des Wandels beinhalten? Daraus abgeleitet ergibt sich das Problem, inwiefern die ostdeutschen Ungleichheitsstrukturen mit den west-

Dietmar Dathe – Jg. 1953,
promovierter Wirtschafts-
wissenschaftler, Berlin.

deutschen vergleichbar sind oder nicht. Die These, daß ost- und westdeutsche Ungleichheitsstrukturen vergleichbare Differenzierungs-»Muster« beinhalten, führt schließlich zur Frage danach, inwieweit westdeutsche Ungleichheitsstrukturen auf Leistungsunterschieden beruhen bzw. inwieweit eine größere Ungleichheit in Ostdeutschland mehr Leistungsanreize geschaffen hätte?

Armutspopulation und Einkommenshierarchie in Ostdeutschland 1990 und 1997

Auch wenn die Beschäftigungskrise in ihren verschiedenen Formen (registrierte Arbeitslosigkeit, Inanspruchnahme von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und Vorruhestandsregelungen) in Ostdeutschland zeitweilig fast die Hälfte der erwerbsfähigen Bevölkerung *direkt* erfaßte, blieben der dauerhafte Ausschluß aus dem Beschäftigungssystem und damit einhergehende Verarmungstendenzen auf besondere Problemgruppen konzentriert: Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Personen mit niedriger Qualifikation (Abbildung 1):

Abbildung 1:

Armut in Ostdeutschland 1997 (Prozentwerte/ im Haushaltskontext, 50-Prozent-Schwelle des bedarfsgewichteten durchschnittlichen Haushaltseinkommens)¹

1 Bedarfsgewichtete bzw. »Äquivalenzeinkommen stellen unter Bedarfsgesichtspunkten modifizierte Pro-Kopf-Einkommen dar und geben das Wohlstandsniveau der jeweiligen Haushalte wieder« (Statistisches Bundesamt 1997: 516). Die Äquivalenz- bzw. Bedarfsgewichtung der Haushaltsnettoeinkommen erfolgt mittels einer Umrechnung der in den betreffenden Haushalten lebenden Personen in »Vollversorgungspersonen« anhand einer sogenannten Äquivalenzzifferskala in Relation zur jeweiligen Bezugsperson des Haushalts. Armut wird hier als relative Einkommensarmut bestimmt: Jemand wird als arm betrachtet, wenn sein (bedarfsgewichtetes) Pro-Kopf-Einkommen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens beträgt. Datenbasis ist die vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg (SFZ) seit 1990 jährlich durchgeführte Befragung in den neuen Bundesländern (vgl. Winkler 1997b).

1997 lebten acht Prozent der ostdeutschen Bevölkerung in Haushalten, denen weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens zur Verfügung stand. Besonders hoch war die Armutsquote in Haushalten von Alleinerziehenden (27 Prozent aller in diesen Haushalten lebenden Personen galten 1997 als arm), in Haushalten mit drei und mehr Kindern, von Arbeitslosen und von Un-/Angelernten.

Zum einen wird hier ein Bruch deutlich (1990 betrug die ostdeutsche Armutsquote drei Prozent), zum anderen ist es gerade der Bereich, in dem die »Verwestlichung« besonders weit vorangeschritten ist: Die in Abbildung 1 aufgeführten sozialen Haushaltsgruppen sind auch in Westdeutschland diejenigen, die sich durch ein besonders hohes Verarmungsrisiko auszeichnen (vgl. Hanesch u.a. 1994).

Der keineswegs gleichmäßigen Verteilung der Verarmungsrisiken in Ostdeutschland bzw. in den neuen Bundesländern entspricht die sozial differenzierte »Teilhabe« an der allgemeinen Einkommensentwicklung, wie sie in den Veränderungen der relativen Einkommenspositionen 1997 im Vergleich zu 1990 ihren Ausdruck finden (Tabelle 1):

Tabelle 1:

Relative Einkommensposition ausgewählter sozialer Haushaltsgruppen in Ostdeutschland 1990 und 1997 (Basis Nettoäquivalenzeinkommen, in Prozent)*

Die Veränderung der relativen Einkommenspositionen bezogen auf den Gesamtdurchschnitt ist ein wichtiger Indikator für sozio-strukturelle Veränderungen, die im Verhältnis zwischen sozialem bzw. demographischem Status und Einkommensniveau ihren Ausdruck finden.

Eine Verbesserung der Einkommensposition in bezug auf den Gesamtdurchschnitt resultiert aus einer überdurchschnittlichen Zunahme der Einkommen in der betreffenden Haushaltsgruppe gegenüber der Gesamtentwicklung. Umgekehrt resultiert eine Verschlechterung der relativen Einkommensposition dementsprechend aus einer unterdurchschnittlichen Zunahme der Einkommen gegenüber der Gesamtentwicklung.

Hinsichtlich der *beruflichen Stellung* wiesen Haushalte von Selbständigen und, in geringerem Maße, auch Haushalte von Angestellten eine überdurchschnittliche Einkommensentwicklung

2 Die herausgehobene Stellung der Gruppe der Selbständigen in der DDR muß angesichts der allgemeinen Rahmenbedingungen verwundern. Im Jahre 1988 lag das durchschnittliche Nettojahreseinkommen der Selbständigen mit rd. 23.000 Mark deutlich über dem von ArbeitnehmerInnen mit rd. 13.000 M (vgl. Bedau u.a. 1993).

auf². Nach der *Qualifikation* betrachtet waren es insbesondere Haushalte von Fach-, Hochschulabsolventen und, mit deutlichem Abstand zur ersteren Gruppe, die Haushalte von Facharbeitern bzw. Meistern. Nach *Familientyp* konnten nur Paare ohne Kinder ihre Einkommensposition verbessern.

Somit ergibt sich insgesamt das Bild, daß die Einkommensunterschiede *zwischen* den angeführten sozialen Haushaltsgruppen zugenommen haben und zwar in der Weise, daß diejenigen Haushaltsgruppen, die 1990 schon eine über dem Durchschnitt liegende Einkommensposition aufwiesen, ihre Einkommensposition deutlich verbessern konnten. Daraus folgt, daß die Haushalte, deren Einkommensposition 1997 unter dem Durchschnitt lag, diejenigen waren, für die dies auch 1990 galt: Haushalte von Arbeitern, Un- bzw. Angelernten, Haushalte mit Kindern. Mit anderen Worten: Die *bestehenden* Unterschiede, wie sie bis zum Ende der DDR existierten bzw. sich in der DDR herausgebildet hatten, wurden vertieft.

Darüber hinaus zeigt der Vergleich zwischen Haushalten von Erwerbstätigen und Arbeitslosen die Bedeutung des *Erwerbsstatus* für die eingenommene Einkommensposition. Deutlich verbessern konnten ihre Einkommensposition auch Rentnerhaushalte.

Wenn es unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zu einer Reproduktion bzw. Fortsetzung DDR-spezifischer Ungleichheitsmuster gekommen ist – trotz der eingetretenen sozialen Verwerfungen die Entwicklung also *auch* von Kontinuität geprägt wird –, verweist dies nur darauf, daß den »realsozialistischen« Ungleichheitsstrukturen dieselben Ursachen (Kinderzahl, berufliche Position bzw. Bildungsabschlüsse, Alter, Geschlecht) wie den »modernen« marktwirtschaftlichen Ungleichheitsstrukturen zugrunde lagen.

Ungleichheitsstrukturen in der DDR

In der sozialwissenschaftlichen Analyse erscheint die Sozialstruktur der DDR als ein »Zwitterwesen« von übermäßiger Nivellierung und gleichzeitig doch vorhandenen sozialen Ungleichheiten, die von westdeutschen Autoren zumeist Privilegien genannt werden. So schlägt Geißler folgendes DDR-Schichtungsmodell vor: »In der Schichtstruktur hat das zentralistisch-bürokratische Herrschaftssystem die Herausbildung einer monopolistischen Machtelite mit einer aufgeblähten disziplinierten sozialistischen Dienstklasse zur Folge. Diesen beiden Klassen steht eine in politiksoziologischem Sinne »entdifferenzierte«, »klassenlose« Gesellschaft gegenüber ...« (Geißler 1993a: 15).

Dieses bipolar gezeichnete Bild der ostdeutschen Sozialstruktur steht der Aussage gegenüber, daß Arbeiter und Bauern »sozial vergleichsweise gut gestellt, während die sozio-ökonomischen Privilegien wichtiger Leistungsträger – des zahlenmäßig stark dezimierten alten Mittelstandes oder hochqualifizierter Berufsgruppen – vergleichsweise stark beschnitten wurden« (ebenda: 14). Obwohl Geißler den Arbeitern nur eine »gebremste Leistungsbereitschaft und lockere Arbeitsdisziplin« attestiert (vgl. ebenda: 151). Die gegenüber Arbeitern und Bauern wenig privilegierte Stellung des Mittelstandes konnte zumindest von einzelnen ihrer Vertreter

durchbrochen werden: »Neben kleinen gerade noch überlebensfähigen Ladenbesitzern gab es gut gehende Handwerksbetriebe, deren Eigentümer z.B. schon zu einer Zeit einen neuen Mercedes fuhren, als ein VW-Golf in der DDR noch Seltensheitswert hatte. Manche Handwerker konnten es sich leisten, ihre knappen Dienstleistungen z.T. nur gegen harte DM anzubieten und gehörten damit zum privilegierten Kreis derjenigen, die über West-Devisen verfügten« (ebenda: 107). Die »Privilegierung« der Intelligenz soll man sich als eine Kombination von geringen materiellen Vorteilen und hoher politischer Loyalität vorstellen: »Da mit Universitätsabschlüssen nur wenig materielle Vorteile verbunden sind, fehlt für die eher instrumentalistisch orientierten Arbeiterkinder der Anreiz, die Anstrengungen langer Bildungswege auf sich zu nehmen. Und vom offiziellen Auslesekriterium der politischen Loyalität profitieren die Kinder der sozialistischen Intelligenz, weil sie den Forderungen nach politisch-gesellschaftlichem Engagement eher nachkommen« (Geißler 1993b: 73)³.

Es fällt schwer, die angeführte Beschreibung auf einen Begriff zu bringen. In ihr vermischen sich gewissermaßen einerseits Merkmale einer »Ständegesellschaft« (Meier) und einer »nach unten nivellierten Gesellschaft« (Lötsch) andererseits. »Die sozialistischen Gesellschaften bauten sich aus mehreren übereinander gelagerten Ständen auf, die in sich nochmals in vielfacher Hinsicht sozial stratifiziert waren« (Meier 1991: 29f.). Lötsch stellt dagegen vor allem die fehlende soziale Differenzierung in den Vordergrund: »... während es auf der einen Seite zur Formierung von ›Reichtum‹ in soziologisch ins Gewicht fallenden Größenordnungen *nicht* kam (weder bei Handwerkern und Gewerbetreibenden noch in der ›sozialen Schicht der Intelligenz‹), verhinderte die staatlich gesteuerte Sozialpolitik ... doch auch die Herausbildung von Armut im *absoluten* Sinne des Begriffes, wie Hunger, Obdachlosigkeit etc.« (Lötsch 1993: 35).

Tabelle 2 faßt einige Resultate einer Untersuchung von 1979/80 zur Differenzierung ausgewählter Lebenslagedimensionen in den europäischen COMECON-Staaten für die Gruppe der DDR-Industriebeschäftigten zusammen.

Tabelle 2:

Vergleich der Lebenslagedimensionen zwischen ausgewählten sozialen Gruppen in der DDR 1979/80 (Un- bzw. Angelernte = 100)

3 Der in den Zitaten zum Ausdruck kommende »Mix« von moralischen Wertungen, (vermittelten) Alltagseindrücken, modernisierungstheoretischen Ansätzen und schlicht Vorurteilen der sozialistischen Dienstleistungsklasse »über die Faulpelze da unten« widerspiegelt auf seine Weise, vielleicht mehr als dem Autor bewußt ist, sehr treffend die ostdeutsche Gemengelage bezüglich sozialer Differenzierung: wo die eigene materielle Besserstellung im Namen des »Leistungsprinzips« eingefordert wurde und die materielle Besserstellung der anderen immer nur ungerechtfertigte »Privilegien« darstellten.

Der stärkste Nivellierungseffekt ging demnach nicht von den Arbeitseinkommen, sondern von demographischen Faktoren aus. Die an den Untersuchungen beteiligten Autoren setzen für die Erklärung der aufgezeigten Lebenslageunterschiede unterschiedliche Akzente. Lötsch/Wörner (1983) verweisen in einer Auswertung der Daten lediglich auf die »reale Vielschichtigkeit des Problems«, für Müller-Hartmann (1994) ist der unterschiedliche Ausstattungsgrad mit langlebigen Konsumgütern Ausdruck der kumulativen Wirkung langjähriger Einkommensunterschiede.

Man kann die Daten aus Tabelle 2 mit einiger Vorsicht als Beleg für den Einfluß nichtmonetärer Faktoren auf die soziale Differenzierung bzw. umgekehrt als Beleg für den geringen Einfluß monetärer Einkünfte werten. Vergleicht man aber die Unterschiede im Arbeitseinkommen zwischen Un- bzw. Angelernten, Facharbeitern und der Intelligenz und die Unterschiede hinsichtlich des Gesamtindex, kann eine weitgehende Deckungsgleichheit konstatiert werden (letzteres gilt nicht für die Gruppe der Angestellten). D.h., auch wenn die sozialen Differenzierungen nicht allein auf Verdienstunterschiede zurückzuführen sind, haben die monetär und nichtmonetär verursachten Lebenslagenunterschiede aber zu weitgehend deckungsgleichen Differenzierungsmustern geführt.

Im internationalen Vergleich hatte die DDR (gemeinsam mit Polen), was den »Abstand« zwischen der Gruppe der Un- bzw. Angelernten und der Gruppe der Intelligenz betraf, innerhalb der COMECON-Staaten eine Spitzenstellung inne. Gleichzeitig war der Unterschied zwischen Un- bzw. Angelernten und Facharbeitern in der DDR deutlicher ausgeprägt als in Polen. Der Abstand zwischen Facharbeitern und (einfachen) Angestellten fiel dagegen geringer aus (vgl. Müller-Hartmann 1994).

Diese Lebenslagenunterschiede haben sich, was Einkommens- und Wohnverhältnisse betraf, bis Ende der achtziger Jahre kaum verringert. Im Jahre 1988 lagen die durchschnittlichen Löhne und Gehälter von Erwerbstätigen mit Hoch- und Fachschulabschluß bei 151 Prozent und von Erwerbstätigen mit Facharbeiter- bzw. Meisterabschluß bei 122 Prozent der durchschnittlichen Nettolöhne bzw. -gehälter von Erwerbstätigen ohne beruflichen Abschluß (vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik o.J.).

1990 verfügten beispielsweise nur 33 Prozent aller Haushalte von un- bzw. angelernten Arbeitern über eine Wohnung mit WC/Bad/Zentralheizung gegenüber 47 Prozent der Facharbeiter, 53 Prozent der einfachen Angestellten, 65 Prozent der qualifizierten und 72 Prozent der leitenden Angestellten (Landua 1993). Adler/Kretzschmar (1993), die in einer im Juni 1990 durchgeführten Untersuchung zu ganz ähnlichen Resultaten gelangten, interpretieren die Unterschiede im Wohnkomfort als Resultat von drei Faktoren: Einkommensunterschiede, an berufliche Positionen gebundene Zugangsmöglichkeiten und als Konsequenz der regional/räumlich äußerst differenzierten Wirkung staatlicher Wohnungsbaupolitik. Für letzteres Argument spricht die desolate Lage des Wohnungsbestandes und der sozial-kulturellen Infrastruktur in den industriellen Ballungszentren im Süden der ehemaligen DDR, die, abgesehen von den eher als problematisch anzusehenden

»Satellitenstädten«, städtebaulich seit den siebziger Jahren so gut wie keine Veränderung mehr erfahren haben.

Die Daten aus Tabelle 2 scheinen somit eher das Bild von einer »Ständegesellschaft« zu bestätigen, soweit man davon ausgeht, daß die jeweiligen gruppen *internen* Differenzierungen nie über die sozialen Unterschiede *zwischen* den Gruppen selbst »hinausreichen«. Auf der Grundlage einer relativ kleinen Datenbasis soll im folgenden deshalb auf die Differenzierung *zwischen* und *innerhalb* sozialer Gruppen in der ehemaligen DDR eingegangen werden (vgl. Tabelle 3)⁴.

4 Die Daten entstammen aus einer vom damaligen Institut für Soziologie und Sozialpolitik an der AdW der DDR im Zeitraum 1983/84 durchgeführten Befragung im Rahmen des Forschungsprojektes »Leistungsverhalten bei der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts« (WiTAL).

Gegenüber der durchschnittlichen Entlohnung (Mittelwert) eines/r FacharbeiterIn erhielt ein(e) FachschulabsolventIn das 1,24fache und ein(e) HochschulabsolventIn das 1,35fache, was das Bild von einer »nach unten nivellierten Gesellschaft« sicher bestätigt, einschließlich des Umstandes, daß die Differenz zwischen Fach- und Hochschulabsolventen nur 11 Prozentpunkte betrug. Gleichzeitig wird anhand des NPR-Maßes D1/D10⁵ aber auch deutlich, daß innerhalb jeder der drei Gruppen der Nettoverdienst des höchsten Dezils jeweils ca. das Doppelte des Nettoverdienstes des untersten Dezils betrug, d.h., die relativ geringen Einkommensunterschiede *zwischen* den Gruppen gingen mit einer erheblichen Einkommensdifferenzierung *innerhalb* der jeweiligen Gruppen einher.

In den Zeilen 3 bis 5 werden die »Konsequenzen« dieser Situation deutlich: In Zeile 3 sind die Einkommensrelationen zwischen dem höchsten Dezil der Facharbeitergruppe und dem niedrigsten Dezil der anderen zwei Gruppen ausgewiesen: danach lag der Nettoverdienst der obersten zehn Prozent der FacharbeiterInnen um ca. 60 Prozent über dem des untersten Dezils der FachschulabsolventInnen bzw. ca. 40 Prozent über dem der Hochschulabsolventen. Gleichzeitig war aber auch zu verzeichnen, daß – wie in Zeile 4 dargestellt – die obersten zehn Prozent der Beschäftigten mit Fachschulausbildung den Nettoverdienst der untersten zehn Prozent der Gruppe der Facharbeiter um das 2,7fache übertrafen und den der untersten zehn Prozent der Gruppe der Hochschulabsolventen noch um das 1,8fache. Die Zeile 5 enthält die entsprechenden Relationen zwischen dem 10. Dezil der Hochschulabsolventen zum 1. Dezil der Facharbeiter und Beschäftigten mit Fachschulabschluß.

Zu den gleichen Ergebnissen gelangt man bei Betrachtung der

Einbezogen waren verschiedene naturwissenschaftlich-technische Einrichtungen der AdW und Produktionsabteilungen von sechs Industriekombinaten der DDR. Der Anteil der AdW-Angehörigen an der Gesamtzahl der Befragten betrug 24 Prozent (vgl. Dathe 1985).

5 Das NPR (Nth Percentile Range)-Maß »D1/D10« mißt die »Spannweite« zwischen dem Maximaleinkommen der untersten zehn Prozent (Dezil) und dem Minimaleinkommen der höchsten zehn Prozent aller Einkommensempfänger.

beruflichen Stellung, wie Produktionsarbeiter, wissenschaftlich-technisches Personal, wissenschaftliches Personal und Leiter (vgl. Dathe 1985).

Über alle Gruppen hinweg kann der Einfluß des *Geschlechts* auf die Einkommensdifferenzierung nachgewiesen werden: Der Mittelwert der Nettoverdienste männlicher Beschäftigter lag 30 Prozent über dem weiblicher Beschäftigter (lt. Angaben der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik lag der Einkommensunterschied zwischen vollbeschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitern/Angestellten 1988 insgesamt ebenfalls bei 32 Prozent), wobei die Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten am größten im unteren Einkommensbereich ausfielen. Gleichzeitig waren aber die relativen Einkommensunterschiede innerhalb der Gruppe der weiblichen Beschäftigten größer als innerhalb der männlichen Beschäftigten (D1/D10 : 2,15 zu 1,93).

Relativ bedeutsam war auch der Einfluß des Senioritätsprinzips auf die Einkommensunterschiede: Die Nettoverdienste nahmen mit dem Lebensalter zu und erreichten in der Altersgruppe von 46-55 Jahre ihr höchstes Niveau (bezogen auf den Mittelwert das 1,42fache gegenüber der Altersgruppe von 18 bis 25 Jahre).

Für Löttsch/Wörner waren diese »Überlagerungseffekte« zwischen den einzelnen Bildungs- bzw. Berufsabschlüssen ein Beleg dafür, »daß auf der Ebene der gruppeninneren Differenzierungen das Leistungsprinzip eine größere Rolle spielt« (Löttsch/Wörner 1983: 170), was insoweit fraglich erscheint, als die Überlagerungseffekte vielfach aus »Einkommensüberlagerungen« zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten unterschiedlicher Beschäftigtengruppen resultierten.

Angesichts der durchaus vorhandenen Differenzierungen muß folgende Äußerung über die soziale Realität der DDR eher als nachträgliche Verklärung gelten: »Früher saßen alle im gleichen Boot, die sozialen Unterschiede waren nicht da. Jeder wußte, was der andere verdient. Es gab keine sozialen Unterschiede, auch nicht am Biertisch« (zit. nach: Gebhardt/Kamphausen 1995). Diese Feststellung kontrastiert sehr stark zu den tatsächlichen Gegebenheiten in der vormaligen DDR – beispielsweise der durchaus vorhandenen Abgrenzung zwischen »oben« (»Wasserkopf«) und »unten« in den Betrieben (vgl. Bluhm 1991) oder Äußerungen wie die vom »Bauern-und-Handwerker-Staat« (eine Persiflage des sogenannten Arbeiter-und-Bauern-Staates), »alle Menschen sind gleich, aber manche sind gleicher« usw.

Die Erklärung ist wohl eher darin zu suchen, daß es sich um eine (Neu-)Bewertung der damaligen Lage angesichts der aktuellen Erfahrungen handelt, wo der Bereich soziale Sicherheit über alle Gruppen hinweg derjenige Bereich ist, der mit den größten Verluste Erfahrungen verknüpft wird. Soziale Unterschiede bzw. Differenzierungen haben dabei eine prinzipiell neue Qualität angenommen, insoweit sie wesentlich über die Teilhabe bzw. Nichtteilhabe am Erwerbsleben bestimmt sind und für dauerhaft Ausgegrenzte bis zur sozio-kulturellen Existenzfrage führen können. Gleichzeitig werden »Aufstieg« bzw. die Nichtteilhabe am Aufstieg anhand der Statussymbole für jedermann nach außen hin sichtbar. Damit ging

ein Bedeutungsverlust sozialer Netzwerke mit ihren wechselseitigen Abhängigkeiten einher, in denen sich der »Status« des einzelnen über die Mobilisierbarkeit knapper Ressourcen definierte.

Einkommensdifferenzierung und Leistungsprinzip

Unbestritten ist, daß die absoluten Einkommensunterschiede sowie die mittelbar und unmittelbar damit verknüpften sozio-strukturellen Lebenslageunterschiede in Gesellschaften wie der Bundesrepublik erheblich größer als in der ehemaligen DDR waren und demnach die Schlußfolgerung naheliegt, in der nivellierten Sozialstruktur des Sozialismus »die causa finalis für sein letztlisches Scheitern dingfest zu machen« (Lötsch 1991: 62).

Empirisch wird dieser Unterschied von Lötsch u.a. an dem (im Vergleich zu Westdeutschland) um die Hälfte geringeren durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen in der ehemaligen DDR festgemacht. Hauser verweist demgegenüber zu Recht darauf hin, daß derartige Niveauvergleiche als solche wenig aussagekräftig sind, wenn die relevanten Systemunterschiede nicht mitbedacht werden (Hauser 1992: 62):

- Unterschiede im Preis- und Marktsystem sowie in der Verfügbarkeit von Gütern und im für die Güterbeschaffung erforderlichen Zeitaufwand;

- Unterschiede in bezug auf die Verfügbarkeit und Sicherheit von Arbeitsplätzen und die Übernahme von sozialen Absicherungsaufgaben durch die Betriebe;

- Unterschiede in Art und Ausmaß der vom Staat kostenlos oder verbilligt zur Verfügung gestellten Güter und Leistungen sowie in der Berechtigung zu deren Inanspruchnahme;

- Unterschiede in Art und Ausmaß des sozialen Schutzes, der durch Sozialabgaben erworben werden konnte.

Die niedrige Höhe der Bruttogrößen einerseits und die geringe Brutto-Netto-Differenz andererseits liegt auch darin begründet, daß die Finanzierung des sozialen Sicherungssystems in der DDR primär aus den Abgaben der Betriebe an den Staat und nicht über die Abzüge von den Erwerbseinkommen erfolgte.

Die von Lötsch postulierte »Triebkraftfunktion sozialer Unterschiede« beruht letztlich auf der These, daß in Systemen mit geringer Einkommensspreizung unterdurchschnittliche oder auch nur durchschnittliche Leistungen nicht ausreichend sanktioniert und überdurchschnittliche Leistungen nicht ausreichend honoriert würden. Folgt daraus im Umkehrschluß, daß die höhere Einkommensungleichheit in marktwirtschaftlich verfaßten Systemen auf der höheren Entgeltwirksamkeit unterschiedlicher Arbeitsleistungen basiert?

Eine allein aus der individuellen Arbeitsleistung resultierende Entgeltdifferenzierung, wie es das neoklassische Arbeitsmarktmodell annimmt, setzt die vollkommene Konkurrenz bzw. den perfekten Markt voraus, die beide für Westdeutschland nicht real existieren. Statt dessen sind »sowohl die Wirtschaftszweige und die Arbeitsmarktsegmente als auch die Betriebe und Arbeitsplätze ... bedeutsame Verdienstdeterminanten« (Szydlik 1993: 193).

Auch bezogen auf die differenzierende Wirkung der Unterschei-

dung zwischen »Arbeitern« und »Angestellten«, wie sie für das westdeutsche Tarifsysteem charakteristisch ist, hat dies wenig mit Unterschieden in der individuellen Arbeitsleistung zu tun. Hier findet eher eine Konservierung historisch gewachsener Entgeltstrukturen statt. »Einfache Sachbearbeitertätigkeiten werden inzwischen genauso (oder besser) honoriert wie hochqualifizierte Facharbeit in der Produktion« (Schmidt 1995: 76).

Eine *wohlfahrtsstaatliche* Einkommensverteilung ist primär durch eine Einkommensspreizung *nach oben* gekennzeichnet. Die Spitzenposition haben dabei die Selbständigen-Haushalte, d.h. Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, inne (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4 macht darüber hinaus zweierlei deutlich: Einmal zeigt sie, daß die Abstände *zwischen* den Einkommenspositionen der ausgewiesenen Haushalte in beiden Teilen Deutschlands annähernd gleich groß sind. Die gleichzeitig günstigeren Einkommenspositionen der ostdeutschen *gegenüber* den westdeutschen Haushalten ist demnach zweitens vor allem darauf zurückzuführen, daß hier die *Differenzierung nach oben* deutlich geringer als in Westdeutschland ausfällt. Letzteres ist u.a. die Konsequenz einer Strategie der Privatisierung durch (subventionierten) Verkauf, was folgendes Resultat gezeitigt hat: »Ein wesentlicher Teil des privatisierten Staatsvermögens ist in die Hände von Westdeutschen und Ausländern übergegangen« (Hauser 1997: 1).

Ist diese größere Einkommensspreizung Ausdruck einer »gerechteren« Bewertung unterschiedlicher menschlicher Fähigkeiten und stimuliert sie die Ausbildung dieser Fähigkeiten?

Von Interesse ist in diesem Zusammenhang die Auseinandersetzung von Lange mit dem sogenannten Pareto-Gesetz – die relative Abnahme (Siebung) der Personenzahl beim Übergang zu immer höheren Einkommen. Das Pareto-Gesetz ist oft als Ausdruck einer naturgegebenen Verteilung menschlicher Fähigkeiten interpretiert

worden. Lange konnte demgegenüber nachweisen, »daß die Einkommen homogener sozialer Gruppen normal oder logarithmisch normal verteilt sind. Denn die Tendenz, ein den Bedingungen der jeweiligen Gruppe entsprechendes charakteristisches Einkommen zu erzielen, wird von zufälligen Abweichungen überlagert, die durch zahlreiche sekundäre Einflüsse verursacht werden. Mit einer Paretianischen Verteilung haben wir es demgegenüber in jenen Fällen zu tun, bei denen das Eigentum aus Kapitalvermögen oder Feudaleigentum stammt. Das ist auch verständlich, denn je höher das Vermögenseinkommen, um so leichter ist ohne Zweifel auch seine Vermehrung« (Lange 1968: 149).

Eine Schlußfolgerung daraus könnte lauten, daß die Implantierung marktwirtschaftlicher Verdienstdifferenzierungen (bzw. deren Simulierung) in das Einkommensgefüge der DDR, im Sinne ihrer »Triebkraftfunktion«, nicht die wirtschaftliche Dynamik ausgelöst hätte, die eine Reihe von Autoren sich davon erhofft. Die größere Einkommensdifferenzierung in Marktwirtschaften erklärt sich vielmehr aus den Rückkopplungsbeziehungen zwischen Einkommens- und Vermögensverteilung, die wiederum einen entsprechenden Kapitalmarkt voraussetzen.

Das oben beschriebene läßt sich in drei Punkte zusammenfassen:
– Auch hinsichtlich der sozialen Differenzierung hat es in den neuen Bundesländern keine Stunde *Null*, unabhängig und jenseits aller »Seilschaften«, gegeben. Zumindest die Chance, die eigene Wohlfahrtsposition zu halten oder zu verbessern, ist sehr wohl mit dem bereits in der DDR erworbenen Wohlfahrtsstatus verknüpft.

– Davon abweichende Verläufe, als Folge von Arbeitslosigkeit, Frühverrentung oder Berufs- und Tätigkeitswechsel (mit jeweils sehr unterschiedlichen Folgen für die aktuelle Wohlfahrtslage), werden durch diese Feststellung nicht negiert bzw. bestritten, doch auch diese Verläufe trafen Männer und Frauen unterschiedlich. »Im Vergleich zu den Männern verblieben Frauen eher auf den niedrigeren beruflichen Positionen oder verschlechterten sich häufiger. Nur sehr wenigen Frauen gelang es, in den Bereich der hochqualifizierten Angestellten vorzudringen. Umgekehrt verbesserten Männer häufiger als Frauen ihren beruflichen Status« (Holst/Schupp 1995: 405).

– Spiegelbildlich dazu hat die Entgeltendifferenzierung in marktwirtschaftlichen Ordnungen noch nie nach den Regeln eines (unterstellten) *perfekten* Marktes funktioniert und demzufolge ist die gegebene Entgeltendifferenzierung nicht der unvermittelte Ausdruck unterschiedlicher individueller Arbeitsleistungen. Noch weniger ist diese Annahme für die Verteilung der Vermögen bzw. Vermögenseinkünfte angebracht, denn, wie Nell-Breuning es schon formulierte: »Nicht das Eigentum der einen, sondern das ›Nicht-Eigentum‹ der anderen entscheidet« (Nell-Breuning 1990: 284).

Literatur

- Adler, F. und A. Kretschmar (1993): Ungleichheitsstrukturen in der ehemaligen DDR, in: R. Geißler (Hg.): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen, S. 93-118.
Bedau, u.a. (1993): Untersuchungen zur Einkommensverteilung und -umverteilung in der DDR 1988 ..., in: Beiträge zur Strukturforchung, H. 143.
Bluhm, K. (1991): Vom gescheiterten zum nachholenden Fordismus?, in: Berliner Debatte INITIAL, Nr. 3, S. 251-260.

- Dathe, D. (1985): Messung und Bewertung der Einkommensverteilung spezifischer Bereiche der DDR (Mimeo).
- Gebhardt, W. und G. Kamphausen (1995): »Früher haben wir sicherer gelebt!« Über soziale Gewinne und Verluste der Wiedervereinigung, in: H. Sahner und S. Schwendtner (Hg.): 27. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Kongreßband II, Opladen, S. 180-185.
- Geißler, R. (1992): Die Sozialstruktur Deutschlands, Opladen.
- Geißler, R. (1993a): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, in: ders. (Hg.): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen, S. 7-29.
- Geißler, R. (1993b): Sozialer Umbruch als Modernisierung, in: ders. (Hg.): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen, S. 63-61.
- Hanesch, W. u.a. (1994): Armut in Deutschland, Reinbek b. Hamburg.
- Hauser, R. (1992): Die personelle Einkommensverteilung in den alten und neuen Bundesländern vor der Vereinigung, in: G. Kleinhenz (Hg.): Sozialpolitik im vereinten Deutschland II, Berlin, S. 37-72.
- Hauser, R. (1997): Die Vereinigung ist abgeschlossen – die Unterstützung für den Osten wird fortgesetzt, in: Das Parlament, Nr. 3-4.
- Holst, E. und J. Schupp (1995): Aspekte der Arbeitsmarktentwicklung in Ostdeutschland, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 23, S. 401-410.
- Klocke, A. (1993): Sozialer Wandel, Sozialstruktur und Lebensstile in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/M u.a.
- Landua, D. (1993): Stabilisierung trotz Differenzierung?, WZB-Discussion Paper, Berlin, pp 93-107.
- Lange, O. (1968): Einführung in die ökonomische Kybernetik, Berlin.
- Lötsch, M. (1991): Konturen einer Theorie der Sozialstruktur, in: Berliner Journal für Soziologie, Nr. 2, S. 195-202.
- Lötsch, M. (1993): Sozialstruktur und Systemtransformation, in: R. Geißler (Hg.): Sozialer Umbruch in Ostdeutschland, Opladen, S. 31-39.
- Lötsch, M. und G. Wörner (1983): Materielle Lebensbedingungen und Annäherungsprozesse, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1983, Berlin, S. 161-175.
- Meier, A. (1991): Die Revolution entläßt ihre Theoretiker, in: B. Giesen und C. Leggewie (Hg.): Experiment Vereinigung, Berlin, S. 28-37.
- Müller-Hartmann, I. (1994): Lebensbedingungen von Kindern und soziale Ungleichheit in der ehemaligen DDR im Spiegel soziologischer Forschungen (Mimeo).
- Nell-Breuning, O.v. (1990): Den Kapitalismus umbiegen, Düsseldorf.
- Schmidt, R. (1995): Forschungsdefizite im Bereich industrieller Arbeit, in: D. Dathe (Hg.): Wege aus der Krise der Arbeitsgesellschaft, Berlin, S. 73-79.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg.) (o.J.): Haushaltseinkommen und Ausstattung der Haushalte von Arbeitern und Angestellten 1980-1988, Berlin.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (1997): Datenreport 1997. München u. Landsberg/Lech: Bonn Aktuell.
- Szydlík, M. (1993): Arbeitseinkommen und Arbeitsstrukturen, Berlin.
- Winkler, G. (1997a): Ostidentität – ein Sichfinden in Gestern und Heute?, in: Sozialreport, Nr. 1, S. 3-9.
- Winkler, G. (Hg.) (1997b): Sozialreport 1997, Berlin.

EWA NASALSKA

Polen und Deutsche. Zur Haltung Jugendlicher und zu Schulbuchinhalten

In den Beziehungen zwischen Deutschen und Polen zeigen sich zwei Grundlinien: Während die repräsentativen soziologischen Untersuchungen das Vorhandensein gegenseitiger Vorurteile und Abneigungen sichtbar machen, zeigt sich bei den intellektuellen Eliten eine nachhaltige Verbesserung. In Westdeutschland ist diese Erscheinung seit 1970 zu beobachten. Der damals zwischen Polen und der BRD unterzeichnete Vertrag hob vor allem wirtschaftliche Fragen hervor; nachgeordnet war die Zusammenarbeit in wissenschaftlichen und kulturellen Bereichen.¹ Bereits in den siebziger Jahren intensivierte sie sich auch auf diesen Gebieten. Beispiele dafür sind das 1976 gegründete Deutsch-Polnische Forum, das Begegnungen zwischen Politikern, Wirtschaftsmanagern, Wissenschaftlern und Publizisten der beiden Staaten dienen sollte; vor allem jedoch die 1972 gegründete Deutsch-Polnische Schulbuchkommission.

Das Verhältnis der polnischen Gesellschaft gegenüber den Deutschen war in den Nachkriegsjahren von den Erfahrungen der Kriegsjahre geprägt. Antideutsche Haltungen waren lange Zeit eines der wenigen Elemente, in denen sich die kommunistische Propaganda mit gesellschaftlichen Grundgefühlen deckte. Anfang der achtziger Jahre begann ein schrittweiser Rückgang der Ablehnung der Deutschen durch die Polen, obwohl sie nach wie vor stark ausgeprägt war.² In den zurückliegenden zwanzig Jahren milderte sich auch die negative Einstellung von Jugendlichen gegenüber Deutschen.³ Die Ergebnisse der Untersuchungen des Zentrums zur Erforschung der öffentlichen Meinung (CBOS) lassen ein langsames Zurückgehen des Gefühls der Bedrohung durch Deutsche unter der Schüler- und Studentenschaft erkennen.⁴ Das Bild des heutigen Deutschen ist in den Augen der polnischen Jugend voller Widersprüche; ähnlich wie das Bild von den Deutschen, das sich die Polen insgesamt machen.⁵

Im Zusammenhang mit den im folgenden vorgestellten Ergebnissen der Inhaltsanalyse polnischer Geschichtslehrbücher für die 8. Klassen der Grundschule verdienen die Ergebnisse einer 1994 unter 15-16jährigen Schülern der 8. Klassen durchgeführten Untersuchung besondere Aufmerksamkeit. Die Befragungen wurden durch die Forschungsgruppe Bildungssoziologie der Warschauer Universität vorgenommen. Erfasst wurden annähernd 900 Schüler in Warschau und in einer Kleinstadt Mittelpolens. Die Ergebnisse belegen, daß durchschnittlich jeder zweite der von der

Ewa Nasalska – promovierte Soziologin. Arbeitsgruppe Bildungssoziologie im Institut für Soziologie der Universität Warschau. Veröffentlichungen zum Bildungswesen in Polen, insbesondere zur Haltung der Lehrerschaft im Prozess der Transformation; zur multikulturellen Erziehung sowie zum Rang polnisch-deutscher Beziehungen im Bewußtsein der Schuljugend und in Schulbüchern.

Der Aufsatz ist die veränderte Version eines Referats auf der Konferenz »Nationale Identität: Gedächtnis und Gegenwart«, die vom Institut für Soziologie der Universität Warschau 1995 durchgeführt wurde.

1 Vgl. Rhode, Gotthold: Die deutsch-polnischen Beziehungen von 1945 bis in die achtziger Jahre, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 11-12/1988, S. 3-20; Wec, Jozef-Janusz: Die Bezie-

hungen zwischen der VR Polen und der Bundesrepublik Deutschland 1949-1987, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11-12/1988, S. 21-33.

2 Vgl. Jasinska-Kania, Aleksandra: *Postawy Polaków wobec różnych narodów: sympatie i niechęci* (Die Haltung der Polen gegenüber anderen Völkern: Sympathien und Antipathien), in: *Kultura i Społeczeństwo*, Nr.4/1988, S. 147-161.

3 Vgl. Wilska-Duszynska, Barbara: »Swoi« i »inni« - postawy studentów wobec etnicznie innych (Die »Eigenen« und die »Fremden« - die Haltung von Studenten gegenüber ethnischen Gruppen), in: *Kultura a społeczeństwo*, Nr.3/1992, S. 99-106.

4 Vgl. *Sojusznicy i wrogowie Polski. Opinie młodzieży o niektórych czynnikach bezpieczeństwa i zagrożenia kraju* (Verbündete und Feinde Polens. Die Meinung Jugendlicher über Komponenten der Sicherheit und der Bedrohung des Landes), CBOS (Zentrum für öffentliche Meinungsforschung), Warszawa 1990; *Opinia publiczna o międzynarodowym zagrożeniu Polski* (Die öffentliche Meinung über die internationale Bedrohung Polens), CBOS, Warszawa 1992; *Między Niemcami a Rosją – ocena międzynarodowego bezpieczeństwa Polski* (Zwischen Deutschland und Rußland – Zur Einschätzung der internationalen Sicherheit Polens), CBOS, Warszawa 1994.

5 Vgl. Nowicka, Ewa: *Dystans wobec Niemców w społeczeństwie polskim* (Distanz gegenüber Deutschen

Analyse erfaßten Schüler sich gegenüber Deutschen negativ verhielt. Die negativen Haltungen waren bei Schülern aus Kleinstädten etwas stärker (53 Prozent), während sie unter Warschauer Schülern bei 48 Prozent lagen. Da der Unterschied nicht allzu groß ist, liegt der Schluß nahe, daß Schule und Massenmedien ihren Einfluß auf die Unifizierung dieser Haltungen ausüben.

In den Äußerungen über Deutschland und die Deutschen spiegeln sich nachhaltig die historischen Voraussetzungen wider.⁶

Die Deutschen in Vorstellungen der polnischen Jugend – die Polen in denen der deutschen Jugend

Polnische Jugendliche sehen die Deutschen überwiegend unter dem Blickwinkel des Zweiten Weltkrieges. Für mehr als die Hälfte der befragten Schüler verbindet sich das Wort »Deutsche« mit den Ereignissen des letzten Krieges. Die den älteren Generationen stärker erinnerliche deutsche Okkupation Polens wird allerdings lediglich von jedem zehnten Schüler mit dem Begriff »Deutsche« in Verbindung gebracht. Das könnte vom Verlassen des Bildes von diesem Zeitraum im Bewußtsein Jugendlicher zeugen. Generell ist jedoch der Rückgriff auf die Vergangenheit ein wesentliches Element der Vorstellungen vom heutigen Deutschen. In der Beziehung zur Gegenwart kristallisierten sich zwei Versionen des analysierten Bildes heraus: In der einen verbinden sich die Vorstellungen von einem hohen Lebensstandard mit der Bewunderung eines starken Staatswesens; in der anderen verbindet sich das Bild von den Deutschen mit ihrer Ausländerfeindlichkeit, insbesondere Polen gegenüber. Dabei wird deutlich das Gefühl der Bedrohung artikuliert, das aus der historischen Überlieferung erwächst.

Bei der deutschen Jugend war das Polen-Bild in der ersten Nachkriegszeit sowohl in der DDR als auch in der BRD von Berichten über Einzelschicksale, über tragische Erlebnisse der Deutschen, die aus Polen ausgesiedelt wurden, geprägt. In Westdeutschland wurden Dokumente dieser Art in Editionen wie »Dokumentation der Vertreibung« veröffentlicht. Aus dieser Quelle schöpften die Geschichtslehrbücher. In Ostdeutschland wurde die Frage der Grenzveränderungen und der Umsiedlung aus der offiziellen Propaganda ausgespart, obwohl sie im gesellschaftlichen Bewußtsein gegenwärtig war.⁷

Die Haltung der Gesellschaft in der DDR, darunter Jugendlicher, gegenüber Polen und den Polen wird erst seit 1990 untersucht. Forschungen zur Haltung der westdeutschen Bevölkerung gegenüber Polen wurden ebenfalls selten durchgeführt; solche zur Haltung Jugendlicher stützten sich überwiegend auf regionale Befragungen. Eine eindeutige Mehrheit Jugendlicher in der ehemaligen BRD hatte demzufolge überwiegend negative Vorstellungen von den Polen. Beispielsweise wurden Russen und Polen im Rahmen einer zu Beginn der sechziger Jahre durchgeführten Befragung über die Völker Osteuropas unter Jugendlichen an Mittelschulen am negativsten beurteilt. Ihre negative Bewertung der Polen begründeten deutsche Schüler am häufigsten mit der »schlechten Behandlung und Verfolgung der Deutschen«.⁸ Westdeutsche Forschungsergebnisse der späteren Jahre verweisen auf ein zunehmendes Gefühl

von Distanz und Gleichgültigkeit gegenüber Polen⁹ oder zeigen ebenfalls negative Grundhaltungen¹⁰.

Jugendliche auf dem Gebiet der vormaligen DDR zeigen gegenwärtig eine eher ablehnende Haltung gegenüber Polen.¹¹ Negative Haltungen sind insbesondere bei Berufsschülern offensichtlich, so u.a. in Ostberlin¹² oder auch in allen neuen Bundesländern¹³. Sie werden mit der Konkurrenzsituation erklärt, in der sich die Berufsschüler auf dem Arbeitsmarkt gegenüber polnischen »Gastarbeitern«, vor allem im Bauwesen, befinden.¹⁴

Das Bild der polnisch-deutschen Beziehungen in aktuellen Geschichtslehrbüchern der beiden Länder

Das Bild von den historischen Ereignissen, die in den Schulbüchern dargestellt werden, ist in beträchtlichem Maße von den Tatsachen abhängig, mit denen diese Ereignisse illustriert werden. Die Tatsachenauswahl und die Art und Weise, wie die Fakten in einen wechselseitigen Zusammenhang gebracht werden, prägen das vermittelte Geschichtsbild. Die Anordnung und Darbietung der Tatsachen wird von einer Reihe unterschiedlicher Elemente bestimmt. Zu deren wichtigsten gehören sowohl der jeweilige Kenntnisstand der Geschichtswissenschaft als auch die Weltanschauung derjenigen, die entscheidenden Einfluß auf die in den Lehrbüchern dargestellte Version der Geschichte haben.¹⁵

Die Inhaltsanalyse der Schulbücher für Geschichte und Geographie erfolgte seit der Gründung der Polnisch-Deutschen Schulbuchkommission 1972. Ziel der Kommissionsarbeit war die Abklärung der Standpunkte beider Seiten zu strittigen Fragen in den Beziehungen zwischen Deutschen und Polen. Gegenstand ihrer Arbeit waren seinerzeit ausschließlich die westdeutschen und die polnischen Schulbücher; in der DDR veröffentlichte Schulbücher wurden nicht analysiert. Letztlich wurden die Ergebnisse der Kommissionsarbeit in Form der »Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen« veröffentlicht. Diese enthielten die abgestimmten Versionen der strittigen Fragen in den beiderseitigen Beziehungen. Die Schulbuchautoren und besonders die für das Bildungswesen zuständigen Ministerien in den alten Bundesländern waren jedoch nicht bedingungslos an die Empfehlungen gebunden. Auch in Polen wurden die Empfehlungen nur langsam in den Lehrplänen berücksichtigt. Die deutschen wie die polnischen Kommissionsmitglieder wurden für ihre Rücksichtnahme hinsichtlich der Forderungen der Gegenseite insbesondere bei der Darstellung der Umsiedlungsproblematik kritisiert.

Im vorliegenden Aufsatz werden die Ergebnisse der Inhaltsanalysen von drei polnischen und sechs deutschen Schulbüchern zur neuesten Geschichte vorgestellt, die dem Unterricht in der Abschlußphase der Schulpflicht zugrunde liegen. Bei den deutschen Schulbüchern mußte die Autorin aus einem umfangreichen Angebot auswählen; demgegenüber wurden alle an polnischen Schulen in den achten Klassen genutzten Geschichtsbücher analysiert.¹⁶

Gegenstand der Analyse sind die Texte, in denen die Nachkriegszeit dargestellt wird. Berücksichtigt wurden sowohl Autoren-

in der polnischen Gesellschaft), in: *Kultura i Społeczeństwo*, Nr.4/1991, S.167-177; Siemienska, Renata: *Zaufanie Polaków do różnych narodów w okresie przemian politycznych i ekonomicznych* (Die Wertschätzung verschiedener Völker durch Polen in Zeiten politischer und ökonomischer Umbrüche), in: Jasinska-Kania, Aleksandra (Hrsg.): *Studia nad postawami wobec innych narodów, ras i grup etnicznych* (Studien zu Haltungen gegenüber anderen Völkern, Rassen und ethnischen Gruppen), Bd. 2: *Bliscy i dalecy* (Nahestehende und Fernstehende), Uniwersytet Warszawski/Instytut Socjologii, Warszawa 1992, S. 201-217.

6 Vgl. Nasalska, Ewa: *Deutschland und die Deutschen in der Sicht der Jugendlichen in Polen*, in: Andreas Reich u.a.: *Die lange Nachkriegszeit. Deutschland und Polen von 1945 bis 1991*. Schriftenreihe des Georg-Eckert-Instituts. Bd. 22/XIV/1995, S. 57-70.

7 Vgl. Cziomer, Ehrhard: *Brüder oder Rivalen? Die Außenpolitik der DDR gegenüber Polen 1949-1989*, in: *Annäherungen Deutsche und Polen 1945-1995*, Düsseldorf 1996. S. 96-109.

8 Vgl. Wolf, Heinz E.: *Stellungnahmen deutscher Schüler zu osteuropäischen Völkern*, in: *Kölnner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, H.15/1963, S.478-510.

9 Vgl. Arbeitsgruppe Saarbrücker Geschichtsstudenten: *Einstellungen saarländischer Schüler gegenüber Osteuropa*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 46/1974, S. 17-33; Dammer,

Ingo und Norbert H. Weber: Ferne Nachbarn. Über das Polenbild Westberliner Schüler, in: Internationale Schulbuchforschung, Heft 1/1992, S. 5-19.

10 Vgl. Oesterreich, Detlef: Jugend in der Krise, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 19/1993, S. 21-31.

11 Vgl. Förster, Peter und Walter Friedrich: Politische Einstellungen und Grundpositionen Jugendlicher in Ostdeutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/1992, S.3-15; Müller, Harry und Wilfried Schubart: Rechtsextremismus und aktuelle Befindlichkeiten von Jugendlichen in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/1992, S. 16-28.

12 Vgl. D. Oesterreich, a. a. O.

13 Vgl. P. Förster und W. Friedrich, a. a. O.

14 Vgl. D. Oesterreich, a. a. O.; Sturzbecher, Dietmar und Peter Dietrich: Jugendliche in Brandenburg - Signale einer unverständenen Generation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 2-3/1993, S. 33-43.

15 Vgl. Grabski, Andrzej F.: Historia a edukacja polityczna. Uwagi metodologiczne (Geschichte und politische Bildung. Methodologische Anmerkungen), in: Jerzy Topolski: Studia nad swiadomoscia historyczna Polaków (Studien zum historischen Wissen der Polen), Wydawnictwo Poznanskie, Poznan 1994, S.19-30.

16 Analysiert wurden folgende Schulbücher: Schulbücher der achten Klassen an polnischen

texten als auch Quellentexte. Es ist offensichtlich, daß sowohl die Auswahl als auch der Inhalt der Quellentexte vom jeweiligen Redaktionskollegium abhängen. Quellentexte ermöglichen es, den Anschein von Objektivität zu erwecken und jene Inhalte zu vermitteln, die nicht ohne weiteres vom Textautor geäußert werden wollen.

Alle polnischen und auch drei der deutschen Schulbücher umfassen den Zeitraum vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Deshalb ist in ihnen die Nachkriegsgeschichte in eine Ursache-Folge-Kette eingebunden, die wesentlich weiter zurückreicht, als dies in den deutschen Schulbüchern der Fall ist, die lediglich den Zeitraum nach dem Zweiten Weltkrieg behandeln. Der Vergleich des Umfangs, mit dem die Thematik in polnischen und deutschen Schulbüchern abgehandelt wird, ergibt wesentliche Unterschiede. In polnischen Schulbüchern (ausgenommen das jüngst erschienene) wird den Themen des Krieges bedeutend mehr Platz beigemessen als den Ereignissen der Nachkriegszeit. In deutschen Schulbüchern ist das Verhältnis umgekehrt: Hier wird die Nachkriegszeit unvergleichlich stärker herausgestellt. Allgemein sind auch Disproportionen beim Vergleich des Umfangs festzustellen, der deutschen Nachkriegsthemen in polnischen und polnischen Nachkriegsthemen in deutschen Schulbüchern eingeräumt wird. In polnischen Schulbüchern bestehen außerdem starke Unterschiede dahingehend, daß im zuletzt erschienenen Schulbuch etwa 4 Prozent des Umfangs gegenüber etwa 12 Prozent in Schulbüchern, die zu Beginn der neunziger Jahre erschienen waren, der deutschen Nachkriegsgeschichte gewidmet wird. In deutschen Schulbüchern sind polnische Themen der Nachkriegsgeschichte deutlich geringer repräsentiert: etwa 1 Prozent bis etwa 3 Prozent des Umfangs. Das »deutsche Problem« spielt eine wichtige Rolle in der politischen Kultur der polnischen Gesellschaft. Das spiegelt sich auch im Inhalt der Schulbücher wider.¹⁷

Dagegen ist in Deutschland eine Erscheinung, die man das »polnische Problem« nennen könnte, nicht feststellbar. Festzustellen ist eine Konzentration auf ausgewählte Streitpunkte in den beiderseitigen Beziehungen. In deutschen Schulbüchern werden überwiegend deutsch-polnische Beziehungen, seltener Ereignisse, die allein Polen berühren, behandelt. Der thematische Querschnitt, in dessen Zusammenhang die deutsch-polnischen Kontakte behandelt werden, bezieht sich auf Umsiedlung und Grenzveränderung. Hinsichtlich der Grenze an Oder und Neiße werden alle Entwicklungsetappen bis zur Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen dargestellt.

In polnischen Schulbüchern tritt eine gegenteilige Schwerpunktbildung auf: Polnisch-deutsche Beziehungen nehmen einen deutlich geringeren Umfang ein als Deutschlands eigene Entwicklung. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Jahren 1945 bis 1969, dem Zeitraum gespannter Beziehungen zu den Westdeutschen und lediglich geringfügig besserer zu den Ostdeutschen.

Die Grenzfrage und die Umsiedlung der Deutschen in polnischen Schulbüchern

In den aktuellen Schulbüchern sind wesentliche Unterschiede bei der Darstellung der polnisch-deutschen Beziehungen, besonders bei der Interpretation der Grenzveränderung und der Umsiedlung, offensichtlich. Die analysierten polnischen Schulbücher stützen sich vor allem auf Autorentexte. Quellentexte sind in geringerem Umfang enthalten, doch nimmt ihr Anteil in den neuesten Schulbüchern zu.

Die Veränderung der polnischen Westgrenze wurde in den untersuchten Schulbüchern unterschiedlich dargestellt. Im zu Beginn der neunziger Jahre geschriebenen Schulbuch beschränkte man sich auf die Tatsache, daß eine neue Grenzlinie gezogen wurde, und verzichtete auf jedweden Kommentar (Trudny wiek XX). Sehr ausführlich wird diese Frage in dem Schulbuch dargestellt, dessen erste Auflage 1996 erschien (Drogi do wolności 1914-1994). Hier werden umfangreiche Quellenauszüge beigefügt. Sie stellen die Westgrenze Polens in Zusammenhang mit deren »Verschiebung« nach Westen dar: »Für die im Osten abgetretenen Teile mußte Polen entschädigt werden. Wir sind der Auffassung, es war richtig, daß die Deutschen die Landesteile abgeben haben, die die Grundlage ihrer Aggression waren« (S.152/). Dagegen wird in »Polska i świat naszego wieku...« (die veränderte Version eines seit über zwei Jahrzehnten in polnischen Schulen benutzten Lehrbuches¹⁸) die Angliederung der östlichen Teile Deutschlands an Polen als Ergebniss historischer Gerechtigkeit dargestellt. Die Begründung dafür enthält das Quellenmaterial, das in den Text eingefügt ist. Darin werden folgende Begriffe benutzt: Frage der Gerechtigkeit; gerecht und auf ewig; auf der Grundlage der Gerechtigkeit; im Interesse Europas und der Welt. Im Autorentext wird deutlich gemacht, daß die formelle Bestätigung der Grenze erst in einer künftigen Friedenskonferenz erfolgen werde (die letztlich niemals einberufen worden ist). Die Zustimmung der Großmächte zur Aus-siedlung der Deutschen bedeutete im Grunde die Bestätigung dieser Grenze: »Die Entscheidung der Großmächte über die Aus-siedlung der deutschen Bevölkerung aus den Polen zugesprochenen Gebieten bedeutete faktisch die Rückkehr alter Piastenlande sowie die Übernahme eines Teils des Landes der alten Pruzzen, die von den Kreuzrittern geschlagen und ausgerottet worden waren, durch Polen« (S. 308). Das Motiv der »seit ewig polnischen Lande« in bezug auf Wrocław, Szczecin und Gdansk ist auch in den Schulbüchern für die jüngeren Klassen der Grundschule zu finden. Der Bezug auf die ferne Vergangenheit und die historischen Bindungen dieser Städte an Polen unterstützt und stärkt den gegenwärtigen Zustand des polnischen Staatsgebietes.¹⁹

Die Umsiedlung der Deutschen, deutlich hervorgehoben in deutschen Schulbüchern, nimmt in den Lehrbüchern für die jungen Polen einen marginalen Raum ein. Die polnisch-deutschen Beziehungen in diesem historischen Zeitabschnitt nehmen in dieser Version keinen Konfliktcharakter an. Zwei Grundkomponenten können hervorgehoben werden: Vordergründig herausgestellt wird die Rechtmäßigkeit der Handlungen der Polen, die als Verwirklichung

Grundschulen

Polska i świat naszego wieku. Lata 1914-1989 (Polen und die Welt unseres Jahrhunderts. Die Jahre 1914-1989). Autor: Andrzej Leszek Szczesniak. 6. verbesserte und vervollständigte Aufl., Verlag Bellona 1994; Trudny wiek XX (Das schwere XX. Jahrhundert). Autor: Tadeusz Glubinski. 1. unveränderte Aufl. Verlag Wydawnictwa Szkolne i Pedagogiczne 1992; Drogi do wolności. 1914-1994 (Wege zur Freiheit. 1914-1994). Autoren: Elzbieta Centkowska, Jerzy Centkowski, Janusz Osica. 1. Aufl., Verlag Wydawnictwa Szkolne i Pedagogiczne 1996.

Deutsche Schulbücher für die 9. bzw. 10. Klassen Geschichtliche Weltkunde. Klasse 10. Ausgabe für Polytechnische Oberschulen. Hrsg. Wolfgang Hug, Verlag Moritz Diesterweg 1990; Geschichte kennen und verstehen. Unterrichtsmaterial für die 10. Jahrgangsstufe, Hrsg. Hans-Georg Fink, Anton Schmid, Gisela Schönbuchner, Jürgen Schuster, Alfred Spiegel, 2. verbesserte Aufl., Oldenbourg Verlag 1992;

Lebendige Vergangenheit. Geschichtliches Unterrichtswerk für die Klasse 10, Hrsg. Jochen Bracker, Matthias Isecke-Vogelsang, Jürgen Mathiesen, 1. Aufl., Ernst Klett Schulbuchverlag, 1992;

bsv Geschichte 4 G. Das 20. Jahrhundert, Hrsg. Karl-Heinz Zuber und Hans Holzbauer, 1. Aufl., Bayerischer Schulbuchverlag 1992;

Geschichte und Geschehen, 10. Ausgabe N. Gymnasium. Von Hans W. Ballhausen, Ludwig Bernlochner u.a., 2. Aufl., Ernst Klett Schulbuchverlag 1993;

Zeiten und Menschen. Neue Ausgabe B. Bd. 4. Hrsg. Erich Goerlitz, Joachim Immisch, Ferdinand Schöningh, 1993.

17 Vgl. Telus, Magdalena: Textuelle Verfahren zur Konstruktion der Wir-Perspektive in polnischen Schulbüchern in Anlehnung an das Thema Deutsche-Polen-Juden. Beitrag zur XXVII. Konferenz der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission, Warschau 1996; Waginska-Marzec, Maria: Niemcy, wojna i okupacja w podrecznikach do nauki języka polskiego (Die Deutschen, der Krieg und die Okkupation in den Lehrbüchern für den Polnischunterricht), in: Anna Wolf-Poweska (Hrsg.): Polacy wobec Niemców. Z dziejów kultury politycznej Polski 1945-1989 (Die Haltung der Polen Deutschen gegenüber. Zur Geschichte der politischen Kultur Polens 1945-1989). Instytut Zachodni, Poznan 1993, S. 307-335.

18 Die 1. Auflage erschien 1974. Damals war dies das einzige und maßgebliche Schulbuch für den Geschichtsunterricht in den 8. Klassen.

19 Vgl. Szacka, Barbara: Dzieci – szkola – społeczna pamięć przeszłości (Kinder – Schule – gesellschaftlich-historisches Bewußtsein), in: Kultura i Społeczeństwo, Nr. 4/1988, S. 163-175.

von Entscheidungen der Großmächte dargestellt werden; zum anderen wird auf die historische Motivierung, die Endgültigkeit des polnischen Vorgehens verwiesen. In einem der Schulbücher wird die Umsiedlung als rechtmäßig und endgültig so dargestellt: »Die Umsiedlung der Deutschen wurde von den Polen als gerecht und endgültig empfunden. Zu gut waren die Befriedigungsaktionen der Nazis, die Tätigkeit der Fünften Kolonne, die Exekutionen und Umsiedlungen unter dem Okkupationsregime in Erinnerung. Eine Möglichkeit des Zusammenlebens mit einer deutschen Minderheit in einem gemeinsamen Staat sahen sie in dieser Zeit nicht.« (Trudny wiek XX, S. 341) Die Art und Weise, wie die Umsiedlung verwirklicht wurde, wird als »entschieden« charakterisiert: »Die Aktion wurde entschieden durchgeführt, unter schwierigen Transportbedingungen, unausweichlichen in der Nachkriegszeit. Dadurch entstanden verschiedene Schwierigkeiten für die Umsiedler.« (Ebenda, S. 341). In zwei von drei Schulbüchern verweisen die Autoren auf die Verluste unter der deutschen Bevölkerung infolge der Zwangsevakuierung und des Rückzugs der Hitlerarmee sowie der Flucht vor der heranrückenden Front: »1945 zog die sich zurückziehende Hitlerarmee die Mehrheit der deutschen Bewohner jener Landesteile mit sich. Diese Zwangsevakuierung sowie die Flucht der deutschen Bevölkerung vor der heranziehenden Front ging im strengen Winter vor sich und hatte riesige Verluste zur Folge, die sich auf nahezu zwei Millionen Menschen beliefen.« (Polska i świat naszego wieku, S. 308). In einem anderen Schulbuch ist zu lesen: »Ein großer Teil der deutschen Bevölkerung verließ Ostpreußen, Pommern und Schlesien auf Befehl der Nazi-behörden im Winter 1944/45 und bezahlte diese Evakuierung mit großen Opfern.« (Drogi do wolności 1914-1994, S. 158). Die von Polen vorgenommene Aussiedlungsaktion wird als Grund für Verluste unter der deutschen Zivilbevölkerung dagegen nicht aufgeführt.

Das zuletzt erschienene Schulbuch (Drogi do wolności...), dessen erste Auflage 1996 datiert, behandelt die Aussiedlung der Deutschen unter einem neuen Gesichtspunkt. Sie wird eng verbunden mit der Zwangsumsiedlung der polnischen Bevölkerung aus den Ostgebieten Polens, die der Sowjetunion zugesprochen wurden: »Von den drei Millionen Polen, die ostwärts des Bugs wohnten, verließ die Mehrheit ihre Häuser und ihren Grund und Boden unmittelbar nach der Entscheidung der Potsdamer Konferenz über die Umsiedlung und wanderte in die ihr unbekanntes West- und Nordgebiete ein, die vorher von der deutschen Bevölkerung bewohnt waren.« (S. 158). Die Umsiedlungsaktion wird im Haupttext nur kurz, in einem Satz, gewissermaßen verschlüsselt, als Ausreise »in organisierter Form« dargestellt: »Nach dem Krieg lebten auf den wiedergewonnenen Gebieten annähernd drei Millionen Deutsche, von denen 1946-48 etwa 2,3 Millionen in organisierter Form, die anderen individuell Polen verließen.« (Drogi do wolności, S. 158). Dem Text beigelegt ist eine Fotografie, die das obere Drittel der Seite ausfüllt und Umsiedler in einem Güterwagen zeigt. Der Text zur Fotografie heißt: »Die Bedingungen der Umsiedlung waren sehr schwer. Die Deutschen verloren, wie die Polen »ostwärts

des Bugs«, nahezu ihr gesamtes Vermögen und reisten wie diese in Güterwagen. Sie erfuhren auch Gewalt.« (S. 159) Dieser Kommentar, obwohl in kleinerer Schrift geschrieben und deutlich vom Haupttext abgesetzt, lenkt die Aufmerksamkeit durch seine Zuordnung zum Foto auf sich. Im Text ist das Bestreben spürbar, den Schülern in Übereinstimmung mit der historischen Wahrheit eine Information zur Situation, in der sich die Umsiedler befanden, zu vermitteln und darüber hinaus die Leser anzuhalten, die beschriebenen Umstände in einer umfassenderen Perspektive zu sehen. Deshalb der Hinweis auf die Lage der Polen, die aus den der Sowjetunion zugesprochenen Gebieten Ostpolens umgesiedelt wurden. Die Wortwahl wie »erfuhren auch Gewalt« dient diesem Ziel.

Die Haltung der Polen bei der Umsiedlung der Deutschen wird mit Begriffen dargestellt wie: Umsiedlung auf der Grundlage interallierter Abkommen; die Umsiedlungsaktionen entschieden zu verwirklichen, unter schwierigen Transportbedingungen, die in der Nachkriegszeit unausweichlich waren; Umsiedlung; Umsiedlungsaktion; Willkürakte. Offensichtlich ist die Tendenz, einfache sprachliche Mittel zu verwenden, wenn polnisches Handeln beschrieben wird: Der Textanteil, der diese Beschreibung enthält, ist sehr gering oder fehlt völlig; es werden überkommene Konventionen bei der Darstellung der Umsiedlung verwendet.

Die angeführten lexikalischen Beispiele kontrastieren unübersehbar mit der Wortwahl, die in den deutschen Schulbüchern bevorzugt wird (siehe weiter unten). Der Vergleich ergibt offensichtlich die ausschließliche Nutzung deskriptiver Komponenten in den polnischen Texten. Aufmerksamkeit verdient, daß – ausgenommen das angeführte Beispiel mit der Fotografie – in keinem der polnischen Schulbücher historische Quellen genutzt werden.

Die Grenzveränderung und die Umsiedlung der Deutschen in deutschen Schulbüchern

Das Angebot an Schulbüchern auf dem deutschen Markt ist vielfältig. Das ergibt sich gewissermaßen aus ideologischen und programmatischen Grundlagen des Bildungssystems. Bei der Auswahl der Schulbücher für die Analyse ließ ich mich davon leiten, möglichst alle wesentlichen Schultypen und jene Lehrbücher zu berücksichtigen, die auch in den neuen Bundesländern genutzt werden. Ich stützte mich dabei auf die vom Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung jährlich herausgegebene Bibliographie der zugelassenen Schulbücher.

Deutsche Schulbücher räumen Quellentexten einen gewichtigen Platz ein. Das ergibt sich aus Vorstellungen, die dem deutschen Bildungssystem zugrunde liegen, denen zufolge es Aufgabe des Schulbuchs sei, den Schülern Informationen aus verschiedenen Quellen anzubieten, um sie zu veranlassen, sich selbst ein Bild vom jeweiligen Thema zu machen. Bei der Behandlung unseres Zeitabschnitts ist diese Vielfalt beibehalten worden. In den analysierten Büchern fanden sich sowohl Materialien aus offiziellen Dokumenten als auch Berichte von Zeitzeugen. Die Quellentexte behandeln oftmals Aspekte, die kontrovers in den deutsch-polnischen Beziehungen dargestellt werden. Das gilt auch für früher veröffentlichte

20 Vgl. Riemenschneider, Rainer: Die Darstellung des deutsch-polnischen Verhältnisses in Geschichtslehrbüchern der Sekundarstufe I in der Bundesrepublik Deutschland, in: Internationale Schulbuchforschung, Heft 4/1982, S. 280-301.

Geschichtslehrbücher.²⁰ Am häufigsten werden Berichte von Zeitzeugen genutzt – diese appellieren an das Gefühl und wirken deshalb verstärkend. Die Autorentexte befeiligen sich dagegen einer neutralen Darstellung und enthalten sich des Kommentars.

Die deutschen Schulbücher mühen sich offensichtlich, die Abgabe deutscher Landesteile im Osten als eine Tatsache darzustellen, die ohne die Deutschen und die Polen von den Großmächten entschieden wurde. Für die neue Grenzziehung zwischen Polen und Deutschland wird der Terminus »Westverschiebung Polens« benutzt. Er verbindet die Veränderung von Polens Grenzen im Westen mit dem Verlust von polnischen Landesteilen im Osten zugunsten der Sowjetunion. Ausnahmslos alle analysierten Schulbücher heben hervor, daß die in Potsdam festgelegte Grenze einen zeitweiligen Charakter habe. Die Ostgebiete Deutschlands, die Polen nach dem Zweiten Weltkrieg übergeben wurden, werden in den Landkarten der Schulbücher ausnahmslos als »Gebiete unter polnischer Verwaltung« geführt. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß diese Äußerung auch heute noch im Schwange ist, obwohl im Quellentext aus der »Erklärung des Bundestags zur Westgrenze Polens vom 21. 6. 1990« zitiert wird: »Beide Seiten bekräftigen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in Zukunft...« (Geschichte kennen und verstehen, S. 244). Kontroverse Standpunkte gegenüber der Anerkennung der Grenze benennt das Schulbuch »Lebendige Vergangenheit«, in dem die Schüler darauf hingewiesen werden, daß Auseinandersetzungen um die juristischen Aspekte des Potsdamer Abkommens zur Oder-Neiße-Grenze »bis in unsere Zeit« andauern.²¹

21 »Bis in unsere Zeit wird über die rechtliche Bedeutung der Potsdamer Beschlüsse gestritten. Dabei geht es insbesondere um die Frage, ob die im Abkommen beschriebene Oder-Neiße-Linie als vorläufige oder als endgültige deutsch-polnische Grenze anzusehen ist. (S. 8)

Der Umsiedlung widmen die deutschen Schulbücher verhältnismäßig breiten Raum. Neben Autorentexten werden stets Quellen angeführt, von denen zwei Arten immer wieder auftauchen: umfangliche und emotional geladene Augenzeugenberichte sowie offizielle Dokumente. Unter letzteren ist die Festlegung in Kapitel XIII der Beschlüsse der Potsdamer Konferenz über die Umsiedlung von Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn, wo es heißt, »daß diese Überführung auf eine geregelte und menschliche Weise erfolgen muß«.²² Dieser Text, unmittelbar verbunden mit den Aktionen der »Vertreibung«, soll den Schülern verdeutlichen, daß die Umsiedlungsaktion diese Festlegungen der Konferenz gebrochen hat. In jedem der analysierten Schulbücher halten die Autoren Distanz zu den angeführten Quellen. Diese ist besonders in »Geschichtliche Weltkunde« sichtbar, wo die Umsiedlung wie folgt kommentiert wird: »Was Deutsche unter nationalsozialistischer Führung anderen Völkern zugefügt hatten, widerfuhr in den Monaten nach der Kapitulation jenen Deutschen, die im Machtbereich der vorher unterdrückten Völker lebten.« (S. 19) In »Geschichte und Geschehen« wird die Umsiedlung als Folge der Potsdamer Konferenz interpretiert – unberücksichtigt bleibt, daß diese von Deutschland ausgegangen war: »Schließlich mußten als Folge der Potsdamer Beschlüsse noch einmal Millionen Menschen ihre Heimat verlassen. Auch diese dritte Phase der Vertreibung war durch Brutalität und Grausamkeit gekennzeichnet.« (S. 170). Am dramatischsten wird die Umsiedlung in »Geschichte

22 In: Geschichte und Geschehen, S. 176; Geschichtliche Weltkunde, S. 10; Geschichte kennen und verstehen, S. 18; Zeiten und Menschen, S. 147; bsv Geschichte, S. 132.

kennen und verstehen« beschrieben. Die Berichte von Zeitzeugen werden, im Unterschied zu anderen Schulbüchern, mit einem Kommentar versehen, der suggeriert: »Viele, die sich nie etwas zuschulden hatten kommen lassen, wurden zu Opfern des Hasses, nur weil sie Deutsche waren.« (S. 22) Den Schülern wird die Aufgabe gestellt: »Die polnische Seite legt ausgesprochenen Wert darauf, hier von ›Zwangsumsiedlung‹ und nicht von ›Vertreibung‹ zu sprechen. In der Bundesrepublik Deutschland sehen Kritiker der Empfehlungen darin den Versuch, schreckliche Ereignisse zu verharmlosen. Erläutere diesen Konflikt aus dem politischen Zusammenhang und begründe deine Ansicht darüber.« (Geschichtliche Weltkunde, S. 12).

Die Analyse der Textinhalte über die Umsiedlung der Deutschen und das Vorgehen der Polen in diesem Zusammenhang zeigt in allen angeführten Schulbüchern negative Bewertungen für »Polen« und »die Polen«. Handlungen der Polen bei der Umsiedlung der Deutschen werden folgendermaßen beschrieben:

- Zwangsumsiedlung der deutschen Bevölkerung, Menschen vertreiben, vollkommen überraschend jemanden ausweisen, plündern, die gesamte Bevölkerung ausweisen, den Kinderwagen ausplündern (Geschichtliche Weltkunde, S. 10-11);
- die Austreibung, schlagartig das Dorf umstellen, mit Gummiknütteln in die Wohnungen eindringen, alle gewaltsam her austreiben, alle Proteste durch rohe Schläge beantworten (Geschichte kennen..., S.18);
- Vertreibung aus dem Osten, den Kinderwagen ausplündern, letztes Paar Schuhe (einer deutschen Frau) von den Beinen ziehen (Lebendige Vergangenheit..., S.132);
- Repressalien, den Kinderwagen ausplündern, letztes Paar Schuhe von den Beinen ziehen (bsv Geschichte..., S. 132, 133);
- vertreiben, Brutalität und Grausamkeit, deutsche Frauen und Greise vor sich hinstoßen und sie mit Peitschenhieben und Kolbenstößen zum Bahnhof treiben, das Handgepäck entreißen, unter brutaler Mißhandlung die Unterschrift erzwingen, Tränengaskörper in die Waggons werfen, plündern, vertreiben (Geschichte und Geschehen..., S. 170, 176/177);
- Vertreibung, die Zwangsumsiedlung der Deutschen rücksichtslos durchführen, Befehl zur Umsiedlung der Deutschen in Bad Salzbrunn, Niederschlesien (Zeiten und Menschen..., S. 146, 148).

Die lexikalische Analyse ergibt: Vor allem die Quellentexte appellieren an Emotionen. Diese wie auch die Autorentexte vermitteln eher negative denn positive Haltungen gegenüber Polen.

Schlußbemerkungen

Der Aufsatz suchte Antwort auf die Frage nach den Haltungen polnischer und deutscher Jugendlicher zueinander in Abhängigkeit von den Inhalten der Schulbücher zur neuesten Geschichte in beiden Ländern.

Die Forschungen ergaben, daß deutsche Jugendliche überwiegend negative Einstellungen zu Polen haben und daß etwa die Hälfte der jungen Polen negativ gegenüber Deutschen eingestellt ist. Dafür werden in beiden Ländern unterschiedliche Gründe angege-

ben. Untersuchungen bei deutschen Jugendlichen verweisen auf die Massenmedien und die individuelle Wahrnehmung der Polen, die Deutschland aufsuchen. Die Untersuchungen unter polnischen Jugendlichen geben die Weitergabe der Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, vermittelt vor allem durch die Massenmedien und die Schulbücher, als Grund an.

Die Inhaltsanalyse der Schulbücher zur neuesten Geschichte ergab, daß in polnischen Büchern die polnisch-deutschen Beziehungen vor allem die Erfahrungen des Kriegs und der Okkupationspolitik betonen, während die deutschen Bücher sich auf Probleme der Umsiedlung nach dem Krieg konzentrieren. Grundachse des Konflikts ist auf beiden Seiten die Oder-Neiße-Grenze. In deutschen Schulbüchern wird der Konflikt isoliert vom historischen Kontext als Akt der Gewalt der Polen gegenüber der deutschen Bevölkerung dargestellt. Hervorgehoben wird dabei, daß die Festlegungen der Potsdamer Konferenz über die Umsiedlung gebrochen wurden. Deutsche werden als die verletzte Seite dargestellt. Lediglich ein einziges Schulbuch verweist auf das Vorgehen der Deutschen im Zweiten Weltkrieg als Grund für die nachfolgenden dramatischen Ereignisse. In allen anderen Schulbüchern beginnt der Konflikt 1945. Diese Perspektive hat zur Folge, daß die polnische Seite als eindeutig negativ dargestellt wird (Brutalität der Umsiedlung, Verletzung internationaler Abkommen, die zu humanitärem Vorgehen verpflichteten). Die Ausblendung der eigentlichen Gründe für die Umsiedlung (drei Schulbücher beginnen mit der Potsdamer Konferenz) verändert die emotionale und die intellektuelle Betrachtungsweise der Ereignisse.

Die Darstellung der Umsiedlung und der Grenzziehung unterscheidet sich in den polnischen Schulbüchern grundlegend von der in den deutschen. Beides wird als Akt historischer Gerechtigkeit beschrieben. Es ist von »wiedergewonnenen Gebieten« die Rede, die von der deutschen Bevölkerung infolge der Grenzverschiebung nach Westen zu verlassen waren. Auch die Autorentexte argumentieren dahingehend. Häufig wird auf die Legalität der polnischen Vorgehensweise verwiesen, da Polen internationale Bestimmungen verwirklicht habe.

Sowohl in den deutschen als auch in den polnischen Schulbüchern wird der Akzent auf die Verletzungen des eigenen durch das andere Volk verwiesen. In den einen wie in den anderen Büchern wird nicht auf gegenseitige Abhängigkeiten eingegangen, und es fehlt auf beiden Seiten die erforderliche Vernunft. Das Bemühen um die Milderung gegenseitiger Antagonismen zeigt sich in den analysierten Schulbüchern nur schwach. Es werden oftmals Vorbehalte geäußert, wenn es um den Grad des Einflusses geht, den Schulbücher auf das gegenseitige Verhalten von Völkern ausüben. Schulbücher sind jedoch eine von den wenigen Möglichkeiten, massenhaft in dieser Richtung zu wirken.

WINFRIED WOLF

Der Mythos Che Guevara und die weltweiten Revolten des Jahres 1968

30 Jahre nach dem Tod von Ernesto Guevara de la Serna, genannt »Che«, ist in einem der maßgeblichen Blätter des deutschen Großbürgertums zu lesen:

»Der als Politiker und Militär gescheiterte argentinische Arzt und Schriftsteller Ernesto Guevara de la Serna ist dreißig Jahre nach seinem Tod eine Ikone der Revolution von anhaltender Ausstrahlung über Lateinamerika hinaus ... Überlebt hat der Mann mit dem aufleuchtenden Blick unter der Baskenmütze ... als moralisches Vorbild für einen Teil der Jugend in der Welt.«¹

Diese »nachhaltige« Wirkung Ches selbst für die bürgerlichen Beobachter ist umso erstaunlicher, wenn bedacht wird, daß die Herrschenden sich alle Mühe gaben, Ernesto Che Guevara nicht zum Märtyrer werden zu lassen:

Sie haben den verwundeten Che, der immer auch Verletzten der bolivianischen Armee als Arzt geholfen hatte, am 9. Oktober 1967 um 1 Uhr 10 in der Schule eines kleinen bolivianischen Dorfes abknallen lassen wie einen rüddigen Hund.

Sie sinnierten über entwürdigende Schauspiele, um den Toten zu präsentieren. So banden sie die Leiche an die Kufen eines Helicopters und flogen damit zum Ort Villagrande, um den toten Guerillero mit Blut und Lehm beschmiert dort vor einer Schar gaffender Journalisten zur Schau zu stellen.

Sie versteckten daraufhin die Leiche, hackten ihr die Hände ab, um absolute Sicherheit über die Identität des Getöteten zu erlangen, verscharften Guevaras Körper und gossen schließlich noch eine Betonschicht für eine Flugpiste über das anonyme Grab – letzteres übrigens nach Art der »Begräbnisse« Ermordeter der italienischen und mexikanischen Mafia.

Und dann wurde 29 Jahre danach die Leiche doch gefunden. Und vor wenigen Monaten, am 30. Jahrestag der Ermordung Ches, wurden dessen Gebeine zusammen mit den Händen, die zuvor auf anderen Irrwegen nach Cuba gelangt waren, in Santa Clara beigesetzt – an jenem geschichtsträchtigen Ort, den Che als Guerillero-Comandante 1958 erobert hatte.

Nun schreibt die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« zur neuen Ruhestätte des ruhelosen Che:

»Das Mausoleum in Santa Clara wird zu einem Wallfahrtsort für Linke aus aller Welt werden; Che Guevara wird so noch mehr zu einer Klischeefigur gemacht.«²

Das ist so falsch nicht. Lenin wollte nie ein Mausoleum für

Winfried Wolf – Jg. 1949,
Dr., Mitglied des Deutschen
Bundestages (PDS).

seine Leiche. Bei Che widerspricht ein solches Mausoleum erst recht dessen Charakter, seiner Bescheidenheit und Ablehnung allen Persönlichkeitskultes.

Was also macht den Mythos Che Guevara aus? Was machte Che zum Vorbild für eine große Zahl derjenigen, die Trägerinnen und Träger der Revolten des Jahres 1968 in den unterschiedlichsten Ländern waren? Weshalb war Guevara Identifikationsfigur in diesen Revolten?

Es sind vier Ebenen, auf denen sich der Mythos Che Guevara konkretisieren und die Bezugnahmen der im Jahr 1968 Revolütierenden auf Guevara erklären lassen.

Mythos und Vorbild: Che als Gespenst der Weltrevolution

Der unfaßbare Che Guevara erschien als Personalisierung der ersten zwei Sätze des Kommunistischen Manifestes, ja, als Steigerungsform derselben. Marx und Engels schrieben 120 Jahre vor der Ermordung Ches:

»Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dies Gespenst verbündet, der Papst und der Zar, Metternich und Guizot, französische Radikale und deutsche Polizisten.«

Just so verhielt es sich mit Che – mit der Modifizierung, daß dieser als Gespenst durch die Dritte Welt eilte und von einer Heiligen Allianz durch dieselbe gejagt wurde. Ein Fleisch gewordenes Gespenst der Weltrevolution, dessen notorische Asthma-Anfälle ebenso irritierten, wie sein revolutionärer Enthusiasmus und sein persönliches Beispiel begeisterten.

Der argentinische Arzt, der sich bis in seine zwanziger Jahre hinein der praktischen Politik und einem linken Engagement fast völlig verschloß, stieß nach der Erfahrung eines blutigen Putsches der guatemalteckischen Konterrevolution in Mexiko zu den kubanischen Guerilleros um Fidel Castro, um in den kommenden zwei Jahrzehnten der Bourgeoisie einen wahrhaft gespenstisch-revolutionären Veitstanz zu liefern:

- Che in der kubanischen Sierra Maestra 1956;
- Che Anfang der sechziger Jahre als rastloser Botschafter der Revolution in Afrika, in der UdSSR, in China, in Indonesien;
- Che 1965 erneut als Guerilla-Kommandant im Kongo in Afrika.

Nach dem Scheitern dieser Unternehmung weilt Che kurze Zeit wieder auf Cuba, um schließlich von dort mit einer neuen Guerilla 1965 nach Bolivien zu gehen – einer Guerilla, die nichts weniger als der innere Kern einer kontinentalen lateinamerikanischen Guerilla sein sollte.

Im Grunde stellte es sich nur für die Herrschenden so dar, als ob es die Person Che Guevara wäre, die sich an all diesen Orten mit »presente« – »angetreten« – melden würde. In Wirklichkeit war Che »nur« die Personifizierung eines Aufschwungs der Revolution in der Dritten Welt selbst – einer Revolution, die sieben Jahre nach Ches Ermordung mit dem Sieg der vietnamesischen Revolution über die imperialistische Weltmacht Nr. 1 ihren Höhepunkt, weite-

»[...] Ich habe im übrigen noch eine Frage: Gibt es Personen, die von ihren Söhnen besonders bewundert werden, die sie als Vorbilder betrachten oder deren Leistungen ihnen besonders starken Eindruck gemacht haben?«

»Ja, mit großer Bewunderung verehren sie Lenin. Dabei möchte ich Sie übrigens fragen, warum Sie nicht gestattet haben, daß meinem Sohn Frank Lenins Werk »Staat und Revolution« ausgehändigt wurde, um das er seine Mutter gebeten hatte, weil es in der Bibliothek Ihrer Haftanstalt kein einziges Werk der marxistischen Literatur gibt?«

»Gegen Frank mußte leider ein Leseverbot erlassen werden.«

»Sie sollten sich dessen schämen. Ich nahm alle Schärfe zusammen, die in dieser Situation möglich war, und wiederholte meinen Protest gegen diese skandalöse Maßnahme.« [...]

»Gibt es noch weitere Personen, die Ihre Söhne besonders verehren?«

»Ja, Fidel Castro, und ganz besonders Che Guevara.«

»Noch sonst jemanden?«

»Ich wüßte nicht.««

Robert Havemann in einer von ihm wiedergegebenen Vernehmung durch das MfS im Zusammenhang mit der Verhaftung seiner Söhne,

re fünf Jahre später mit dem Sieg der Sandinista 1979 ihren – vorläufig – letzten Ausläufer fand.

Diese aus Sicht der Herrschenden und der CIA »gespenstische« Entwicklung fand ihre Ergänzung in den Revolten der Jahre 1967 und 1968.

Wenn in der Bundesrepublik Deutschland von »1968« die Rede ist, dann wird oft völlig kleinkariert allein an die westdeutsche Außerparlamentarische Opposition (APO), an den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und an deren führende Köpfe Rudi Dutschke, Bernd Rabehl oder auch die »Kommune I« gedacht. Möglicherweise wird in Frankreich vergleichbar engstirnig allein an die Revolte der dortigen Jugend, an die Kämpfe der jungen Menschen im Pariser Quartier Latin, an die in dieser Revolte führenden Gruppen wie die Jeunesse Communiste Revolutionnaire (JCR) mit Alain Krivine, an den »roten Danny« Cohn Bendit oder an die Gruppe um die Zeitung »La Cause du peuple« mit Jean-Paul Sartre erinnert.

Tatsächlich handelte es sich um weit mehr: »1968« war eine weltweite Revolte von Jugendlichen und Studierenden. Diese Revolten hatten ebenfalls wahrhaft gespenstische Dimensionen:

Da waren 1968 die Proteste von Jugendlichen und Studierenden in den meisten westeuropäischen Metropolen: in Berlin, Frankfurt/M., Milano, London, Paris. Vielerorten waren diese mit tagelangen Straßenschlachten und Barrikadenkämpfen verbunden.

In mehreren osteuropäischen Metropolen gab es Proteste und Revolten mit jeweils spezifischer Prägung – so in Belgrad, in Prag und in Warschau. In der zuletzt genannten polnischen Hauptstadt reagierte das KP-Regime mit einer antisemitischen Kampagne, die sich gegen studentische Führer wie Jacek Kuron richtete. Am Rande sei auf den beschämenden Umstand verwiesen, daß infolge dieser antisemitischen Welle Leopold Trepper, der legendäre Chef der Anti-Nazi-Spionage-Organisation »Rote Kapelle«, der als Kommunist ebenso in Nazi-Lagern wie im sowjetischen Gulag war, Polen den Rücken kehrte und glaubte, nur noch in Israel Zuflucht finden zu können.

Auch im Mutterland des »modernen« Imperialismus, in den USA, kam es zu einer »68er Revolte«, deren eine Basis die Universitäten waren. Diese verband sich mit zwei anderen Bewegungen: der Kampagne gegen den US-Krieg in Vietnam und der Bewegung der Afroamerikaner gegen Rassendiskriminierung – mit ihren führenden Vertretern Malcolm X und Martin Luther King, die die zwei sehr unterschiedlichen Flügel repräsentierten: die militanten »Black Panthers« einerseits und die gewaltfreie Bürgerrechtsbewegung andererseits. Beide – Malcolm X und Martin Luther King – wurden ermordet.

Auch in einer Reihe von Metropolen der »Dritten Welt« kam es zu Jugendprotesten und Revolten. In Mexico Stadt mündete dies in großen, gegen die Regierung gerichteten Demonstrationen. Die Polizei schoß in eine dieser Protestaktionen und ließ 500 getötete Jugendliche auf dem »Platz der drei Kulturen« zurück. Erst jetzt konnten die Olympischen Spiele »ordentlich« durchgeführt werden.

Soweit die pure – unvollständige – Aufzählung; gewissermaßen

die sich der offenen Sympathie für den Prager Frühling »schuldi« gemacht hatten.

In: Robert Havemann.

Fragen – Antworten – Fragen. Aus der Biographie eines deutschen Marxisten, Aufbau Verlag Berlin 1990 (R. Piper u. Co. Verlag München 1970), S. 258.

»Die internationale Ausstrahlung, die von dem freihheitlichen Sozialismus der CSSR ausging, war gewaltig. Sie traf nicht nur die revolutionäre Linke und die kommunistischen Parteien, sondern auch den progressiven Teil der Mittelschichten. Sie hatte wesentlichen Anteil an dem Aufruhr der Massen in Frankreich, der im Mai 1968 bis nahe an den revolutionären Umsturz führte. Die französische Bourgeoisie erschrak fast zu Tode und bewilligte den streikenden Arbeitern die weitestgehendsten Lohnforderungen, die je in einem kapitalistischen Land erhoben worden waren. Daß es nicht zum vollständigen Umsturz kam, verdankt die französische Bourgeoisie nur der noch zu großen inneren Zerstrittenheit der Linken. [...] Der demokratische Sozialismus in der CSSR, der Kommunismus mit dem menschlichen Antlitz, war für acht Monate die Hoffnung einer rasch anwachsenden Zahl von Menschen in den sozialistischen Staaten und auch in den Staaten der westlichen Welt. Leiden-schaftliche Empörung war deshalb die unmittelbare Reaktion auf die militärische Intervention der fünf Warschauer-Pakt-Staaten, die ganz offensichtlich kein anderes Ziel verfolgte, als dieser neuen, hoffnungsvollen Entwicklung des Sozialismus den Garaus zu machen« - Aus: Robert Havemann, Ebenda, S. 236-237.

die »Quantität«. Qualitativ handelte es sich in rund einem Dutzend von Ländern um massive politische Erschütterungen der bestehenden gesellschaftlichen Formationen – westlichen wie östlichen Typs. In zwei europäischen Metropolen ging es darüber hinaus. In Paris und in Prag erreichten die jeweiligen Revolten einen Punkt, wo sie nahe daran waren, in eine Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse, vulgo Revolution genannt, umzuschlagen. Beide Male war dies in einem erheblichen Maß deshalb der Fall, weil die Revolte die arbeitende Klasse erfaßt hatte.

In Frankreich mündeten die studentischen Proteste im Mai 1968 in einen Generalstreik, der von bis zu 10 Millionen Beschäftigten getragen wurde. General de Gaulle begab sich auf dem Höhepunkt des Streiks und der Barrikadenkämpfe im Pariser Quartier Latin kammheimlich nach Baden-Baden, um mit französischen Offizieren der dort stationierten Garnison die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens zu erörtern. Diese Drohung, gepaart mit massiver Repression gegen die jugendliche Revolte, mit erheblichen Lohnzugeständnissen gegenüber den Streikenden und dem Manöver angekündigter Neuwahlen, konnte die Revolte eindämmen.

In der CSSR verbanden sich die Proteste von Jugendlichen und Studierenden mit dem innerparteilichen Demokratisierungsprozeß in der KPC, mit einer breiten Bewegung in den Betrieben, in den Staatsgewerkschaften und mit Ansätzen zur Bildung neuer, unabhängiger Gewerkschaften. Hier sahen sich die sowjetische Armee und die Militärs der »Bruderländer« veranlaßt, die Bewegung militärisch niederzuwalzen und auf diese Art das Gespenst der Revolution zu bannen.

Übrigens: Wer in diese Prager Bewegung aus heutiger Sicht die Konterrevolution hineindichtet oder dies bereits damals so sah, sollte sich die folgenden Zeilen des Kommunisten Franz-Josef Degenhardt anhören. In dessen Lied »Zu Prag«, verfaßt 1968, heißt es:

»Die Vorsitzenden der Aufsichtsräte, die Vorstände und Herren der Konzerne und ihre Sachwalter auf Regierungs- und anderen Bänken – sie sind empört. Empört, weil der Aufbau des Sozialismus gehemmt worden ist – zu Prag.

Sie trauern und sprechen von Scham, die Stalingradkämpfer, die Makler und Generale und ihre Sachwalter in Zeitungs- und anderen Häusern. Sie trauern, weil der Sprung voller Wagnis auf eine andere Stufe des Sozialismus nicht stattfinden durfte – zu Prag.«³

Che und die Konzeption des »neuen Menschen«

Die zweite Ebene, auf der sich der Mythos Che Guevara konkretisieren läßt, ist Ches begeisterndes Projekt der neuen Gesellschaft – eines authentischen Sozialismus, mit dem auch der »neue Mensch« hervorgebracht werden sollte.

Ches Verständnis von Sozialismus – und mit Abstrichen das der »Bewegung des 26. Juli« und der kubanischen Revolution – war Lichtjahre entfernt von jenen erstarrten Karikaturen eines Sozialismus – ja: Entstellungen, abstoßenden Zerrbildern –, die wir in der Sowjetunion, in der DDR, im übrigen Osteuropa, in Korea und teilweise auch in der damaligen VR China zu Gesicht bekamen: Dort die bürokratische Herrschaft, hier, auf Cuba, die Kritik der

Bürokratie und deren radikale Hinterfragung; dort die Orientierung auf »materielle Anreize« und die Ausdehnung des Marktes; hier die Kritik von beidem und das Setzen auf Massenmobilisierung, Moral, Bewußtsein und Aufklärung. Dort die Ideologie der »friedlichen Koexistenz«, hier das Setzen auf Internationalismus und das Vorantreiben des revolutionären Prozesses.

Oft wird behauptet, diese Orientierung auf eine authentische, sozialistische Gesellschaft habe sich erst im Verlauf des geschichtlichen Prozesses der kubanischen Revolution entwickelt; diese sei in erheblichem Maß Resultat des Drucks der US-Regierung auf die kubanische Revolution gewesen, wodurch es erst zu einer Radikalisierung der Revolution gekommen sei. Das ist nur ein Teil der Wahrheit. Zumindest Che selbst vertrat seit dem Guerilla-Krieg in der Sierra Maestra eine sozialistische Orientierung, in deren Zentrum eine radikale Agrarreform stand. Gerade die letzten Tage vor dem Fall Havannas verdeutlichen diese Orientierung: Den kubanischen Revolutionären wurde nach der Flucht des Diktators Batista am 1.1.1959 von führenden kubanischen Militärs die Übernahme der Macht angeboten. Daraufhin schrieb Castro:

»Revolution – ja; Militärputsch – nein!«

Gleichzeitig rief er zum Generalstreik auf. Über die letzten Kilometer des Vormarsches der Kolonne Castros auf die Hauptstadt heißt es, Castro habe sich dabei Zeit gelassen und vor allem Wert auf die politische Vertiefung der Bewegung gelegt. Das »normale Leben« in Havanna war inzwischen durch den Streik völlig lahmgelegt. Die verbliebenen Strukturen des alten Regimes waren in Auflösung begriffen.

Über Che wird zur selben Zeit – wenige Tage vor dessen Einzug in Havanna – die folgende Begebenheit berichtet:

»Der Kämpfer Mustelier bittet Che darum, nach Oriente fahren zu dürfen, um seine Familie zu besuchen. Der Kommandant Che antwortet ihm mit einem trockenen Nein.

Mustelier: Aber Che, wir haben doch die Revolution gewonnen.

Che: Nein. Wir haben den Krieg gewonnen. Die Revolution fängt erst an.«

Die Vertiefung der Revolution, das Ausscheiden der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Kräfte aus der Regierung und aus dem Staatsapparat, was in den ersten Jahren der Revolution weitgehend erfolgte, waren also nicht völlig spontan und nicht allein Ergebnis eines Druckes von außen.

Angesichts dieser Konzeption und Praxis der kubanischen Revolution war es naheliegend, daß Che und die kubanischen Revolutionäre in Konfrontation mit der erstarrten bürokratischen Gesellschaft der Sowjetunion geraten mußten – und daß Ches Weggang von Kuba und sein Tod zumindest zum Teil aus dem Konflikt zwischen seinen Vorstellungen von einem authentischen Sozialismus und der sowjetischen Machtpolitik resultierten.

Dieser Konflikt äußert sich bereits sehr früh. 1962 gibt Fidel Castro den sowjetischen Zeitungen »Iswestija« und »Prawda« ein Interview. In diesem äußert er explizit und in offenem Widerspruch zur Theorie der »friedlichen Koexistenz«: »Eine Koexistenz mit den Yankees, mit den USA, ist nicht möglich.«

»Der Stalinismus hat keine neuen Ziele. Er ist vom Kapitalismus geblendet. Er lebt von der Illusion der ›friedlichen Koexistenz‹ mit dem Kapitalismus, von der verlogenen Phrase vom friedlichen Wettstreit der Systeme, einem ›Wettstreit‹, in dem der stalinistische Pseudosozialismus mit lahmen Beinen hinter dem Kapitalismus auf dessen ausgetretenen Wegen herhinkt. Das ist sein tieferer Verrat an der Revolution. Er ist die wahre Konterrevolution, indem er die Revolution auf halbem Wege auffhielt und ein System der Unterdrückung und Bürokratenherrschaft errichtete. Während sich in den letzten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts vor der Menschheit Aufgaben von überdimensionaler Größe auftürmen, während zwei, bald drei und vier Milliarden Menschen in den ›unterentwickelten‹ Ländern, bisher das Ausbeutungsobjekt der kapitalistischen Kolonialmächte, von Hungersnot, Elend, Krankheit und neuen Formen der kolonialen Unterdrückung gepeinigt werden, während in Vietnam, in Afrika und Lateinamerika Kriege den Freiheitskampf dieser Völker unterdrücken, während in China ein Volk von 700 Millionen fleißiger und kluger Menschen für die Verwirklichung der Hoffnungen und Ideale kämpft, die wohl aus Europa zu ihnen kamen, aber von den Europäern von der Liebesbotschaft des Christentums bis zu den Hoffnungen des Sozialismus nur verraten worden sind, während in den Zentren der kapitalistischen Welt eine Revolte der Jugend gegen das saturierte Establishment, gegen die demoralisierte Consumer-society ausbricht – in dieser wahrhaft unheilschwange-

Die beiden sowjetischen Blätter zensieren diese Aussage aus dem Interview komplett heraus. Darauf druckt die kubanische Zeitung »Revolucion« das Interview ungekürzt und unzensiert ab – ein offener Affront, hier noch durchgeführt unter der Regie von Fidel Castro.

Che war in den ersten Jahren nach der kubanischen Revolution drei Mal in der Sowjetunion – und nahm dabei von Mal zu Mal eine kritischere Haltung ein. Dies, obgleich gleichzeitig die kubanische Revolution aufgrund der US-Blockade-Politik immer abhängiger von der sowjetischen Hilfe wurde und es natürlich diese sowjetische Unterstützung war, die der kubanischen Revolution das Überleben sicherte.

Die Wende und ein Bruch dürfte mit Ches Rede 1965 in Algier erfolgt sein. Dort äußerte er am 24. Februar 1965 auf einer Tagung des II. Wirtschaftsseminars der afro-asiatischen Solidarität:

»Es sollte nicht mehr über den ›Handel zum gegenseitigen Nutzen‹ gesprochen werden, (wenn dieser) auf den Preisen basiert, die den unterentwickelten Ländern aufgebürdet wurden vom Wertgesetz und von den internationalen Beziehungen des ungleichen Wechselkurses, der ebenfalls vom Wertgesetz hervorgebracht wurde ... Wie kann jemand es ›gegenseitigen Nutzen‹ nennen, wenn die unter grenzenlosen Mühen und Opfern geförderten Rohstoffe zu Weltmarktpreisen verkauft werden, um die in großen, automatisierten Fabriken produzierten Waren zu kaufen?«⁴

Die Rede wurde von der KPdSU-Führung, noch während Che im Ausland weilte, heftig kritisiert; die sowjetischen Proteste wurden der kubanischen Führung übermittelt.

Nach Ches Rückkehr auf Kuba kam es zu intensiven Gesprächen zwischen Castro und Guevara. Kurz darauf quittierte Che alle seine Ämter und Funktionen, gab seine kubanische Staatsbürgerschaft zurück und erklärte in dem Abschiedsbrief an Fidel, er werde in Zukunft »anderen Völkern in ihrem Kampf helfen.«

Das war der Beginn seiner Guerilla-Engagements im Kongo und in Bolivien. Von diesem Zeitpunkt an trat Ernesto Che Guevara nie mehr öffentlich auf.

Diese zweite Ebene, die den Mythos Che Guevaras begründet, findet erneut Widerspiegelungen in den 68er Revolten. Diese entliehen sich ihr Bild von der neuen Gesellschaft ebenfalls nicht bei den bestehenden Modellen; ja, sie sahen sich, ähnlich wie Che, oft im Widerspruch zu dem, was später »real existierender Sozialismus« genannt wurde.

So trat der SDS z.B. bereits 1964 auf dem »Deutschlandtreffen« in Ost-Berlin für die Freilassung von Heinz Brandt ein (einem ehemaligen SED-Funktionär, der nach 1953 in den Westen ging und für die IG Metall arbeitete, vom MfS in Westberlin gekidnappt wurde und seither in der DDR inhaftiert war).

Bei den Weltjugendfestspielen in Sofia 1967 demonstrierte ein Teil der SDS-Delegation vor der US-Botschaft in Sofia und wurde darauf von bulgarischer Geheimpolizei zusammen mit westdeutschen stalinistischen Delegationsmitgliedern weggeprügelt.

Als im August 1968 die Panzer des Warschauer Paktes den »Prager Frühling« erstickten, fand sich die Mehrheit der außerpar-

lamentarischen Opposition in Westdeutschland, aber auch die Mehrheit der revoltierenden jungen Menschen in vielen anderen Metropolen – so in Paris, Milano und London – auf der Seite der tschechischen und slowakischen Proteste gegen den Einmarsch wieder.

Im übrigen waren die Theoretiker, die auf die 68er Revolten den größten Einfluß hatten, erklärtermaßen keine orthodoxen Marxisten und – bis 1968 – schon gar keine Stalinisten. Es waren, soweit es verblichene Vorbilder betrifft, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Trotzki – auf den letzteren wurde vor allem in Frankreich und Großbritannien, auf die beiden ersteren in Westdeutschland Bezug genommen.

Lebende Theoretiker betreffend, dürften Herbert Marcuse auf dem Gebiet der Philosophie und Ernest Mandel auf dem Gebiet der Ökonomie einen erheblichen Einfluß auf die Revolten in Westeuropa ausgeübt haben. In den USA spielten »unorthodoxe« Theoretiker der Afroamerikaner wie Eldridge Cleaver und Malcolm X eine wichtige Rolle.

Che Guevara und der Internationalismus

Der Internationalismus stellt die dritte Ebene dar, die den Mythos Che begründet.

Der Argentinier Che Guevara, der maßgeblich zum Erfolg der kubanischen Revolution beitrug und der als Guerillero im Kongo scheiterte und als Comandante in Bolivien ermordet wurde, ist die Verkörperung des Internationalisten.

Che war gespenstisch heimatlos; ein Vagabund im Wortsinn: ein Herumtreiber, ein Berber, ein Getriebener, der sich in jeder Revolution zu Hause fühlte und doch nie eine Heimstatt fand – die abenteuerliche Reise seiner Gebeine und Hände inbegriffen. Auch hier zitiert Che gewissermaßen das »Kommunistische Manifest«, in dem es heißt:

»Den Kommunisten ist ferner vorgeworfen worden, sie wollten das Vaterland, die Nationalität abschaffen. Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.«

Es war dann fast schon wieder ein Bruch und kitschig, als mit einem ersten Gesetz des neuen revolutionären Cuba Che die Staatsbürgerschaft gewährt wurde – rückwirkend, seit seiner Geburt.

Che knüpft in seinem Abschiedsbrief an Fidel an die Logik des Vaterlandslosen und des Internationalisten an, indem er darin mitteilt, er gebe seine kubanischen Bürgerrechte wieder auf.

Guevara sah in der Revolution in Cuba nur den Kampf an einem einzelnen Frontabschnitt eines gewaltigen revolutionären Prozesses, in dessen Zentrum die revolutionären Bewegungen in der Dritten Welt standen und dessen einheitlicher Gegner der Imperialismus war, die Bourgeoisien in der ersten Welt, an ihrer Spitze der US-Imperialismus.

Dies sei hier in dürren Worten festgehalten – in einer Zeit, in der es den meisten Linken schwerfällt, überhaupt noch Bezüge zur Internationalität des Klassenkampfes herzustellen. Dabei bin ich mir bewußt, daß vielen Linken heute eine solche Einschätzung, wie sie Ches Engagement zugrunde lag, als zu holzschnittartig erscheint.

ren, superbomben-bedrohten Zeit strebt der stalinistische Gulaschkommunismus nach nichts anderem als nach dem Komfort der Kühlschränke, der Waschmaschinen, der Kleinautos und der Fernsehruhen, deren flimmernde Scheinwelt die Menschen immer vollkommener zu immer perfekteren Sklaven der ihnen adressierten Konsumbedürfnisse macht, den letzten Rest eigenen Denkens, individueller Eigenarten und Interessen aus den Köpfen hinwegwaschend.«

Aus: Robert Havemann, Ebenda, S. 142-143.

Guevaras Analyse war hingegen sehr differenziert, auch wenn er im Ergebnis zu einer »Schwarz-Weiß-Bilanz« gelangte. Seine Einschätzung, es handle sich um einen weltweiten Krieg Reich gegen Arm, Erste gegen Dritte Welt, West gegen Ost, Emanzipation gegen Diktatur war durch die konkreten Ereignisse belegbar. Halten wir uns nochmals den Rahmen vor Augen; er wird auch in dem redaktionellen Vorspann zu Ches bereits zitierter Rede in Algier 1965 deutlich:

»Während das Seminar in Algier stattfand, mobilisierten die US-Imperialisten ihre Truppen gegen Südvietnam. Zehntausende von Marines gingen am Strand von Südostasien von Bord, um einen neuen kolonialen Krieg zu beginnen. Und über Nordvietnam begann, nur wenige Tage vor Beginn des Treffens in Algier, der systematische Bombenkrieg der US-Luftwaffe auf ein Land des sozialistischen Lagers. Lyndon B. Johnson, am 20. Januar 1965 neu ins Weiße Haus eingeführt, begann mit der Praktizierung seines außenpolitischen ›Programms‹. Einige Monate später, am 28. April 1965, landeten US-Truppen in der Dominikanischen Republik, um für eine ›Repräsentative Demokratie‹ und gegen eine verfassungsgemäße Regierung, welche die Militärregierung gestürzt hatte, zu kämpfen. Vier Monate lang sollten die Yankee-Truppen ›formel‹ die Dominikanische Republik besetzen. Ein wahres Blutbad sollte als Meilenstein ... für die Politik des Texaners dienen.«⁵

Für die 68er Revolten bildeten diese internationalen Ereignisse ebenfalls einen entscheidenden Hintergrund. Auch sie waren von einem tiefgehenden Internationalismus geprägt. Teilweise waren Themen der internationalen Solidarität sogar konstituierend für diese Revolten.

Ausgangspunkt der Außerparlamentarischen Opposition in Westdeutschland waren bekanntlich die Proteste des Jahres 1964 gegen den Staatsbesuch von Moïse Tschombè aus dem Kongo, einem Schlächter, der zusammen mit der CIA für die Ermordung des – von Che bewunderten – kongolesischen Revolutionärs Patrice Lumumba verantwortlich war.

1965 kam es in Berlin zur ersten Demonstration gegen den Vietnam-Krieg der USA, organisiert vom SDS. Hauptadressat war die US-Regierung; an den Wänden des Amerika-Hauses zerplatzten exakt fünf Eier. Darauf schrieb der damalige Regierende Bürgermeister Westberlins, Willy Brandt, einen Brief an die US-Regierung und entschuldigte sich im Namen der Berliner Bevölkerung für die Vorkommnisse. Wohlgemerkt: Das ist die Zeit, in der die US-Flugzeuge täglich ihre Bombenladungen auf Vietnam niedergehen ließen, die Zeit der Napalm-«Entlaubungsaktionen» – in letztere war auch der spätere deutsche Bundespräsident Weizsäcker, damals Geschäftsführer von Boehringer, Ingelheim, zumindest indirekt verwickelt: Dieses bundesdeutsche Unternehmen war maßgeblicher Zulieferer für die US-Napalm-Herstellung. Aus den Napalm-Bombardements der US-Luftwaffe resultieren in Vietnam noch heute – 30 Jahre danach – jährlich tausende Fehl- und Mißgeburten.

1967 war es der Besuch des Schahs von Persien, des führenden

»Das war in den für alle am sozialistischen Fortschritt in den osteuropäischen Ländern interessierten Menschen unvergeßlichen acht Monaten des Jahres 1968 in der Tschechoslowakei. Spätestens damals wurde offenbar, daß es im real existierenden Sozialismus generell einen latenten, nach der Richtung seiner wesentlichen Kraftlinien progressiven Interessenblock gegen die bestehende politische Verfassung, d. h. gegen die Diktatur der Politbürokratie gibt. Mehr noch, es wurde klar, daß die Mehrheit der aktiven Parteimitglieder auf einen Aufbruch zu neuen Ufern wartet. Letztlich wurde in Prag und Bratislava nichts geringeres nachgewiesen als die Lebensfähigkeit unserer Gesellschaftsordnung ohne politbürokratische Diktatur. Es ist und bleibt das größte politische Verbrechen der sowjetischen Führung nach

Kopfs einer Folter-Diktatur, der zu studentischen Protesten führte, in deren Verlauf ein Polizist den Demonstranten und Studenten Benno Ohnesorg erschöß.

Anfang 1968 schließlich organisierte der SDS den Internationalen Vietnam-Kongreß. Hier handelte es sich erstmals um einen breit angelegten internationalistischen Kongreß, in dessen Zentrum die internationale Solidarität, die Dritte Welt und die Anklage des US-Imperialismus stand. Die Losung an der Stirnwand des Audimax zitierte Che Guevara: »Schafft ein, zwei, viele Vietnams«.

In diesen Wochen verdichtete sich der internationale Prozeß von Revolution und Konterrevolution. Wir müssen uns die Daten dieser dramatischen Monate und Tage vor Augen führen, um zu verstehen, wie internationalistisch »1968« zu buchstabieren ist, um zu ahnen, wie sehr dieser Internationalismus damals präsent war, wie er das revolutionäre Engagement durchtränkte, wie wir damals glauben konnten, die rastlose Weltrevolution schreite voran und beschleunige von Monat zu Monat den Gang:

Im Juni 1967 die Ermordung Benno Ohnesorgs, im Oktober 1967 die Ermordung Che Guevaras. Und dann die Aktionen:

- 17./18. Februar 1968: Vietnam-Kongreß Berlin;
- 12.-15. April 1968: »Osterunruhen« in vielen westdeutschen Großstädten, Aktionen gegen den Springer-Konzern;
- zum selben Zeitpunkt: »Tet-Offensive« in Vietnam; die FNL (»Vietcong«) taucht völlig überraschend mitten in Saigon auf;
- April/Mai 68: Barrikaden in Paris; Generalstreik in Frankreich;
- zum selben Zeitpunkt: »Prager Frühling«; massenhafte antibürokratische Proteste in der CSSR;
- Sommer 1968: Massenproteste von Studierenden gegen die mexikanische Regierung und die Olympiade in Mexiko. Parallel bzw. daran anschließend die Konterrevolution;
- 11. April 1968: Attentat auf Rudi Dutschke;
- Mai 1968: General de Gaulle in Baden-Baden; indirekte Drohung mit einem militärischen Eingreifen;
- August 1968: Einmarsch der Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR;
- 2. Oktober 1968: Mexikanische »Sicherheitskräfte« organisieren ein Massaker auf dem Platz der drei Kulturen.

Der Mensch Ernesto »Che« Guevara

Zurück zu Che – und zur vierten Ebene, die den Mythos Che Guevara begründet: Die Person Che und Che als Mensch.

In der neuen Biographie Guevaras beschreibt Autor Paco Ignacio Taibo II die Szene, wie Ches Leiche der Journalisten-Meute präsentiert wird:

»Ein Bauer, der zum Flughafen gekommen ist, sieht, wie der Leichnam vorbeigetragen wird: ›Man sah einen richtigen Menschen. Er sah aus, als wäre er nicht gestorben. Er lag auf einer Bahre und seine Augen schauten uns an, als ob er lebendig wäre.<... Der Leichnam wird mit einem riesigen Aufgebot von Soldaten in einem geschlossenen Chevrolet-Lieferwagen ins Kankenhaus San Josè de Malta gebracht, wo sie ihn im Waschhaus auf einen steinernen Tisch legen.

Dort findet die zweite Pressekonferenz statt, und die Leiche, die

dem II. Weltkrieg, die Völker Osteuropas, einschließlich des eigenen Landes, und die ganze fortschrittliche Menschheit um die unersetzlichen Erfahrungen gebracht zu haben, die mit dem Ausreifen des tschechoslowakischen Experiments gewonnen worden wären.«

Aus: Rudolf Bahro, *Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus*, Verlag Tribüne Berlin 1990 (Bund Verlag Köln GmbH 1979), S. 362.

»Die bolivianischen Abwehreinheiten hätten Guevara wahrscheinlich gar nicht – oder jedenfalls nicht so effizient und schnell – zur Strecke gebracht, wenn sie nicht ihre Ausbildung und Unterstützung von den USA-Streitkräften und der CIA erhalten hätten. Aber nur so weit waren die Vereinigten Staaten in Guevaras Tod verwickelt. Als er gefangen genommen war, versuchte die CIA sogar, die Bolivianer davon zu überzeugen, Guevaras Leben zu retten. Abgesehen von moralischen Bedenken gab es doch immer noch die Möglichkeit, daß er hätte wichtige Informationen über Cuba preisgeben können, die wir dringend brauchten, und es gab die Gewißheit, daß, wenn man ihn exekutierte, er zum internationalen Märtyrer würde. Die Bolivianer teilten all diese Bedenken nicht. Ihren Maßstäben zufolge war Tod die unausweichliche Strafe. Ich habe viele Berichte über die Umstände gehört, die zu Che Guevaras Tod führten. Einige beschrieben seine letzten Tage, Stunden, sogar Minuten. All die Zuschauer – seine Jäger wie auch die Schaulustigen – im bolivianischen Bergdorf an jenem 8. Oktober 1967 stimmten darin überein, daß der Revolutionär, der sich selbst mit einem gegen die imperialistischen Windmühlen kämpfenden Don Quichote verglichen hatte, mit Würde starb. Als das Ende kam, war er verwundet und krank. Und tapfer. Die bolivianischen Behörden machten nach seiner Exekution durch ein Erschießungskommando mehrere Fotos, um zu beweisen, daß Che tot war. Seine Bewunderer sahen in den grauvollen Fotos ein Bild der Kreuzigung«.

einigen Anwesenden wie eine surrealistische Reproduktion des Rembrandt-Bildes ›Der Anatomie-Unterricht des Professor Tulp‹ vorkommt, wird gezeigt. Der Journalist und UPI-Korrespondent Alberto Zuazo notiert: ›Die leicht wäßrige Transparenz seiner ausdrucksvollen grünen Augen, außerdem eine Art rätselhaftes Lächeln, das sich im Gesicht leicht abzeichnete, vermittelten den Eindruck, daß dieser Leichnam noch lebte. Ich glaube, daß mehr als einer der 20 Journalisten, die an jenem 10. Oktober 1967 in Vallegrande waren, nur noch darauf wartete, daß Ernesto Che Guevara zu uns sprach.«⁶

Dieses Menschliche, dieses »Ecce Homo« – »Seht ein Mensch« – bleibt kennzeichnend für das Leben des Revolutionärs Che. Guevara war die Verkörperung des Anti-Apparatschiks, des Anti-Berufspolitikers, des Unangepaßten, des Nicht-Korrupten und Nicht-Korruptierbaren. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, die wir bereits eingangs zitierten, hob – wohl eher unwillig – just diese Charakteristika des Mythos Che hervor, wenn es dort heißt:

»Mutig bis zur Tollkühnheit, geduldig im Ertragen von Schmerz und Krankheiten, anspruchslos und bescheiden in seiner Lebensführung, unbestechlich gegenüber allen materiellen Gütern übt er nach wie vor eine verführerische Wirkung auf junge Leute aus.«⁷

Die Spannweite zwischen Mensch-sein, Held-sein, Schwach-sein und Stark-sein mag in einer Szene, die sich wenige Tage nach dem Sieg der Revolution in Kuba abspielte und die in Paco Ignacio Taibo II Buch festgehalten wird, zum Ausdruck kommen:

»Am 9. Januar (1959) empfängt er (Che) seine Eltern am Flughafen. Während sie ihren Sohn in den Armen hält, erklärt Celia (Ches Mutter – W.W.) der Presse: ›Seit sechs Jahren haben wir uns nicht mehr gesehen ...‹ ... Als sein Vater ihn um einen Jeep bittet, um durch die Sierra Maestra zu fahren, antwortet er ihm: Ich stelle einen Jeep mit einem Soldaten, der die Gegend kennt, zu deiner Verfügung; das Benzin und das Essen mußt du selbst bezahlen.«⁸

Es gibt unzählige Berichte über Ches Bescheidenheit und seine konsequente Bekämpfung jeglicher Privilegien. Hier sei nur eine charakteristische Begebenheit stellvertretend für viele andere zitiert:

»Am 21. Januar (1964) untersuchte man im Führungsrat des Industrieministeriums die pharmazeutischen Unternehmen. Che hatte eine Thermoskanne mit Kaffee neben sich stehen, ohne daß er anfang zu trinken, und Gravasola drängte ihn, sie zu öffnen und Kaffee einzugießen. Aber die Thermoskanne blieb während der ganzen Sitzung geschlossen. Nach dem Ende protestierte Gravasola: ›Sitzungen ohne Kaffee ...‹ Che sagte zu ihm: ›Es war nicht genug Kaffee für alle da, also gibt es für niemand Kaffee.«⁹

Das zutiefst Menschliche von Ernesto »Che« Guevara zeigte sich insbesondere dort, wo es um Leben oder Tod ging. Che sprach sich nach der siegreichen Revolution strikt gegen Selbstjustiz aus. Er wird mit den Worten, die er an seine Guerilleros richtete, zitiert:

»Weder ihr noch sonst jemand darf die Gerechtigkeit selbst in die Hand nehmen. Dafür gibt es die revolutionären Gerichte. Wenn jemand auf eigene Rechnung handelt, werde ich ihn verhaften und ebenfalls vor ein revolutionäres Gericht stellen lassen.«

Insgesamt gab es nach der siegreichen kubanischen Revolution vier- bis fünfhundert Menschen, die hingerichtet wurden – die meisten nach dem Urteilsspruch eines der besagten revolutionären Gerichte. Angesichts der Verbrechen, die der vorausgegangenen Folter-Diktatur anzulasten sind, ist das ein eher kleiner Blutzoll.

Durch viele Beispiele wird dokumentiert, daß Che während der Guerilla-Kriege in Kuba, im Kongo und dann in Bolivien den Verletzten des Gegners immer ärztliche Hilfe zukommen ließ, auch dann, wenn Medikamente und Verbandszeug für die eigenen Guerilleros knapp waren. Grundsätzlich galt bei Ches Guerilla-Aktivitäten die Regel, daß gefangene einfache Soldaten des Gegners politisch belehrt und danach meist wieder frei gelassen wurden. Kein einziger Fall einer Folterung wird bei Che dokumentiert, meines Wissens wird ihm solches nicht einmal von seinen Gegnern nachgesagt.

Ganz und gar menschlich in seinen Schwächen schließlich auch der körperliche Zustand Ches, der im übrigen in krassem Gegensatz zu all den Posters und T-Shirts steht, die Che als körperlich kräftigen Helden und als Macho-Identifikationsfigur darstellen. Che war von Kindheit an und bis in seine letzten Tage von Asthma-Anfällen geplagt. Der chilenische Senator Salvador Allende – der spätere Präsident Chiles, der sechs Jahre nach Ches Ermordung selbst von Pinochet und der CIA ermordet werden sollte – beschrieb eine fast groteske Szene kurz nach dem Sieg der kubanischen Revolution:

»In einem großen Raum, der als Schlafzimmer eingerichtet und mit Büchern vollgestopft war, lag ein Mann mit durchdringendem Blick und nacktem Oberkörper, nur mit einer olivgrünen Hose bekleidet auf einer Feldliege und hielt einen Inhalator in der Hand. Er machte mir ein Zeichen, daß ich warten sollte, während er versuchte, seinen heftigen Asthmaanfall abebben zu lassen ... 10 oder 15 Minuten lang konnte ich ihn anschauen und den herzerreißenden Glanz in seinem unruhigen Blick sehen ... Danach unterhielten wir uns auf ganz einfache Weise.«¹⁰

Es wäre vermessen, wollte man vergleichbare Menschen wie Che Guevara in den 68er Revolten suchen. Tatsache ist, daß dieses Mensch-Sein Ches für viele ihrer führenden Köpfe – so für Rudi Dutschke – ein wichtiger Grund für ihre Identifikation mit Che, mit der Dritten Welt, mit Kuba und mit der Guerilla war.

Heroisierung oder kritische Würdigung?

Es ist ganz im Sinne Che Guevaras, dessen Leben und politisches Engagement auch kritisch zu bilanzieren. Diejenigen Freunde und Freundinnen Ches und Kubas, die mit einem Aufschrei reagieren, wenn Che nicht heroisiert, sondern auch als Mensch gesehen, das heißt, wenn er auch kritisch und im historischen Licht betrachtet wird, handeln in krassem Widerspruch zu Guevaras eigenen Ansprüchen und ethischen Zielen: Che liebte kontroverse Debatten, er forderte Kritik geradezu heraus. Vor allem: Er haßte Personenkult; »Unterwürfigkeit gefiel ihm nicht« (Taibo II). Umso erstaunter war ich, als ein erster Beitrag von mir zu »Che und 1968« in der »jungen welt«, in der sich auch die nachfolgenden kritischen

Aus: David Atlee Phillips, *The Night Watch* [Memoiren eines hohen CIA-Mitarbeiters], New York 1982, S. 267-268 (Übersetzung a.d. Englischen: W. Adolphi).

Anmerkungen fanden, von den »wahren Freunden Ches« mit wütenden Protesten begleitet wurde.¹¹

Im Rahmen einer solchen kritischen Würdigung Guevaras ließe sich einiges zum Verhältnis Ches zu seinen zwei Frauen und zu anderen Liebschaften bzw. zu seinem Verhältnis zu seinen Kindern sagen. Nach dem bisher hierzu Dokumentierten können diese Beziehungen, die im übrigen immer durch Che als Aktivem beendet wurden, aus feministischer bzw. antipatriarchaler Sicht problematisiert werden. Der Verweis des Biographen Taibo II, das sei eben so mit »Kriegs-Ehen«, erscheint zu sehr an der klassischen Männerwelt orientiert. Es mutet »klassisch« an, wenn sich in Ches Briefen aus Mexiko an seine Eltern zwar 161 Mal neue Reisepläne ausgebreitet finden, er sich jedoch über die eben geheiratete Frau Hilda ausschweigt, wenn er kurz nach der Geburt seines Sohnes mit der Granma in die Revolution zieht und es nach dem Sieg der kubanischen Revolution, am 21. Januar 1961, zu einem kurzen Treffen mit seiner Frau Hilda Gadea und der gemeinsamen Tochter Hilda Guevara in Havanna kommt, zu dem Ches Frau notiert: »Mit seiner übliche Offenheit erklärte Che mir, daß er mit einer anderen Frau zusammen war ... Anfangs wies er den Gedanken an eine Scheidung zurück, aber meiner Ansicht nach gab es keine andere Lösung.«¹²

Im politischen Bereich wird Che gelegentlich kritisiert wegen seiner unzureichenden Konzeption einer demokratisch legitimierten Gesellschaft. Tatsächlich hätte das revolutionäre Kuba große Chancen gehabt, institutionalisierte, revolutionäre demokratische Strukturen herauszubilden – Weiterentwicklungen einer direkten Demokratie, wie sie in der Pariser Kommune 1871, von Räten, wie sie sich in der russischen Revolution 1905 und in der Oktoberrevolution 1917 entwickelt hatten. Che kannte diese Beispiele und die Debatten um die revolutionäre Demokratie durchaus. Das letzte Buch, das er vor dem Besteigen der Granma las und in seiner Wohnung in Mexiko D.F. zurückließ, war Lenins »Staat und Revolution« – just das Buch, in dem der russische Revolutionär die Erfahrungen der Kommune aufarbeitete und in die Konzeption demokratischer Räte goß.

Ein Ereignis, bei welchem die Haltung Guevaras und der kubanischen Führung bisher nie kritisch bilanziert wurde, ist die »Kuba-Krise« 1961. Vergegenwärtigen wir uns vorab die Rahmenbedingungen: Die USA hatten ihren Wirtschaftskrieg gegen Kuba stetig intensiviert. Gleichzeitig war der »Kalte Krieg« zwischen Ost und West immer »heißer« geworden; der atomare Wettlauf intensiver. In dieser Situation gestattete die kubanische Regierung den Sowjets die Stationierung von Atomraketen auf Kuba – die US-Zentren waren damit in eine Reichweite sowjetischer Raketen gerückt, bei der sie binnen weniger Minuten ausgelöscht werden konnten. Die US-Regierung stellte ein Ultimatum, bis zu dessen Ablauf die sowjetischen Atomraketen von der Insel abzuziehen sein würden. Gleichzeitig schnürten sie die Seeblockade um Kuba immer enger. Die Gefahr eines weltweiten Atomkriegs war so greifbar wie nie zuvor. Im letzten Moment kam es zu einer Vereinbarung zwischen der sowjetischen und der US-Regierung:

Chruschtschow akzeptierte den Abzug der sowjetischen Atomraketen von Kuba; in einer ergänzenden Geheimabsprache versprach die US-Regierung einen Abzug der US-Atomraketen aus der Türkei, wo diese ähnlich nah an sowjetischen zentralen Zielen stationiert waren.

Unbestritten bei diesem Vorgang ist, daß die Entscheidung der Sowjets über die Köpfe der kubanischen Führung hinweg erfolgte – es handelte sich um typische Großmachtpolitik. Die Problematik beginnt jedoch bereits früher: War es richtig und vertretbar, daß die kubanische Führung die Insel den Sowjets als atomare Basis anbot und damit die Bevölkerung zur potentiellen Geisel in einem weltweiten Atomkrieg machte? Wer hatte diese Bevölkerung gefragt; konnte sich diese überhaupt der realen Gefahr eines atomaren Weltbrandes bewußt sein? Was war hier der Unterschied zur Großmachtpolitik der Sowjets, die ihrerseits die kubanische Führung beim Deal mit Kennedy nicht gefragt hatten? Wie ließ sich das Risiko eines Atomkriegs – und das heißt: eines weltweiten atomaren Infernos – eingehen, »nur« um das Ziel des revolutionären Prozesses voranzutreiben – eines revolutionären Prozesses mit wem? Mit welchen atomaren Knüppeln? Auf welcher Basis – der verbrannter atomarer Erde?

Che selbst schrieb hierzu die folgenden – ebenso pathetischen wie problematischen – Sätze:

»Es ist das schaudererregende Beispiel eines Volkes, das bereit ist, sich atomar abschlachten zu lassen, damit seine Asche als Fundament für neue Gesellschaften dient. Und wenn ungefragt ein Pakt zum Abzug der Atomraketen geschlossen wird, seufzt es nicht etwa vor Erleichterung auf und dankt nicht für die Feuerpause. Es stürzt auf den Kampfplatz, um seine eigene, seine einzigartige Stimme zu erheben, um seine eigene, seine einzigartige Kampfhaltung einzunehmen und seinen Willen zum Kampf zu verkünden, auch wenn es alleingelassen wird.«¹³

Damals dürfte der größte Teil der antiimperialistischen Linken – Moskau-Treue, Autonome, Trotzisten, Maoisten usw. – die Haltung Ches und der kubanischen Führung in dieser Frage geteilt haben. Diese Worte Ches wurden ein Jahrzehnt vor der Bewegung gegen Atomkraft und zwei Jahrzehnte vor der Friedensbewegung formuliert. Heute muß diese Haltung weit kritischer beurteilt werden: Was hätte es geheißen, wenn das kubanische Volk »atomar abgeschlachtet« worden wäre? Hätte dann tatsächlich »seine Asche als Fundament für neue Gesellschaften« dienen können? Wo hätten sich diese Gesellschaften befinden können, wenn ein atomar ausgetragener Konflikt zu diesem Zeitpunkt zumindest die radioaktive Verseuchung der Karibik, Mittelamerikas, Nordamerikas, von großen Teilen der Sowjetunion – und wohl auch von Europa – impliziert hätte? Wie entstellte hätte sich das »Antlitz des Sozialismus« dargestellt, wenn mit dem Begriff »Sozialismus«, mit der kubanischen Revolution und mit dem Namen Che das Elend von dutzenden, wenn nicht von hunderten Millionen radioaktiv verseuchter Menschen, von riesigen Gebieten, die für hunderte von Jahren für menschliches Leben ungeeignet geworden wären, verbunden worden wäre?

Bei dieser kritischen Bilanz soll in keiner Weise bestritten werden, daß in der Kuba-Krise die eigentlichen Kriegstreiber in Washington saßen. Ganz offensichtlich war es US-Präsident John F. Kennedy, der ein »Spiel mit der Macht« – so der US-amerikanische Historiker David Horowitz – trieb und der die Kraftprobe suchte. Schließlich handelte es sich bei der Art, wie der sowjetische KPdSU-Chef Nikita Chruschtschow nachgab, um eine Handlung, bei der die kubanische Führung, geschweige denn das kubanische Volk, in keiner Weise einbezogen wurden – im übrigen just so, wie Kennedy in jener Raketen-Krise mit den westlichen Alliierten verfuhr. Diese letztere Kritik an der sowjetischen Führung in den Mittelpunkt zu stellen ist allerdings verfehlt angesichts der Tatsache, daß ein atomarer Weltkrieg, bei dem das Leben von hundert Millionen Menschen und in jedem Fall die physische Existenz der gesamten kubanischen Bevölkerung auf dem Spiel stand, verhindert wurde. Interessanterweise war dies auch die längerfristige Bilanz der Weltöffentlichkeit: Kennedys kurzfristiger Triumph wich, so Horowitz, in der »Retrospektive der Sicht, als habe die Sowjetunion einen Prestigeerfolg¹⁴ errungen.«

Ches Abschiedsbrief an seine Kinder: Auftrag an uns und unsere Kinder

In Ches Abschiedsbrief an seine Kinder findet sich ein Satz, der die tiefe ethische Begründung für seinen begeisternden Kampf, für die Moral und für die Berechtigung aller Revolten gegen die Herrschenden und gegen die Umstände, die Mensch und Natur knechten – auch für die kommenden, vor uns liegenden Revolten – liefert:

»Seid vor allem fähig, jede Ungerechtigkeit gegenüber irgendjemandem irgendwo auf der Welt bis ins Tiefste zu empfinden. Das ist die schönste Fähigkeit des Revolutionärs.«

Anmerkungen:

- 1 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.8.1997.
- 2 Ebenda.
- 3 F.J. Degenhardt, »Zu Prag«, auf: »Deutschland«-LP, 1969.
- 4 Ernesto Che Geuavara, »Internationalismus und Anti-Imperialismus«, Rede vor dem Afro-Asiatischen ökonomischen Seminar in Algier 1965, in: Tricontinental 1967-1970, Eine Auswahl, herausgegeben von Karl Dietrich Wolff, Frankfurt/M. 1970 (März), S. 305.
- 5 Aus: Tricontinental 1967-1970, Eine Auswahl, a.a.O., S.302.
- 6 Paco Ignacio Taibo II, Che – die Biographie des Ernesto Guevara, Hamburg 1997, S. 592.
- 7 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.8.1997.
- 8 Paco Ignacio Taibo II, S. 281.
- 9 Ebenda, S. 378.
- 10 Ebenda, S. 285f.
- 11 In einem Leserbrief aus Gelsenkirchen, der meine Besprechung der Che-Biographie von Taibo II zum Thema hat, hieß es, ich würde »Ches Asthma für« meine »Zwecke mißbrauchen«; im übrigen hätte ich »ein größeres Problem, daß Che ... unbestreitbar auch ein schöner Mann war.« Erstere Kritik begreife ich nicht; bei letzterem hat die Genossin recht. Nur war diese Schönheit nicht von jener gestylten Art, wie uns Che heute in Bild und Wort präsentiert wird: Guevara war natürlich, war Mensch, war auf diese Art schön und auf seine Art stark – just eben mit Asthma.
Ein von mehreren Kuba-Freunden unterzeichneter Leserbrief aus Essen, Köln und München, der meinen Artikel »Gespenstisch heimatlos« in der jw vom 10.10.1997 kritisierte, beschuldigt mich der »antikommunistischen Dreckschleuderei«, glaubt, daß ich Degenhardts Liedzeilen »Zu Prag« mißbräuchlich nutzen würde. Dazu nur soviel: Ich weiß nicht, was Degenhardt heute über seinen Song aus 1968 denkt – aber dies ist nicht entscheidend: Er schrieb und sang damals, daß es 1968 in Prag um den »Sprung auf eine andere Stufe des Sozialismus« ging – und das begeisterte mich damals und das sehe ich auch heute so – wie »Väterchen Franz« 1968. Schön wäre es, sähe er dies heute ebenso oder wieder so. Schließlich werde ich in diesem Leserbrief bezeichnet als ein »Winfried Wolf, gelernter Trotzki-Jünger, Vorzeige-’Radikaler’ der PDS-Führungsriege und mittlerweile auch jw-

›Spezialist‹ in Sachen Trikont ... Was sich dieser Herr erlaubt ... es geht ihm ... einzig darum, endlich Trotzki über Che und die verflissenen sozialistischen Staaten Osteuropas triumphieren zu lassen.«

Nein, ich will darauf nicht mit der Retourkutsche »stalinistisch« antworten, sondern allein mit Che selbst. Dieser berichtete 1964 von dem »Streit in Moskau«, den es aufgrund seiner kritischen Bilanz der Sowjetunion gab, und dem darauf in KPdSU-Kreisen kolportierten Gerücht, er sei Trotzki. Ernesto Guevaras Worte hierzu dokumentieren erneut, wie undogmatisch er war, vor allem, daß für ihn Offenheit und Kritik mehr als alles andere zählten – just das Gegenteil dessen, was sich in den zitierten Leserbriefen widerspiegelt: »Ich habe (in Moskau; W.W.) Meinungen geäußert ... auch mit ein bißchen Trotzismus gemischt ... Eine Meinung, die man angeblich mit Gewalt bekämpfen soll, ist eine Meinung, die uns Nutzen bringt. Es ist nicht möglich, Meinungen mit Gewalt zu bekämpfen, genau das tötet die Entwicklung von Intelligenz.«

12 Paco Ignacio Taibo II, a.a.O., S.283.

13 Ebenda, S. 375.

14 David Horowitz, Kalter Krieg, Die Hintergründe der US-Politik von Jalta bis Vietnam, Berlin 1973, Band 2, S.148.

Die Zitate aus Taibos Buch erfolgten auf Basis der Druckfahnen für eine Vorab-Rezension in der »jungen welt« zur Buchmesse 1997. Ein späterer Vergleich mit der gedruckten Fassung ergab leichte Abweichungen durch das Lektorat.

ARNOLD SCHÖLZEL

Von der Kritik zur Esoterik – Rudolf Bahro

Arnold Schölzel – Jg. 1947,
Dr. phil., 1974-1994 Humboldt-Universität, arbeitslos,
arbeitet als Journalist.

Als 1977 Rudolf Bahros Buch »Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus« erschien, geschah dies merkwürdigerweise unter Anteilnahme und wohl auch Beistand der verschiedensten Dienste in Ost und West. Die Hintergründe dieses Zusammenspiels in einer Hochphase des Kalten Krieges – zwei Jahre nach Helsinki und zwei Jahre nach dem achselzuckenden Weggang der US-GIs vom Völkermord in Vietnam war die westliche Propagandamaschinerie in Sachen »Menschenrechte« gerade in Fahrt gekommen – sind derzeit nicht bekannt. Dabei dürfte es auch noch eine Zeitlang bleiben – nach vorherrschender Lesart gab es bekanntlich in Mitteleuropa seinerzeit nur einen aktiven Geheimdienst, nämlich das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR. Ein langjähriger Freund Bahros, der zeitweilige Gauck-Angestellte und Wahrer des derzeit gültigen personellen und politischen Reinheitsgebots an der Humboldt-Universität zu Berlin, Guntolf Herzberg, beschrieb denn auch aus der Sicht der MfS-Akten im August 1997 das Geschehen 20 Jahre zuvor so: »Anfang September 1977 erschien in der Europäischen Verlagsanstalt das einzige Buch, das einen DDR-Philosophen mit einem Schlag weltbekannt machte. Schon wenige Tage vorher begann eine perfekte Inszenierung: Am 22. August – exakt getimt auf einen Montag, dem Erscheinungstag des ›Spiegel‹ – outete sich der Autor des bis dahin anonym angekündigten Buches zuerst auf einer Parteigruppenversammlung seines Betriebes (einer Gummi-Klitsche in Berlin-Weißensee) – das war etwa um 16.45 Uhr und dauerte laut Protokoll etwa drei Minuten –, der ›Spiegel‹ hatte verabredungsgemäß einen großen Artikel samt Vorabdruck wesentlicher Passagen veröffentlicht, am Abend wurde ein vorbereitetes Selbstinterview auf RIAS II gesendet, und tags darauf brachten sowohl ARD als auch ZDF große Beiträge, aufgenommen wenige Tage vor seinem Outing in seiner Weißenseer Wohnung...Die Publikation war perfekt vorbereitet und perfekt inszeniert.«¹

Am 23. August 1977 wurde Rudolf Bahro vom MfS verhaftet, aus der SED, deren Mitglied er mit sechzehn Jahren 1952 geworden war, ausgeschlossen und 1978 »wegen nachrichtendienstlicher Tätigkeit« zu 8 Jahren Haft verurteilt. Nach zwei Jahren kam er durch eine Amnestie frei und siedelte in die Bundesrepublik über. Zu diesem Zeitpunkt war er bereits einer von zahlreichen namhaften und weniger namhaften DDR-Intellektuellen, die das Land Richtung Westen verließen. Vor allem Schriftsteller, Theaterleute

und Musiker hatten offen die Ausbürgerung von Wolf Biermann im November 1976 kritisiert und waren in verschiedenster Weise gemäßregelt oder schikaniert worden. Bahro, der seit mehreren Jahren an seinem Buch arbeitete, gehörte nicht unmittelbar in diese Protestbewegung hinein, wohl aber mittelbar. 1976/77 erreichte die Abwendung eines Teils von sich selbst als sozialistisch verstehenden DDR-Intellektuellen von der SED-Führung und der DDR eine bis dahin ungekannte Intensität und – mit der Bereitschaft, direkt westliche Medien (und damit selbstverständlich auch westliche Dienste) zur Verbreitung der eigenen Ansichten in Anspruch zu nehmen – eine neue Dimension, denen die Behörden der DDR nicht gewachsen schienen. Die Bedingungen für den Umgang mit der inneren Opposition hatten sich mit dem Abkommen über Westberlin, dem Grundlagenvertrag und dem Helsinki-Prozeß grundlegend verändert. Seit März 1973 waren nach Unterzeichnung des Grundlagenvertrages westdeutsche Korrespondenten offiziell in der DDR akkreditiert worden, es gab eine botschaftsähnliche Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, die sich aktiv dem kulturellen Leben der DDR zuwandte, und es gab die allgemeine Tendenz zu internationaler Entspannung, die – gestützt auf die Schlußakte von Helsinki – Hoffnung auf Veränderung des politischen und ideologischen Klimas zwischen Ost und West und innerhalb der sozialistischen Länder weckte. Die Nachkriegskonjunktur der kapitalistischen Industriestaaten hatte einige Dellen bekommen, hielt aber der Tendenz nach an und war zum erklärten Maßstab der politischen Führung in den sozialistischen Ländern und auch der dortigen innerstaatlichen Opposition geworden. Die sozialistischen Staaten in Ost-Mitteleuropa erweckten den Eindruck, wirtschaftlich, sozial und politisch stabil zu sein. Daß dies mit rasch fortschreitender Verschuldung im Westen verbunden war, schien eher eine Periode der Kooperation einzuläuten als eine der Staatsverschuldung bis hin zum Bankrott. Tragender Konsens der politischen und wirtschaftlichen Eliten in Ost und West war, daß es ein lineares Fortschreiben der Wachstums- und Wohlstandsraten geben werde. Von den Krisen politischer, militärischer, wirtschaftlicher und ökologischer Natur, die seit 1979 innerhalb von zehn Jahren das Ende der Nachkriegszeit und des europäischen realen Sozialismus herbeiführten, war kaum eine Vorahnung da, geschweige denn von ihrem Resultat.

Bahros Buch war ein Produkt dieser Situation kurz vor dem Ende einer scheinbar kontinuierlich prosperierenden Gesellschaft, sie prägt die Stärken und Schwächen der Arbeit. Vorbereitet war es durch einen starken Enttäuschungs-Impuls, der nach seinen eigenen Angaben aus dem Jahr 1964 herrührt, dem Jahr, in dem Chruschtschow von Breshnew und Kossygin entmachtet wurde, Stalin in Moskau keine Unperson mehr war und innerhalb des folgenden Jahres der Versuch, in der DDR eigenständige wirtschaftliche und politische Reformen zu unternehmen, durch Moskau und Honecker gestoppt wurde: »Meine Wende war der 15. Jahrestag der DDR 1964. Ich zog bei der Parade am 7. Oktober vormittags an der Tribüne vorbei und las die Losung. ›Was des Volkes Hände schaffen, ist des Volkes Eigen‹ stand da. Nachmittags machte es

Die Deformationstheorien wurzeln alle in einer romantizistischen Verarbeitung der Geschichte: Wenn die Menschen, speziell die bolschewistischen Parteimenschen, nur intensiver gewollt und weiser gehandelt hätten, wäre statt des real existierenden Sozialismus der Sozialismus da, wäre er zumindest auf anderem, besserem Wege. Man muß keineswegs fatalistische Neigungen haben, um einer solchen Auskunft zu mißtrauen. Sie liefert keinen Schlüssel zur Geschichte und Gegenwart, also auch nicht zur Zukunft unseres Systems. Rudolf Bahro: Die Alternative, Berlin 1990, S. 162.

Demgegenüber muß ich noch einmal die Verwurzelung der Entfremdung in der Arbeitsteilung selbst hervorheben. Sie bloß auf den Warenfetischismus zurückzuführen, ist auch realhistorisch falsch. Die abstrakte Arbeit, die im Warenwert erscheint, machte weltgeschichtlich nicht so sehr in den Tauschgeschäften am Rande primärer Gemeinwesen, sondern in der alten Ökonomischen Despotie das erste Mal Epoche. In ihren Steuern wie in ihrer Fron ist trotz der Naturalform, die der Bürokratie natürlich im Hinblick auf die Proportionalität nicht gleichgültig war, für den Staat bereits ›Arbeit schlechthin‹ verkörpert. Ebenda, S. 167.

›klick!‹. In dem Augenblick wußte ich, die wollen nicht weiter, die wollen nur Macht und die Rolle der Partei stärken, bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag.«² Das war zwei Jahre nach einer Kontaktaufnahme des MfS mit Bahro, der wegen seines »Maximums an Zustimmung zu den Verhältnissen hier«³ sich dem Gesprächsbegehren nicht verschloß. Der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR am 21. August 1968 habe ihm endgültig die Augen geöffnet. Zu diesem Zeitpunkt war Bahro nach Philosophiestudium, Arbeit in der Universitätszeitung von Greifswald, der Gewerkschaft Wissenschaft und der FDJ-Studentenzeitung »Forum« bereits in die Industrie abgeschoben und arbeitete als Abteilungsleiter im Gummi-Kombinat Berlin. 1971 begann er mit den Arbeiten an einer Dissertation, in deren Resultat auch »Die Alternative« entstand. Dem heutigen Kenntnisstand nach war das MfS von Anfang an über seine Untersuchungen und die damit verbundenen Diskussionen informiert und ließ ihn bis zur Veröffentlichung im Westen ungestört gewähren.

Der Text widerspiegelt eine zwiespältige Verfassung von Autor und Gesellschaft: Der erklärten Absicht nach geht es dem Autor um Analyse und Kritik der sozialistischen Gesellschaft – der Untertitel » Zur Kritik des realexistierenden Sozialismus« ist an Marx' »Zur Kritik der Politischen Ökonomie« orientiert – , tatsächlich handelt es sich um eine allgemeine Zivilisationskritik vom Standpunkt eines utopischen Kommunismusbegriffs aus. Dem Textmaterial nach wendet sich Bahro gegen eine triviale Konfrontation von sozialistischem Ideal und sozialistischer Realität, dem Inhalt nach offeriert er einen hier und jetzt zu realisierenden Gefühlskommunismus, demgegenüber keine Realität gut abschneidet. Der Intention nach soll es um die Beschreibung der inneren Widersprüche der existierenden sozialistischen Gesellschaften gehen, der Problementwicklung im Buch folgend sind diese Gesellschaften von keiner inneren Dialektik bzw. Bewegung überhaupt bestimmt.

Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die bizarre Formel von der »relativ selbständigen Gesellschaftsformation Sozialismus«, die in den letzten Jahren der Herrschaft Walter Ulbrichts in der DDR im Schwange war und bei einigen DDR-Philosophen und -Ökonomen mit reduktionistischen Übertragungen von Formeln der Kybernetik und der Systemtheorie auf die Gesellschaft verbunden waren. Ulbricht selbst hatte – die »formierte Gesellschaft« Erhards war gerade mit seiner Kanzlerschaft dahingegangen – die übel an die »Volksgemeinschaft« vergangener Jahrzehnte erinnernde »sozialistische Menschengemeinschaft« entdeckt. Das ideologisch geprägte Theorem eines selbstreferentiellen Systems, das dabei vage vorschwebte, verschwand 1971 mit der Ablösung Ulbrichts durch Honecker praktisch über Nacht. An die Stelle der »relativ selbständigen Gesellschaftsformation« trat die Ankündigung, verstärkt über den Übergang zum Kommunismus nachzudenken, keine »künstliche Mauer« zwischen beiden errichten zu wollen und die Betonung dessen, daß es im Sozialismus widersprüchlich zugehe. Bahro war nicht der einzige, den die geräuschlose Beseitigung eines in dickleibigen Büchern – darunter das »Kapital des 20. Jahrhunderts«, ein Lehrbuch für alle Hochschulen der DDR über die

«Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR mit einem Vorwort von Walter Ulbricht« –, ungezählten Broschüren und Traktaten verbreiteten, angeblich wissenschaftlichen Paradigmas zum Verfassen ideologischer Konterbande veranlaßte. Kein anderer brachte es allerdings vor 1989 zur westlichen Publikationsreife und Medienkampagne großen Stils. Dem Inhalt nach ähneln sich die zahlreichen, in den siebziger Jahren von oppositionellen Gruppen verfaßten Manuskripte in bestimmten grundlegenden Zügen.

Dazu zählt die aus der trotzkistischen Tradition und aus dem von Wittfogel tradierten Theorem der »asiatischen Produktionsweise« herkommende herrschaftssoziologische Kritik an der Bürokratie als Klasse bzw. herrschender Schicht, die die Macht im Sozialismus an sich gerissen habe, die These, daß die Eigentumsverhältnisse nicht das ausschlaggebende Moment bei der Charakteristik einer Gesellschaft seien, sondern die Arbeitsteilung schlechthin, sowie die Konzeption eines Kommunismus, der unmittelbar aus dem Satz des »Kommunistischen Manifest« abgeleitet wurde, bei ihm handele es sich um »eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.«⁴, d. h. einer humanistischen Idee, die seit Epikur Bestandteil materialistischer und liberaler Gesellschaftsauffassungen war und von Marx und Engels als allgemeines Gegenbild zur bürgerlichen Klassengesellschaft gesetzt wurde. Charakteristisch auch für Bahros Buch ist, daß eine Analyse der bürgerlichen Gesellschaft der Gegenwart, ihrer Verflechtungen und Wechselwirkungen mit der sozialistischen nicht einmal im Ansatz versucht wird. Das erklärt, warum weder die Verkaufs- und Übergabebereitschaft an den Kapitalismus insbesondere der sowjetischen Bürokratie, die 1985 ff manifest wurde, noch die fortexistierende Barbarei der bürgerlichen Gesellschaft in der »Alternative« eine Rolle spielt und das Buch selbst zur Analyse der Ereignisse seit 1990 kaum herangezogen wird.

Ein Grund dafür dürfte seine Staatsauffassung sein, die eher den Charakter einer politischen Theologie trägt als den einer politischen Theorie. Nach Bahro liegt bereits bei Marx und Lenin eine Unterschätzung der Rolle des Staates vor. Der Staat sei nicht nur Überbau-Phänomen der Eigentumsverhältnisse, sondern tiefer in der Zivilisation verankert. In der Ausbeutung und Unterdrückung der Frau, in der Herrschaft der Stadt und in der Ausbeutung und Unterdrückung der Handarbeiter seien bereits Arbeitsteilung und Staat begründet, nicht erst in der Herrschaft des Privateigentums. Ausbeutung im realen Sozialismus ist daher für Bahro »ein politisches Phänomen, ein Phänomen der politischen Machtverteilung.«⁵

Die tatsächliche Machtbasis der sozialistischen Nomenklatura wird damit aus der Sphäre präziser Bestimmung entlassen. Die Aufhebung der Arbeitsteilung ist dabei unmittelbare Bedingung von Sozialismus/Kommunismus, der Staat aber bleibt, muß nach Bahro bleiben. Das überraschende Resultat der Operation »die Eigentumsverhältnisse sind sekundär« lautet: »Obwohl der Staat noch immer auch als Instrument der Klassenunterdrückung fungiert, kann sich die Gesellschaft die Zerschlagung seines Apparats

Die Sozialdemokratie nach dem Zuschnitt Wehner-Brandt-Schmidt kann – das ist das Wesentliche – einfach deshalb nicht mehr als »bürgerliche Arbeiterpartei« qualifiziert werden, weil sie am Hebel der ökonomisch potenten staatlichen Superstruktur doch etwas mehr als bloß eine von der Bourgeoisie abhängige Größe wird, ohne sich dabei etwa »neoproletarisch« zu regenerieren... Sie ist weder bürgerlich noch Arbeiterpartei, schon gar nicht »Volkspartei«. Dem qualitativen Kern ihrer Massenbasis nach ist sie am ehesten Partei der »neuen Arbeiterklasse«, der breiten Spezialschicht, von der wir sprachen, und die natürlich auch ihr verwandte Ideologen erzeugt.

Ebenda, S. 221.

Die Arbeiter – bis auf individuelle Ausnahmen – waren nie marxistisch in einem einigermaßen strengen Sinne. Der Marxismus ist eine Theorie, die sich auf die Existenz der Arbeiterklasse gründet, aber ihre Theorie ist er nicht. Es waren stets linke Intellektuelle, die sich in die Lage versetzt fanden, den Marxismus als ganzen einsehen zu können. Ebenda, S. 232.

nicht mehr leisten, ohne ihren Reproduktionsprozeß zu desorganisieren. Denn diese Maschine agiert als Organisator der dem Kapitalismus entwachsenden Produktivkräfte. Und als Herrschaft über Menschen kann der Staat nicht fallen ohne Überwindung der alten Arbeitsteilung. Die staatliche, abstrakt zentralistische Form, in der die Verwaltung von Sachen verlarvt ist, wird nur in dem Maße positiv überflüssig, wie von unten ein System gesellschaftlicher Selbstorganisation in dieses unorganische Gerüst hineinwächst. Auch der Staat muß aufgehoben werden. Aber das setzt voraus, daß er statt unter der bürokratischen Kontrolle eines verknöcherten Parteiapparats unter der ideologischen Vormacht einer organisierten kommunistischen Bewegung arbeitet, die ihn entschieden daran hindert, den Aufbau dieser gesellschaftlichen Selbstverwaltung niederzuhalten.«⁶

Bahro kommt daher zu dem überraschenden Schluß, daß das Problem der Sowjet-Bürokratie ihre soziologische Überalterung sei, nicht ihre Existenz selbst. Während er so auf der einen Seite »Herrschaft, Ausbeutung und Entfremdung«⁷ der Tendenz nach für identisch hält, argumentiert er andererseits dafür, den Staat als Zivilisationsschöpfer aus dieser Triade auszuklammern. Die Hervorhebung der Herrschaftsfunktion des Staates durch Marx, Engels und Lenin sei europäisches Erbe, Eurozentrismus. Die zivilisatorische Funktion des Staates sieht Bahro auch für die Zukunft im nationalen Rahmen: »Und nur diejenigen Nationen, die aus ihrer Geschichte und aus der Größe der Herausforderung die Fähigkeit gewinnen, sich selbst für den Gewaltmarsch in die moderne Ära zu organisieren, haben Aussicht, ihre Identität zu behaupten und den Schatz ihrer kulturellen Tradition in die eine Menschheitskultur einzubringen, die jetzt im Entstehen begriffen ist.«⁸ In diesem Sinn sieht er in den sozialistischen Ländern gerade die »vitalsten« der Welt.

Eine merkwürdige Engführung von Ideen des historischen Materialismus geht hier mit einer Heroisierung von Staat und Nation im Geiste einer diffusen Auffassung von »Identität« und »Vitalität« einher, die aus reichlich trüben Quellen geschöpft ist und auf Zukünftiges im Werk Bahros verweist. Die schlichte, ihn in die Nähe völkisch-esoterischer Staatslehren rückende Staats-Apotheose, die Bahro bereits in der »Alternative« vornimmt, formulierte er im Nachwort zur Ausgabe von 1990 so: »Die ökologische Krise macht offenbar, er (der Mensch – A. S.) muß den Staat wiederfinden, der als Korrektiv zu seiner Natur gehört. Er muß ihn wieder aufbauen von der Sitte her, und die Sitte muß er wieder aufbauen vom ›Königlichen‹, dem ›Gottköniglichen‹ her, das in jedem Individuum an- und aufgerufen werden kann...Die Kastengesellschaft der Arya in Indien, idealtypisch genommen, baute sich um folgende Funktionen auf, die an sich zu jeder menschlichen Existenz gehören: Brahmanen (Priester): Spirituelle Vermittlung (Kirchlichkeit), Ksatryas (Krieger/Beamte): Politische Vermittlung (Staatlichkeit), Vaisyas (Kaufleute): Ökonomische Vermittlung (Konkurrenz), Sudras (Bauern/Handwerker): Produktionsarbeit (Subalternität).«⁹ »Bei den indogermanischen Stämmen« hätten die politische und die kaufmännische Kaste immer eine gewisse Autonomie

gegenüber der Königs- bzw. Kaiserebene behalten. Daher sei es in Europa möglich gewesen, daß die gesamtgesellschaftliche Macht abgesunken sei, bis das Scherbengericht über Sokrates möglich war. Ein ähnlich wirres Gemisch von Versatzstücken bekannter Staats-Irrationalismen der letzten 100 Jahre bildet auch die Grundlage eines seiner letzten Manuskripte: »Ich frage mich seit gut 30 Jahren, seit ich zu erkennen begann, daß wir in der sowjetisierten DDR auf dem Holzwege waren, nach der ›neuen Politeia‹, die der Mensch nötig hätte, um sich unter den selbstgeschaffenen Verhältnissen sozialuniverseller Abhängigkeit ein warmes Haus zu bewahren...Einsetzung eines kollektiven Fürsten gewissermaßen, wie es Gramsci einmal andeutete...Wir müssen den Staat neu denken...«¹⁰

Während Bahro in den siebziger Jahren in bezug auf konkrete politische Umstände die meisten Illusionen des Jahrzehnts teilt – etwa in bezug auf die Rolle der Sozialdemokratie als »Partei der ›neuen Arbeiterklasse‹, der breiten Spezialistenschicht«, mit der These, die protestierenden Studenten im Westen brächten »herrschaftsfreie Kommunikation«¹¹ in die Betriebe –, bringt er in die gesellschaftstheoretische Debatte einen grundsätzlichen, philosophischen Zug, den vor und nach 1977 kaum ein anderer Theoretiker aufweist. Es ist das Jahrzehnt, in dem noch einmal die klassischen Debatten der fordistischen Ära ausgefochten werden: Der Neokeynesianismus feiert Triumphe, eine sozialdemokratische Ära scheint angebrochen, in der es nur noch Verteilungsfragen zu regeln gilt. Bahros konkrete Vorschläge für Sofortmaßnahmen entsprechen dem: Umverteilung der Arbeit, einheitlicher Bildungsweg für voll sozialisierte Menschen, Sicherung von Bildungsfähigkeit und Lernmotivation, persönliche Kommunikation im Rahmen autonomer Gruppen. Neben diesen reformatorischen Ansatz stellt Bahro zugleich einen kulturevolutionären: »In dieser zweiten Kulturrevolution wird der Mensch seine Existenz auf sein Bewußtsein gründen, auf die höchste ›Daseinsweise der Materie‹, und sich auf die soziale Organisation dieser Noosphäre konzentrieren, um von hier aus sein Naturverhältnis neu zu regeln.«¹² Die Idee einer Supra-Revolution über und unabhängig von Ökonomie und Naturaneignung wird zur Basis seiner weiteren Arbeit, bestimmt ebenso sein politisches Verhalten wie die späteren Bücher und Vorlesungen.

Er sympathisiert mit den Grünen, gehört 1982 bis 1984 dem Bundesvorstand der Partei an und verläßt sie auf dem Hagener Parteitag 1985, weil ihm ihr politischer Kurs zuwider ist: »Die Grünen sind fast noch schlimmer als nutzlos. Sie sind so durch und durch Teil des Systems geworden, daß der Kapitalismus sie erfinden müßte, wenn es sie nicht schon gäbe«,¹³ sagt er später. Er wird Gastdozent an der Freien Universität in Westberlin, kämpft für Tierschutz und besucht Bhagwan in Oregon, fördert Landkommunen und gründet 1990 an der Humboldt-Universität das Institut für Sozialökologie. Seine Vorlesungen erfreuen sich zunächst großen Zuspruchs, bis zum Schluß besuchen an die 200 Hörer regelmäßig die Veranstaltungen im Auditorium Maximum der Universität Unter den Linden. Was sie zu hören bekommen, ist ein Konzept von Buddhismus, Pazifismus und Esoterik, das in einem »spirituellen

Die ganze Konfusion zeigt nur ein übriges Mal, daß die traditionellen Klassenbegriffe durch die strukturelle Entwicklung der Produktivkräfte überholt worden sind, und ganz besonders eben in einer Gesellschaft, in der die intellektuellen Leitungs- und Vermittlungsfunktionen im Reproduktionsprozeß nicht mehr im Dienst der privaten Kapitalverwertung stehen, in der also ihre besondere Stellung nicht mehr unter traditionelle Klassengegensätze subsumiert ist. Die intellektuelle Arbeit marschiert heute an der Spitze der subjektiven Produktivkräfte.

Ebenda, S. 236.

Die allgemeine Emanzipation ist heute die absolute Notwendigkeit, weil wir in dem blinden Spiel der subalternen Egoismen, in der Unsolidarität, dem Antagonismus der atomisierten, entfremdeten Individuen, Gruppen, Völker, Konglomerate aller Art immer schneller dem Punkt zueilen, von dem es keine Wiederkehr im Guten mehr gibt. Das muß man wissen, ehe man fragt, wie sie möglich ist. Die allgemeine Emanzipation des Menschen, oder auch einfach: die menschliche Emanzipation (im Unterschied z. B. zur bloß politischen) ist nichts anderes als die subjektive Seite der kommunistischen Bewegung.

Ebenda, S. 300

Die Dinge steuern auf einen Umbruch hin, der noch tiefer geht als der gewöhnliche Übergang von einer Formation zur andern innerhalb ein und derselben Zivilisation. Was jetzt bevorsteht und eigentlich bereits begonnen hat, ist eine Kulturrevolution im wahrsten Sinne: eine Umwälzung der ganzen subjektiven Lebensform der Massen, einzig beziehbar auf jenen anderen Übergang, der auf dem Wege von Patriarchat, vertikaler Arbeitsteilung und Staat in die Klassengesellschaft hineinführte. In dieser zweiten Kulturrevolution wird der Mensch seine Existenz auf sein Bewußtsein gründen, auf die ›höchste Daseinsweise der Materie‹, und sich auf die soziale Organisation dieser Noosphäre konzentrieren, um von hier aus sein Naturverhältnis neu zu regeln.
Ebenda, S. 304.

Kommunismus« gipfelt. Hinter dem Begriff »Sozialökologie« verbirgt sich für Bahro die Frage: »Warum, aus welchen tieferen Ursachen zerstört der Mensch Leben und Erde, damit innerlich und äußerlich auch sich selbst?« Den Schlüssel für eine Rettung sieht er in einer Umkehr in den Tiefenstrukturen des menschlichen Bewußtseins. Der innerste Antrieb des expansionistischen Exzesses von Wissenschaft, Technik, Kapital und Staat ist nach ihm die »technizistische und praktizistische Rationalität«.14 Die Hypertrophierung des Verstandes, des Neocortex, ist danach Grund der zunehmenden Abkopplung des Menschen vom Naturganzen. Um hier eine Wende zu erreichen schlägt Bahro indische Meditationspraktiken vor und eben jene institutionelle Vermittlung, die Grundlage der neuen »Politeia« sein soll.

Bahro folgt so dem einmal eingeschlagenen Weg mit Konsequenz. Die Elemente allgemeiner Zivilisationskritik, die in seiner Beschreibung des realen Sozialismus enthalten waren, stellen sich als das Übergreifende seiner Auffassungen heraus. Er hat die Problematik einer befreiten Gesellschaft in einen Bereich von Esoterik und Glauben verschoben, der argumentationsfrei ist und daher auch keine Alternative zur irgendeiner Realität.

Rudolf Bahro verstarb am 5. Dezember 1997 in Berlin.

- 1 Guntolf Herzberg: Ein Buch, gegen das die politische Polizei (nicht ganz) machtlos war, in: Frankfurter Rundschau 22. 8. 1997, S. 10
- 2 »Spiegel«-Gespräch: »Die wollten nur Macht«, in: Der Spiegel 26/1995, S. 47.
- 3 Ebenda.
- 4 MEW Bd. 4, S. 482.
- 5 Bahro, Rudolf: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Berlin 1990., S. 114.
- 6 Ebenda, S. 161.
- 7 Ebenda, S. 177.
- 8 Ebenda, S. 149.
- 9 Ebenda, S. 551f.
- 10 Bahro, Rudolf: Die Idee des Homo integralis, in: Neues Deutschland, 13./14. Dezember 1997, S. 14.
- 11 Ebenda, S. 221.
- 12 Ebenda, S. 304.
- 13 Manfred Kriener: Immer gut für eine Alternative, in: taz, 10. 12.1997, S. 10.
- 14 Bahro, Rudolf: Die Idee des Homo integralis, a. a. O.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

In diesem Jahr erfuhr die Berliner Liebknecht-Luxemburg-Demonstration zum Friedhof der Sozialisten nach Friedrichsfelde eine bemerkenswerte publizistische Nachbereitung. Nachdem es die – darf man das denn heute noch sagen? – bürgerlichen Medien erwartungsgemäß bei kurzen Vorankündigungen belassen und der »jungen Welt« und dem »Neuen Deutschland« die Vorschau auf das Ereignis überlassen hatten, passierten am Montag und Dienstag darauf erstaunliche Dinge. Obwohl sich dpa nicht entblödet haben soll, 15.000 Teilnehmer vorherzusagen und sich die alljährlich mitzählende und sich auch immer prompt verzählende Polizei dann auf eine Zahl um die 60.000 festlegte, schwang sich die ARD-Tageschau Sonntagabend zum Meinungsführer auf: Sie sprach von hunderttausend Teilnehmern – und etliche Tageszeitungen vom Montag folgten ihr darin. Ob auch der einstige SED-Agitationsbeauftragte und Presseverhinderer Geggel, der schon sehr zeitig inmitten etlicher anderer Polit-Dinos vor dem Friedhof gesichtet wurde, nach alter Gewohnheit ebenfalls eine Zahl festgelegt hat, ist nicht verbürgt. So weit, so gut (Pluralismus hat eben seinen Preis...). Doch die Zahl 100.000 nun muß etlichen Herausgebern bzw. ihren zugezogenen Chefredakteuren, denen Berliner Bräuche noch so fremd, wie ihnen die beispielsweise Wiener geläufig sind, so erstaunlich vorgekommen sein, daß sie dringend eine Nachwäsche anregten. Obwohl sich ihre nach Friedrichsfelde beorderten Redakteure hüteten, auch nur ansatzweise Sympathien für das dortige Geschehen erkennen zu lassen (so sie denn welche hatten) – das entstandene Bild bedurfte unbedingt der Erläuterung und der Erklärung. Was soll denn die Welt von Berlin denken! So schob

denn die »Berliner Zeitung« einen entsprechenden Beitrag zu dem Thema nach. Der war ihr offenbar so wichtig, daß sie ihn auf der Berlin-Seite zentral wie einen Aufmacher plazierte. Doch ob er wirklich zur Aufklärung des geheimnisvollen Vorgangs beigetragen hat, wage ich zu bezweifeln. Wer sich Angelika Barbe, einst SDP und SPD, derzeit noch CDU, zur Kronzeugin wählt, muß sich nicht wundern, daß nicht nur über die nachsichtig gelächelt wird. Angelika Barbe nämlich befand, die hohe Teilnehmerzahl sei der immer noch wirkenden »SED-Disziplin« geschuldet. Sie weiß es nicht besser (s. dazu auch die »Festplatte« in »UTOPIE kreativ« 85/86). Aber daß die »Berliner Zeitung« der Inkompetenz von Angelika Barbe bedarf, ist denn doch erstaunlich.

Doch nicht allein die »Berliner Zeitung« war in Erklärungsnöten. Eine Woche später äußern sich auf der Briefseite des »Tagesspiegel« drei Leser zu dessen Demo-Berichterstattung vom 12. Januar. Ein Neuköllner schreibt, die Sache nicht zu verstehen: »Schweigen in der Diktatur zu DDR-Zeiten und Schimpfen in der Demokratie und im Jahre 1998 sich zur (...) PDS bekennen, ich verstehe es nicht mehr.« Ein Schöneberger gibt zu bedenken, daß man kein Sozialist sein müsse, »um nüchtern feststellen zu können, daß Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht (...) von Soldaten und Offizieren ermordet worden sind« und vermißt darum in dem Artikel einen Gedanken zu »Wehrmachtsausstellung – Bundeswehr – Rechtsradikalismus«; »stattdessen fährt Ihr Autor die billige wie dünne Tour und arbeitet sich nur gebetsmühlenartig an der PDS ab.« Über ein gerüttelt Maß Humor verfügt der dritte, »Tagesspiegel«-Leser aus Dahlem: »(...) Ich vermute, daß Sie die Befindlichkeiten von Zehntausenden von Menschen ernster genommen hätten, wenn Sie es für möglich hielten, daß es sich da um eine Versammlung von Tagesspiegel-Lesern handelt. (...)«

Der Mann mag das richtig sehen. Doch es fehlten in Friedrichsfelde ja nicht nur die Tagesspiegel-Leser. Auch jene, die am 17. Januar vor zehn Jahren das Widersprechen versucht hatten, wurden danach nie mehr dort gesichtet.

Franz-Ulrich Willeke (Hg.):
Die Zukunft der D-Mark.
Eine Streitschrift zur
Europäischen Währungsunion,
Olzog Verlag München und
Landsberg am Lech 1997,
248 S. (19,80 DM)

Egal, welche Zeitung man aufschlägt oder welchen Sender man einschaltet, daß in der Europäischen Union 1999 eine gemeinsame Währung eingeführt wird, wird nirgends mehr ernsthaft in Frage gestellt. Obwohl die Entscheidung darüber noch aussteht und die Erfüllung einiger Konvergenzkriterien eher zweifelhaft ist, gilt es als ausgemacht, daß der Euro kommt und die D-Mark, der Franc, die Peseta usw. von der Bühne abtreten werden. Bis vor kurzem dominierten noch Euro-Skeptiker und Euro-Gegner die Diskussion in Deutschland. Inzwischen aber hat sich das Blatt gewendet. Den Ton geben jetzt ganz klar, angeführt von der Bundesregierung, die Euro-Befürworter an, während die Kritiker in die Defensive geraten sind. Und auch die öffentliche Meinung scheint, unterstützt von den Medien, langsam aber sicher in die politisch gewollte Richtung umzuschlagen. Um so mehr ist es zu loben, daß sich immer noch Autoren zu Wort melden, die gegen die Abschaffung der D-Mark und die Einführung des Euro als europäische Gemeinschaftswährung Front machen und dies auch zu begründen verstehen.

Nach dem mutigen Vorstoß der Wirtschaftswissenschaftlerin Renate Ohr im Jahre 1993 reißt die Kette kritischer Beiträge zum Vorhaben der Währungsunion nicht ab, auch wenn die Popularität dieser Meinungsäußerungen immer geringer wird. Besonders auffällig und, so meine ich, auch bedenkenswert ist, daß es vor allem kompetente und fachlich ausgewiesene Wirtschaftswissenschaftler sind, die sich gegen die geplante Währungsunion aussprechen, während Politiker, Unternehmervertreter, Banker u.a. immer weniger Zweifel am Erfolg derselben hegen. Der vorliegende Sammelband, verfaßt von den Professoren Franz-Ulrich Willeke, Stefan Homburg, Bernd-Thomas Ramb, Norbert Berthold und

Christian Watrin, ist allerdings geeignet, Zweifel zu nähren bzw., wo diese ohne genügende argumentative Basis bereits existieren, eine solche zu liefern.

Die Grundposition der Autoren besteht in der Ansicht, daß »die Nachteile der Währungsunion größer sind als die Vorteile« und das Ganze daher nicht zu befürworten, sondern »abzulehnen« (S. 9) sei.

Statt dessen empfehlen sie als »ausbaufähige Alternative« ein an die vorhandenen Strukturen europäischer Zentralbanken anknüpfendes »Wettbewerbsmodell« (S. 39). Schon hieran wird deutlich, daß die Autoren sehr marktbezogen an das Problem herangehen und an der geplanten Währungsunion vor allem die ihr zugrunde liegende »monopolistische Geldverfassung« kritisieren: Die im Maastrichter Vertrag vorgesehene geld- und finanzpolitische Ordnung garantiere keine Geldwertstabilität. Alle Beteuerungen deutscher Politiker, wonach der Euro so stabil sein wird wie die D-Mark, sind »nicht haltbar« (S. 63). Eine Analyse des bisherigen Erfüllungsstandes der Konvergenzkriterien zeigt, daß es bereits jetzt »fest steht, daß die Währungsunion 1999 nicht als Stabilitätsgemeinschaft beginnen kann« (S. 79). Die von der Bundesregierung propagierte These vom Hineinwachsen in eine »Stabilitätsgemeinschaft« werde sich als ein »fundamentaler Irrtum« (S. 80) erweisen. Die monopolistische Konstruktion der Europäischen Zentralbank und der Währungsunion können die Stabilität der Währung nicht sichern. Eher weisen sie in Richtung einer unvermeidlichen »Inflations- und Verschuldungsgemeinschaft« (S. 107). Die Verfasser der Streitschrift fürchten einen »inflationistischen Schub« (S. 84) nach 1999. Ihre Argumentation dazu folgt, wie nicht anders zu erwarten, ausschließlich der neomonetaristischen Wirtschaftstheorie. Dies hat zur Konsequenz, daß sich das Problem letztlich auf eine rein quantitative Fragestellung, auf die Bestimmung der »richtigen« Geldmenge, reduziert. Wie die Ausführungen weiter unten zeigen – wo festgestellt wird, daß in Europa seit dem Ersten Weltkrieg »kein Beispiel mit langfristig stabilem Geldwert zu verzeichnen ist« (S. 174) –, greift diese Argumentation aber zu kurz. Offensichtlich gibt es tiefer liegende Inflationsursachen und nachhaltige Interessen

an einer permanenten Geldentwertung, die hier aber nicht thematisiert werden.

Ein gewichtiger Diskussionspunkt der geplanten Währungsunion stellt ihre Auswirkung auf die Finanzpolitik dar: Auf dem Gebiet der Geldpolitik verlieren die Teilnehmerländer an der Währungsunion ab 1999 ihre nationale Autonomie. Ihre Zentralbanken werden quasi zu Filialen der Europäischen Zentralbank und haben keinen Einfluß mehr auf Geldmenge, Zinsen und Wechselkurse. »Ganz anders verhält es sich mit der Finanzpolitik, die überwiegend in nationaler Zuständigkeit bleiben soll« (S. 93). Ausgehend von der Lehrbuch-Ökonomie und Verwaltungspraxis scheint dies kein Problem zu sein, da Geldpolitik und Finanzpolitik verschiedenen Ressorts zuzurechnen sind. In der Praxis jedoch verhält sich dies ganz anders: Die Finanzpolitik setzt für die Geldpolitik wichtige Rahmenbedingungen und die Geldpolitik beeinflusst direkt und indirekt die Finanzpolitik. Letztlich, so Stefan Homburg, sind die »finanzpolitischen Konsequenzen« der Währungsunion sogar noch viel »wichtiger als die geldpolitischen«. Daß hier etwas nicht aufgeht, wenn die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank obliegt und mithin für alle Mitgliedsländer einheitlich erfolgt, die Finanzpolitik aber entsprechend den nationalen Gegebenheiten sehr verschieden ausfällt, liegt auf der Hand! Bezieht man die Handlungsmotive der Politiker mit in die Betrachtung ein, so sind die Konsequenzen und damit die Risiken eines solchen Unterfangens geradezu »schockierend« (S. 95). Allein schon eine Zunahme der jährlichen Inflation um zwei Prozentpunkte – von diesem Wert wird im allgemeinen ausgegangen – würde eine Entwertung des Vermögens der deutschen Sparer in Höhe von 100 Mrd. DM jährlich bedeuten (vgl. S. 130).

Hinzu kämen Umverteilungseffekte in Größenordnungen, vor allem zu Lasten der kleinen Sparer, der Bezieher von Transferleistungen wie Sozialhilfe, Kindergeld, Altersrente usw., der Gehalts- und Lohnbezieher etc. (vgl. S. 193). Überzeugend werden die nachteiligen Wirkungen der Währungsunion für die kleinen und mittleren Einkommensbezieher und Vermögensbesitzer aufgezeigt. Wenig jedoch erfährt man über die Nutznießer der Euro-Umstellung, über die Gewinner die-

ses Jahrhundertprojekts, die es trotzdem aber gibt. Wenn die Masse der Bevölkerung (zumindest in Deutschland) zu den Verlierern der Währungsunion zählt, diese aber trotzdem durchgeführt wird, muß es auch Gewinner geben. Wer wird durch die Währungsunion reicher? Wo fallen die großen Gewinne an? – Offensichtlich dort, wo sich die stärksten Befürworter der Währungsunion finden, die »Einpeitscher« und positiven Visionisten, die vom Erfolg des Euro hundertprozentig überzeugt sind. Also die Regierungen, die EU-Bürokratie, die multinationalen Konzerne, die Großbanken usw. Das Buch hätte noch viel an Überzeugungskraft gewonnen, wenn es diese Seite der Währungsunion deutlicher herausgearbeitet hätte. Denn das Resümee: »Die Nachteile der Währungsunion sind größer als die Vorteile« (S. 192) gilt nicht absolut. Für die Macher der Währungsunion gilt die entgegengesetzte Aussage. Warum sollten sie sich sonst so dafür einsetzen!

Keine Zustimmung findet der Vorschlag, die europäische Währungsunion mit einer Sozialunion zu verbinden. Ein solches Anliegen erscheint den Autoren als die »Quadratur des Kreises«, als ein »Sprengsatz für die Währungsunion« (S. 171). Eine Sozialunion würde sich »wie Mehltau auf die sklerotisierten Arbeitsmärkte« (S. 171) legen, die Anpassungskapazität verringern, den Transferbedarf verstärken, die Staatsverschuldung erhöhen und letztlich die Inflation anheizen. Hierin dokumentiert sich die Grundposition der Autoren, die ganz auf marktwirtschaftliche Lösungen abstellt und jeglichen Interventionismus, auch in der Form aktiver Arbeitsmarktpolitik, Anpassungs- und Übergangshilfen etc., strikt ablehnt.

Am Ende des Buches steht ein Kapitel mit dem Titel: »Vom Umgang einer Demokratie mit sich selbst« (S. 191). An Hand der Verfahrensweise, wie die Maastrichter Verträge zustande gekommen sind, diskutiert werden und schließlich durchgesetzt, wird hier mit der »politischen Klasse« der Bundesrepublik und der in diesem Lande praktizierten »Demokratie« abgerechnet. Am schwersten wiegt dabei die Entscheidung, »den Maastrichter Vertrag in Deutschland keiner Volksabstimmung zu unterwerfen«. Was nützt das beste Grundgesetz, wenn, wie im Falle von Maa-

stricht, bei der Entscheidung grundlegender Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung eine »den Bundesbürger ausgrenzende Strategie« (S. 198) zur Anwendung gelangt?

Das Buch stellt insgesamt gesehen eine herbe Kritik an der bundesdeutschen und europäischen Politik der Gegenwart dar, allerdings eine Kritik vom neoliberalen Standpunkt aus mit betont konservativem Grundton.

ULRICH BUSCH

Ehrhart Neubert:
Geschichte der Opposition in der
DDR 1949-1989,
Ch. Links Verlag Berlin 1997,
960 S. (48,00 DM)

Der Religionssoziologe, Mitarbeiter der Gauck-Behörde und ehemalige Vizevorsitzende des »Demokratischen Aufbruch« Ehrhart Neubert ist der Öffentlichkeit vor allem durch seinen Übertritt gemeinsam mit Vera Lengsfeld, Angelika Barbe und anderen zur Kohl-CDU im Dezember 1996 bekannt. Bei verschiedenen Gelegenheiten, so am 17. 6. 1997 während einer Veranstaltung im Willy-Brandt-Haus über das politische Vermächtnis der DDR-Bürgerbewegung, rechtfertigte er den antisozialen Kurs der heute wieder ganz Deutschland beherrschenden Kreise, wofür ihm erfreulich viel Widerspruch zuteil wurde. Seinen Auftritten als strammer Parteigänger der BRD-CDU entgegen weist Neuberts hier abgedruckte, im Wintersemester 1997 angenommene Dissertation die Fähigkeit zu sachlich-wissenschaftlichem Herangehen aus.

Der Verlag bezeichnet die Arbeit als erste Gesamtdarstellung der DDR-Opposition. Dies abschwächend merkt der Verfasser an, er habe von der Fülle des angefallenen Materials nicht alles erfassen können und auch manchen Vorgang weggelassen. (S. 12 und 14) Tatsächlich gelang ihm eine – wie Reinhard Schult es nannte – »immense Fleißarbeit«, die bisher umfassendste Schau auf kritische und oppositionelle Kräfte in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR. Er erfaßte sowohl Aktionen und Vorstellungen von Arbeitern, Bauern und Intellektuellen als auch von Stu-

denten und Schülern, ebenso die wichtigsten Reaktionen und Vorstöße des Regimes, und gibt auch Fälle von Verfolgung prominenter CDU-, LDPD- und SED-Mitglieder wieder. Mit Erfolg ist Neubert gleichzeitig bemüht, die Bezüge zur jeweils aktuell gewesenen Innen- und Außenpolitik herzustellen.

An Kommunisten oder frühere Kommunisten tritt der Autor – Havemann, Biermann und Bahro großenteils ausgenommen – mit Reserve heran. Einstigen Parteiführern wie Herrstadt/Zaisser wirft er vor, um »Macht und Privilegien« bemüht gewesen zu sein; auch Harichs Plattform gegen die Ulbricht-Diktatur habe mit persönlichem Ehrgeiz zu tun gehabt. (S. 33 bzw. 108) In Wahrheit war z. B. das Streben Herrstadts nach Verbundenheit mit der Arbeiterklasse und Wahrnehmung ihrer Interessen keineswegs Privilegienkampf. Zugleich wollen auch diverse ehemalige Bürgerrechtler Karrieren und Machtanteile, wobei sie freilich keine sozialistischen Ziele ansteuern. Kampf für das »Wohl des Volkes« hat stets auch persönliche Motive. Sie sollten berücksichtigt und exakt gewogen, nicht aber gegen die gesellschaftlichen Motive ausgespielt werden

Mit nachfolgender Einschätzung des Verhaltens kommunistischer Prominenter hat Neubert zweifellos Recht: »Gerade indem Herrstadt, und noch mehr Zaisser oder Ackermann, die Einheit der Partei und die Einheit von Volk und Partei beschworen, waren sie zu einem wirklichen politischen Konflikt gar nicht fähig. Während der Auseinandersetzungen im Politbüro und im ZK übten sie immer wieder Selbstkritik, unterzogen sich ernstlichen Prüfungen, widersprachen den absurdesten Vorwürfen nicht oder nur halbherzig, sahen ein, dem Sozialdemokratismus oder anderen Feinden ungewollt nützlich gewesen zu sein und versicherten schließlich Ulbricht immer wieder Treue.« (S. 102) Dasselbe traf auf viele andere, auch nichtprominente Parteimitglieder zu. Stalin hatte die pseudokommunistische Form des Kadavergehorsams nicht erfunden, aber zur Perfektion gebracht. Sie war ein schwerwiegendes Hindernis für Fortschritt durch Kampf der Widersprüche.

Gleichfalls zutreffend ist leider die Anmerkung des Verfassers über die Haltung der mei-

sten DDR-Arbeiter 1989 und ihre Ursache. »Die wachsende Unzufriedenheit«, schrieb er, »führte in den Belegschaften der Betriebe kaum zu einer politischen Artikulation. Dies war der große Unterschied zwischen dem Aufbruch 1989 und dem 17. Juni 1953. Der Hauptgrund war die Aufhebung einer eigenständig-sozialen und politischen Interessenvertretung der Arbeiterschaft durch die SED-abhängige Einheitsgewerkschaft FDGB, das Fehlen unabhängiger Betriebsräte und eine weitgehende Entpolitisierung der Arbeiter. Die Belegschaften konnten daher kaum zur politischen Selbstorganisation gelangen, so daß sich Unzufriedenheit allenfalls passiv durch Demotivation und Verweigerung der Leistungsanforderungen äußern konnte.« (S. 848) Fortdauernde Bevormundung der Arbeiterschaft und das Fehlen von Mitbestimmung trugen zusammen mit materieller Korruption dazu bei, daß der »führenden Klasse« das Schicksal »ihrer« Betriebe und der pseudo-sozialistischen Wirtschaft gleichgültig war und ihre Majorität 1990 Kohl wählte.

Ausführlicher, in manchem Detail für meinen Geschmack zu ausführlich befaßt sich Neubert mit der kirchlich gebundenen und der allmählich die Bindung lösenden Opposition. Was er darüber – vielfach auf Basis bisher unveröffentlichten Materials – mitteilt, kann hier nicht adäquat gewürdigt werden. Doch sei festgestellt, daß alle wesentlichen wie auch weniger wesentliche Gruppen und Vorgänge, desgleichen die von Kreisen der Evangelischen Kirche ausgehende fördernde oder bremsende Wirkung berücksichtigt sind. Nach vorn drängende Kirchenmänner, so Heino Falcke, Edelbert Richter und Gottfried Forck, kommen ebenso zu Wort wie dem Staat ergebene Loyalisten, so Hanfried Müller und Bischof Gienke. Zu Letztgenannten gehört nach Neuberts Meinung auch Manfred Stolpe. Daß er diesen häufig zögernden, die Für und Wider sorgsam abwägenden Kirchen-diplomaten quasi den »Bösen« zurechnet, hat sicher auch mit Stolpes heutiger Stellung als hochgestellter SPD-Politiker zu tun. Zugleich dürfte eigene CDU-Zugehörigkeit den Autor bewogen haben, über Pfarrer Ebeling und den Kirchenjuristen Heitmann, die beide bis kurz vor Toresschluß den Bürgerrechtlern wacker widerstanden, Stillschweigen zu bewahren.

Die politischen Aktivitäten und Vorstellungen der DDR-Opposition, bis hin zu solchen der Linken und Ultralinken, werden in dem Buch hinreichend wiedergegeben. Festzuhalten ist, daß die Opponenten der Partei- und Staatsführung und auch uns gegenüber, die diese Führung unterstützten, in wichtigen Punkten Recht hatten. So darin, daß nicht nur eine Supermacht auf atomare Massenvernichtungsmittel verzichten mußte, die DDR nicht militarisiert und der Pazifismus nicht als Feind bekämpft werden durfte; daß die nach außen bezeugte Friedfertigkeit dieses Staates durch Demokratisierung im Innern ergänzt und jeder Bürger befähigt werden mußte, sich gegen bürokratische Übergriffe zu wehren; daß produktiver Streit zwischen den Parteien und Organisationen, die Zulassung neuer Organisationen und Medienfreiheit dringend vonnöten waren; daß die Wirtschaft unter Mitbestimmung der Werktätigen entbürokratisiert, die Staatsbetriebe vergesellschaftet werden mußten; daß die Staatsgrenze für den normalen Reiseverkehr wie auch für Ausreisende zu öffnen war. Pflicht der Sozialisten wäre es gewesen, ebenfalls für diese Forderungen zu streiten. Dazu hätte sie die Furcht vor Nackenschlägen »von oben« und jenen Elitedübeln überwinden müssen, der in dem Dogma kulminierte, nur die eigene Partei wisse das Richtige zu tun – auch wenn sie immer mehr falsch machte.

Am Ende des Buches tritt Neubert massiv als Parteigänger der Kohl-CDU hervor. Dabei bringt er Sätze wie diesen zustande: »Der formale Rückzug der SED aus der früheren Rolle im Staat ermöglichte es der Partei, den Wandel von der SED zur SED-PDS zu inszenieren.« (S. 881) Jeder aufmerksame Zeitgenosse weiß indes, daß der Rückzug alles andere als »formal« war; der Wandel innerhalb der Partei wurde nicht »inszeniert«, sondern unter harten Konflikten mit stalinistischen Praktiken und Strukturen und bei Verlust der weitaus meisten Mitglieder durchgesetzt. Von gleicher Güte wie Neuberts eben zitierte These ist jene, wonach im Aufruf »Für unser Land« vom November 1989 »die Gründungslegende der DDR« erneuert und »das Trauma der unaufgearbeiteten deutschen Schuld« berührt worden sei. (S. 889) Ein Blick in den Aufruf erweist, daß das nicht geschah. Wie-

derholt behauptet der Verfasser, Hinweise auf den damals bevorstehenden »Ausverkauf der DDR« und das Anwachsen des Neonazismus gehörten ins Reich der Legende. (S. 881 und 884) Zum Stichwort »Ausverkauf« zitiert er zustimmend Theologieprofessor Krötke, welcher frohgemut und angriffslustig verkündete, das wären »die alten stalinistischen Propagandatöne«. (S. 890) Acht Jahre nach der »Wende«, nach einer gefährlichen Eskalation der Ausländerverfolgung, Mordanschlägen auf Linke und Polizisten, der brutalen Enteignung von DDR-Bürgern durch die Treuhand dürfte kaum ein Ostdeutscher dem folgen. Allerdings sollte der Begriff »Ausverkauf« durch »Ausverschenken« ersetzt werden, denn was anderes waren die berüchtigten 1-DM-»Verkäufe« bei großzügigen Subventionen für Großunternehmer kaum, wobei sie gleichzeitig zur Explosion der bundesdeutschen Staatsschuld beitrugen.

Neuberts umfangreiche, in acht Abteilungen und 106 Kapitel gegliederte Schrift ist ungeachtet notwendiger Kritik empfehlenswert. Sie stellt eine Fundgrube an Details über bekannte und weithin unbekanntere Vorgänge dar. Wer weiter über die Geschichte der Opposition in der DDR arbeiten will, wird an der vorliegenden Arbeit nicht vorbei können.

MANFRED BEHREND

Widerspruch 32:

Streit um Geschichte, Antisemitismus, Rassismus, Zürich Dezember 1996, 196 S. (20,00 DM)

Die halbjährlich erscheinende Züricher Zeitschrift besticht durch gut recherchierte Beiträge zu jeweils einem Thema aus Wissenschaft und Kultur, Politik, Ökologie oder Frauenbewegung. Die Zeitschrift mit dem Untertitel »Beiträge zur sozialistischen Politik« paßt so recht in kein Schema, sie läßt linke Intellektuelle aller Schattierungen zu Worte kommen. Im Inhaltsverzeichnis tauchen auch aus anderen Zeitungen und Zeitschriften bekannte Namen auf, so Lothar Baier, Hannes Hofbauer, Moshe Zimmermann...

»Die seit dem Historikerstreit 1986 von

neokonservativen Geschichtswissenschaftlern eingeleitete Historisierung des Nationalsozialismus hat der international vernetzten rechtsextremen und neofaschistischen Publizistik und dem Geschichts-«Revisionismus» zugearbeitet« meinen die Herausgeber. Grund genug, ein Heft diesem Thema zu widmen.

Am Anfang steht eine Zusammenfassung der Themen und Argumentationsmuster, derer sich die Auschwitz-Leugner bedienen von Brigitte Bailer-Galanda; Hans Stutz beschäftigen diese noch mal speziell in der Schweiz. Wolfgang Proissl beschreibt, wie der Front National in Frankreich auf dem Vormarsch ist und mittlerweile sogar mit eigenen Gewerkschaften die Arbeiter gewinnt. Lothar Baier fragt, ob Le Pen zum Testfall für die liberale Demokratie wird. Detlev Claussen meint, daß nun, nach dem Ende der Goldhagen-Debatte mit ihren großen Diskussionen und Live-Shows eigentlich das große Lesen beginnen könnte. Er betrachtet Goldhagen vor allem als ein Medienphänomen, was heißen soll, daß nicht die eigentlich banalen Erkenntnisse, sondern der »Medienzirkus«, den dieses Buch ausgelöst hat, das eigentliche Problem ist. Dieses Medienphänomen »könnte es nicht geben, wenn der ›Holocaust‹ nicht nach den Gesetzen der Unterhaltungsindustrie kommuniziert würde«(S.57). Reinhard Kühnl liefert einen kurze und exzellente Zusammenfassung der Positionen von Historikern vor, während des sogenannten Historikerstreites, dem 1986, und während der Goldhagen-Debatte. Kurz und präzise werden die drei »Lager« und die zugehörigen Interessengruppen analysiert. Goldhagen kritisiert auch er, so frage Goldhagen nicht nach den anderen Massenmordprojekten der Nazis, beispielsweise nach dem an den Sinti und Roma. Vor allem blieben aber diejenigen, die den Holocaust von Herrschaftspositionen aus geplant und organisiert haben, außerhalb des Blickfeldes. Die These vom »eliminatorischen Antisemitismus« als Erklärung des Holocausts ist zu monokausal und nicht ausreichend. Erwähnenswert wäre gewesen, daß nie ein ernstzunehmender Historiker die Kollektivschuldthese vertreten hat (schon gar nicht Goldhagen), die Deutschen sich aber umso intensiver gegen diese gewehrt haben

Christian P. Scherrers »Krieg der Zivilisa-

tionen?« zur Huntington-Debatte faßt die Positionen von Galtung und Huntington zusammen. Kurz lassen sich diese so umreißen: Nach Ende des Kalten Krieges bildet sich laut Galtung ein multipolares Blocksystem heraus. Er führt dazu insgesamt sieben Blöcke auf, die wahrscheinlich entstehen werden. Als besorgniserregend betrachtet er die Abkopplung von Afrika und Lateinamerika, die blockweise von Europa bzw. den USA peripherisiert werden. Huntington dagegen sieht künftige Konflikte vom »Zusammenprall verfeindeter Kulturen« bestimmt. Eine besondere Bedrohung für den Westen stellt dabei die »konfuzianisch-islamische Achse« dar. Seine Zivilisationen werden vor allem durch die Religion definiert, während bei Galtung wirtschaftliche Beziehungen eine stärkere Rolle spielen. Außerdem geht Galtung von einem marxistischen Standpunkt aus, benutzt dabei Amins Terminologie. Bei Huntington dagegen sind rassistische Töne kaum überhörbar. Die Thesen beider unterscheiden sich möglicherweise nicht so stark. Könnte man bei Galtung nicht noch so etwas wie den Wunsch nach globaler Solidarität ablesen? Bei Huntington auf jeden Fall nur den nach neokolonialistischer Sicherung westlicher Hegemonie. Was Huntington brisanter und vor allem gefährlicher macht, sind seine Mitgliedschaft im »Council on Foreign Relations«, welches der SPIEGEL 1975 mit »Ein Politbüro für den Kapitalismus?« betitelte, und seine Beratertätigkeit für US-AID. Während die Wissenschaft seine Thesen diskutiert, bestimmen sie ohnehin längst die Standort- und Globalisierungsdebatte. Ein Beispiel ist die Rede von Bundespräsident Herzog am 8. Mai, in der er unbekümmert zum Besten gibt, daß es in der zukünftigen Welt geistige und ökonomische Machtblöcke geben werde, die zu Europa in Konkurrenz stehen werden, also anderthalb Milliarden Chinesen, eine Milliarde Moslems..., Schwarzafrikaner, die den Platz einnehmen wollen, der ihnen zusteht, und Europa seinen nur behalten wird, wenn es einig ist (Berliner Zeitung vom 9.5.). Die Suche nach »Feindbildern für den hochgerüsteten Westen« ist also nicht nur »im vollen Gange« wie Scherrer schreibt (S.105), man ist auch schon fündig geworden.

Arnold Künzli schreibt über »Nationalismus und Krieg im Namen Gottes. Religion,

Mythen und Heilsgeschichte im Namen Gottes« und spannt seine Ausführungen von Abraham (Der Exodus des Volkes Israel als Urbild des Nationalismus) über Platon, Hegels »Vergöttlichung des Staates«, Hitlers Auftrag des Herrn bei der Judenverfolgung bis hin zum Streit um die Kruzifixe in bayerischen Klassenzimmern. Und resümiert: »Gott« bleibt auch nach Auschwitz eine jederzeit gebrauchsfertige Legitimationsinstanz.«

Abgerundet wird das Ganze durch verschiedene Artikel zur aktuellen Debatte um die Rolle der Schweiz, insbesondere ihrer Banken, während der Nazizeit, wobei erwartungsgemäß keiner der Autoren in den Chor der ansonsten wohl eher selbstgefälligen, nationalistischen Schweizer Öffentlichkeit einstimmt.

Das Heft, welches eigentlich schon ein Sammelband ist, liefert einen umfassenden Überblick zum Umgang mit Geschichte und deren Instrumentalisierung für politische oder religiöse Zwecke. Die Auswahl ist keineswegs auf rechte Revisionisten beschränkt, wengleich diese wohl am meisten Stoff bieten. Dabei werden durchaus viele Richtungen und Versionen abgehandelt. Auch unkonventionelle und wenig diskutierte und bekannte Bereiche werden behandelt, beispielsweise von Moshe Zimmermann, der einen Einblick in die Geschichtspolitik in Israel gibt, wo linke »Postzisten« ein Geschichtsbild revidieren, mit dem israelische Regierungspolitik gerechtfertigt wurde. Einige Artikel, beispielsweise Scherrers und der Goldhagen-Teil haben durchaus belehrende, rechthaberische Züge, (»... wurde zurecht kritisiert«) doch das ist durch die sehr hohe Qualität der Beiträge leicht zu verschmerzen. Das nächste Heft erscheint voraussichtlich im Juli dieses Jahres.

MARKO HOFFMANN

Ronnie Kasrils: Steckbrieflich
 gesucht. Undercover gegen Apartheid.
 Mit einem Vorwort von
 Denis Goldberg, Übersetzung Edel-
 gard und Tina Nkobi, Neue Impulse
 Verlag Essen 1997, 359 S. (39,80 DM)

Ronnie Kasrils, Mitglied des Exekutivkomitees des ANC und des ZK der SACP, zugleich Stellvertretender Verteidigungsminister, legt seinen Lebensbericht vor. Ein Thriller, wie manche Rezensenten schreiben, vor allem aber ein zeitgeschichtliches Dokument. K. beschreibt den Weg eines kritischen jüdischen Jungen, der unter dem Eindruck des Massakers von Sharpeville 1960 den Weg in die Reihen des noch legalen ANC fand, mit dem er dann in den Untergrund gehen mußte. Im Willen, die unmenschlichen Zustände zu ändern, wurde er Kämpfer. Er fand seinen Platz im bewaffneten Arm des ANC, im Umkhonto we Sizwe, wurde schließlich Politikommissar und stand an der Spitze des militärischen Geheimdienstes dieser Guerillatruppe. Er gehörte zu den Siegern über das Apartheid-Regime. Schließlich deutet er die Schwierigkeiten des Neuanfangs in Südafrika an, wenn er von den Problemen im »Kampfstern Galaktika«, dem RSA-Verteidigungsministerium (benannt nach der futuristischen Architektur) beim Zusammenfinden der Feinde von einst berichtet.

Es liest sich spannend, wenn K. recht offen und für einen Geheimdienstler auch sehr emotional über den Untergrundkampf, die Jahre im Exil, die Infiltration nach Südafrika berichtet. Das erinnert an die besten Memoiren über den antifaschistischen Kampf. Er folgte seinem Gewissen und trotzdem stieg er, wie Denis Goldberg im Vorwort schreibt, »lustvoll in das Leben eines politischen und militärischen Untergrundkämpfers« ein (S. 8). Das betrifft sein eigenes Schicksal gemeinsam mit seiner Frau Eleanor und den Kindern, vor allem aber das Schicksal hunderter und tausender Kämpfer an einer Front, an der der Apartheid-Staat mit Armee und Sicherheitskräften gnadenlos gegen die Befreiungskämpfer voring. Es ist auch die Geschichte eines Kampfes, in dem der tagtägliche Widerstand sehr praktisch die Apartheid-Ideologie ad absurdum

führte. Schwarze aller Stämme, Weiße, Inder kämpften und fielen Seite an Seite. Der Atheist K. hatte keine Probleme mit den gläubigen Christen und dem oft noch wirksamen Glauben an die Zauber magie der Naturreligionen, der gemeinsame Feind einte sie alle. Es ist zu hoffen, daß diese historische Erfahrung dauerhafte Folgen für einen toleranten Umgang in der neuen südafrikanischen Gesellschaft besitzt.

Vor allem ist es kein Bericht, der nur die Sonnenseite des Kampfes, die Siege feiert und vielleicht noch an die Märtyrer gescheiterter Operationen erinnert. Kritisch und selbstkritisch nimmt K. zu den Problemen des Untergrundkampfes Stellung: zu Meutereien in den Camps fern der Heimat, zu erfolgreichen Unterwanderungsversuchen durch die südafrikanischen Geheimdienste und zu falsche Verdächtigungen, zu Übergriffen bei der Behandlung von Gefangenen und voreiligen Hinrichtungen, generell zu fehlerhaften Entscheidungen.

Zugleich ist es ein Buch über die internationale und internationalistische Solidarität, die der ANC durch jene Verbündeten erfahren hat, die sich ihrem Kampf zur Seite gestellt haben. Da ist von Ausbildungen in der Sowjetunion und in der DDR zu lesen. Dabei urteilt K. bei aller Problematik dieser Beziehungen selbstbewußt, daß den ANC »die Sowjetunion weder kontrolliert noch gelenkt« hat (S. 251). Natürlich gab es auch hier diese besondere Mischung von Gläubigkeit an das »neue Jerusalem« (so ein ANC-Führer 1927) (S. 89), realer Abhängigkeit, aber ebenso der großen geografischen und politischen Entfernung. Aber K. zeigt gleichzeitig die freimütigen Diskussionen und die eigenständigen Ideen der südafrikanischen Kommunisten. Er erinnert sich, daß er einst seine Sympathien für Dubcek bekannte, aber gleichzeitig sich die letzte Unterordnung unter das sowjetische Ideenmonopol selbst eingestehen muß.

K. berichtet teilweise sehr detailreich über die Hilfe Kubas, ebenso über die mehr oder minder geduldete oder geförderte Untergrundtätigkeit in den Frontstaaten (Angola, Mocambique, Simbabwe, Sambia, Tansania, Botswana, Swasiland). Das zog für diese Länder verlustreiche Vergeltungsschläge Südafrikas nach sich. Die Probleme der versuchten

Normalisierung der Beziehungen etwa Mocimboes zur RSA in den 80er Jahren werden dargestellt. Der ANC verlor wichtige Stützpunkte und Infiltrationswege. Und K. läßt auch nicht die Duldung der ANC-Untergrundaktivitäten seitens der britischen Behörden aus, auch wenn hiervon sicher mehr zu erfahren wäre.

Aus meiner Sicht ist K.s Buch in dreierlei Hinsicht für den Zeitgenossen, den Zeitgeschichtler und den Politikwissenschaftler bemerkenswert:

Erstens bietet K. einen tiefen Einblick in die Probleme, Chancen, aber auch Grenzen eines Guerillakrieges, zudem unter recht ungünstigen geografischen Bedingungen. Hier erinnert sein Buch schon an die Partisanenklassiker und -theoretiker von Mao Dze Dong über Ho Chi Minh, Vo Nguyen Giap, Che Guevara oder Regis Debray. Der Guerillakrieg war letztlich immer nur eine Ergänzung oder ein notgedrungenener Ersatz für den politischen Kampf. Zumal der ANC durchaus in Anlehnung an die indische Kongreßbewegung den gewaltlosen Kampf gegen die Apartheid favorisiert hatte. Erst der Terror der weißen Minderheit zwang zu einer Kursänderung. Die Aufnahme des bewaffneten Kampfes manifestierte, daß der ANC in der Lage und willens war, Widerstand zu leisten und den Terror des Apartheid-Regimes nicht hinzunehmen.

Zweitens ist es gerade deshalb ein Buch von der Vielfalt der Kampffelder und -methoden in sehr klassischem Sinne. Nicht die Verabsolutierung eines Kampfform, sondern die Bereitschaft und Fähigkeit, sich auf neue Situationen einzustellen und Strategie wie Taktik umzustellen, garantierte schließlich den Sieg. Diese Beweglichkeit ermöglicht in einer solch zugespitzten Auseinandersetzung mit einem Feind, der zur Bewahrung seiner Macht vor Mord und Folter nicht nur nicht zurückschreckt, sondern sie massiv gegen eine »kommunistisch gesteuerte« Bewegung ihm zudem »rassistisch« verhaßter Menschen einsetzte, durchzuhalten.

Besonders anschaulich wird dies in der Darstellung des Übergangs des bewaffneten Kampfes in den legalen politischen in den Jahren 1989-1991. Parallel zu den Geheimverhandlungen (des noch inhaftierten) Mandela und dann auch des ANC mit der südafri-

kanischen Regierung war die Beendigung des bewaffneten Kampfes und die Rückkehr der ANC-Kämpfer in das Land zu organisieren. Während die Verfolgung durch die weißen Sicherheitskräfte weiterging, mußten die Umkhonto we Sizwe-Kämpfer sich auf die neuen Bedingungen einstellen. Zielgerichtet wurde die Legalisierung vorbereitet und die politischen Strukturen im Lande selbst reaktiviert und ausgebaut. Gerade hier sind K.s Erinnerungen aufschlußreich, wo er mit zunächst illegalem, dann halblegalem Status zu Beginn der 90er Jahre in Südafrika selbst arbeitete, die Legalisierung der SACP vorbereitete und gleichzeitig trotz laufender Verhandlungen mit der Regierung nur mühsam der Verhaftung entging.

Drittens schließlich ist das Buch ein Lehrstück über die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Zum einen hat sich K. zu einer sehr differenzierten und kritischen Sicht der realsozialistischen Staaten durchgerungen, die den Befreiungskampf unterstützt haben. Er läßt keinen Zweifel an seinen Sympathien, gleichzeitig macht er aber auch deutlich, daß die einst ihm eigene Gläubigkeit an die kommunistische Sache den Blick auf Schwachstellen verstellt hat, die er durchaus gesehen hat. Aber: »Wir haben die Schwächen des Systems weniger wahrgenommen als sie die von vornherein feindlich eingestellte Propaganda des Kalten Krieges im Westen überaus kritisch sah. Denn während der Westen höchstens fromme Sprüche über die Übel der Apartheid abgab, leistete uns die Sowjetunion praktische Unterstützung.« (S. 89)

Andererseits ist die kritische wie selbstkritische Darstellung möglicherweise auch ein Beitrag zu einer differenzierten Darstellung des Befreiungskampfes, der die Opfer nicht leugnet, auch nicht die Fehlgriffe und Verbrechen, die seitens des ANC begangen wurden. Dabei verblaßt dahinter keineswegs die eigentliche historische Leistung. Und diejenigen, die um ihr Überleben und um die Freiheit kämpften, werden nicht zu Schurken der Geschichte, auch wenn sie gelegentlich fehlgriffen. Schließlich ist dies aber die Besonderheit der bislang erfolgten südafrikanischen Vergangenheitsbewältigung mit Hilfe der Kommission für Wahrheit und Versöhnung unter Leitung von Erzbischof Desmond Tuto. Offen-

legung der Verbrechen, Nachsuchen von Amnestie sind dafür typisch. Aber es wird auch deutlich, wie schwer Vergebung fällt, zumal viele Verbrechen im Dunkeln bleiben, wenn nicht alle Beteiligten sie offen eingestehen. Die Vorwürfe K.s an die Adresse von F.W. de Klerk, den er für die blutige Begleitung des Verhandlungsprozesses zu Beginn der neunziger Jahre in einem gefährlichen »wohlvorbereiteten Doppelspiel« (S. 312) mitverantwortlich macht – ca. 14.000 Tote und 22.000 Verwundete allein in diesen Jahren – und die letztlich nie eingestanden wurden, zeigen die ganze Problematik.

So schön das Modell der Wahrheitskommission sein mag, es hat Grenzen. Juristische Aufarbeitung der Vergangenheit scheint unter diesen Vorzeichen vielleicht doch ihre Berechtigung zu haben, sicher aber nur, wenn sie Teil einer politischen Strategie und einer politischen Entscheidung zugunsten der Normalisierung und des Ausgleichs ist. Was wäre in Deutschland geschehen, wenn sich 1991 die DDR-Bürgerrechtler mit der Idee eines Tribunals hätten durchsetzen können? Auch hier würden Fragen des fehlenden Klimas eine Rolle gespielt haben. Die Bereitschaft zum offenen Eingestehen von Versagen und Verbrechen aller Seiten, aber auch der Wille zum politischen Schlußstrich, der einen Neuanfang gemeinsam ermöglicht, hat nicht nur zu diesem Zeitpunkt gefehlt.

STEFAN BOLLINGER

Jorge Mario Japaz:

Der vierfarbige Punkt.

Von den Anden zum Brandenburger Tor, Neuer Hochschulschriftenverlag Rostock 1997, 149 S.

Ein Mann kommt 1988 aus Argentinien in die DDR. Der Soziologe Jorge M. Japaz, geboren 1950 in der Provinz Mendoza am Fuße der Anden, will an der Sektion Lateinamerikawissenschaften der Rostocker Universität promovieren und den »realen Sozialismus« kennenlernen. Mit den Ereignissen von 1989/90 verändern sich bald die Welt und sein Lebensumfeld dramatisch. Er beobachtet gut und schreibt auf.

Es ist keine wissenschaftliche Abhandlung, sondern ein Essay des Erlebten, Beobachteten und Erfahrenen im sich verändernden Nordosten Deutschlands und in Rostock, immer angereichert mit interessanten politischen Überlegungen, Vergleichen und Schlußfolgerungen.

Japaz schildert die »Insel DDR« und ihren Untergang, die Euphorie der Vereinigung und die Ernüchterung der »Nachwende«, die »Wohlstandsgesellschaft« und das sich wandelnde Deutschland.

Der Wert des Buches liegt darin, daß es eine globale Sicht der Ereignisse, das Zeugnis eines lateinamerikanischen Migranten aus dem armen Süden der Welt bietet. Es hält den Menschen in Ost- und Westdeutschland den Spiegel vor, doch einmal nachzudenken über Denk- und Verhaltensweisen.

Das gilt besonders für die brutalen Aggressionen gegen Ausländer und Asylbewerber von Rostock-Lichtenhagen im August 1992, jenes »Beispiel von Barbarei«, das er als ohnmächtiger Zuschauer miterleben mußte und im Buch verarbeitet. »Der vierfarbige Punkt« ist im fünften Jahr jener Ereignisse auch ein mahrender Beitrag zur Diskussion, wenn es um das Leben von Ausländern in Deutschland geht.

Die Niederlage des Sozialismus, Zerfall und Krieg in Jugoslawien und der Sowjetunion, der anschwellende Rassismus und die Morde an Ausländern in Deutschland, der Verfall menschlicher Werte und manches andere wurden für ihn, der mit viel Neugier und Hoffnung zu uns gekommen war, zu einem Alptraum und Zeichen einer apokalyptischen Zeit.

Japaz begleitet den Vereinigungsprozeß kritisch. Er hat gemeinsam mit den Ostdeutschen quasi als »Ausländer-Ossi« wichtige Lernprozesse und Erfahrungen machen können, die ihn in die Lage versetzten, die DDR und den Osten besser als die meisten westdeutschen Autoren von »Wende«-Literatur oder »Geschichtsaufarbeitung« verstehen und bewerten zu können.

Im Verfassungsentwurf des »Runden Tisches« kristallisierte sich für ihn 1989/90 das Symbol der »unterworfenen« oder »unschuldigen Utopie«, die damals keine Chance hatte. Er hat nie die Hoffnung verloren, daß sie in ein paar Jahren der Vergangenheit entrissen werden wird.

Kurz nach Erscheinen des Buches ist der

Autor an einem langen und schweren Krebsleiden verstorben. Beendigung und Erscheinen des Buches ist der Hilfe vieler Freunde, vor allem Juan Stanke zu danken, der den spanischen Text übersetzte und adaptierte.

STEFFEN FLECHSIG

Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.):
 Markt oder Plan. Wirtschaftsordnungen in Deutschland 1945-1961, Campus Verlag Frankfurt/New York 1997, 222 S.

Es handelt sich um das Buch zu einer Ausstellung gleichen Namens, die bis Anfang Juni im Bonner »Haus der Geschichte« lief und anschließend »durch die Republik« wandern sollte. »Die Ausstellung vollzieht die getrennten Weg nach, um mit dem Wissen um die Vergangenheit das Verständnis für einander zu vertiefen und Perspektiven für eine fruchtbare Diskussion der Zukunft zu eröffnen.« So charakterisiert Projektleiter Hanno Sowade das Anliegen der Präsentation (S. 14). Im »Buch zur Ausstellung« haben Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter des Museums und Journalisten versucht, das Anliegen der Ausstellung in anderthalb Dutzend Artikel zu fassen. Die Museumsmitarbeiter konzentrieren sich auf besser abbildbare Themen: Arbeitswelt im VEB, Lebensstandardentwicklung, Wirtschaftswerbung, Sozialpolitik. Um die Vermittlung der – wie der Direktor des »Hauses der Geschichte« zu Recht bemerkt – »nicht leicht anschaulich darzustellenden« Themen wie »Wirtschaftsordnungen und die Reaktionen der Menschen auf die sie umgebenden Wirtschaftssysteme« (S. 9) bemühen sich Wissenschaftler und Journalisten.

Was die Wissenschaftler betrifft, so war der Herausgeber um Prominenz bemüht. Der britische Wirtschaftshistoriker Alan Milward schreibt über die anfangs noch deutlich von einander unterscheidbare Wirtschaftspolitik in den drei westlichen Besatzungszonen und über den Marshallplan, der Mannheimer DDR-Forscher Hermann Weber über die Wirtschaftspolitik in der sowjetischen Besat-

zungszone und Ludolf Herbst, bekannt durch seine Forschungen zur NS-Wirtschaftspolitik, verfolgt den Weg der deutschen Wirtschaft von der Kapitulation bis zur Währungsreform. In die fünfziger Jahre hinein führen der Artikel von Ulrich Kluge – bekannt geworden durch Veröffentlichungen zur Agrargeschichte der Bundesrepublik – zur ost- und westdeutschen Landwirtschaftsentwicklung und Christoph Buchheims ordnungspolitische Betrachtung der Industrieentwicklung der DDR.

Die relativ kurzen Beiträge können nur Bekanntes zusammenfassen. Die Chance, Eigenes einzubringen, bestand für die Historiker durch die Auswahl der Fakten und ihre Interpretation. Diese Chance wurde auch genutzt, und so sind eigenständige Beiträge entstanden, die den Leser zum Mitdenken auffordern. Das gilt besonders dann, wenn die Meinungen deutlich auseinandergehen. So, wenn Hermann Weber für die SBZ der ersten Nachkriegsjahre ein nur zögerndes Wirtschaftswachstum feststellt (S. 37), Christoph Buchheim dagegen ein deutlich schnelleres als in den Westzonen (S. 69). Oder wenn Christoph Buchheim und Ludolf Herbst die wirtschaftliche Ausgangssituation Ostdeutschlands für günstiger einschätzen als die Westdeutschlands (S. 28, 64), Hermann Weber dagegen feststellt, daß »die ökonomische Ausgangslage, insbesondere der Industrie,.. sehr ungünstig« war. (S. 35) Stören mag das nur diejenigen, die von der Wissenschaft »letzte Wahrheiten« erwarten. Aber ein Indiz für den Bedarf nach weiterer Diskussion der deutschen Zonenwirtschaften sind die aufgeführten Divergenzen gewiß.

Die Autoren fällen ihre Urteile für Bewirtschaftung, Plan- und Marktwirtschaft aus dem von ihnen gelieferten Fakten- und Argumentationszusammenhang heraus. Ihre Einschätzungen sind nachvollziehbar, aber vielleicht nicht immer überzeugend. An die Grenze vom Argument zur Agitation bewegt sich nur Kluge, wenn er in seinem Beitrag die »physische Ausrottung von Adelsfamilien, Gutsinspektoren und Großbauern« als Charakteristikum der ostdeutschen Bodenreform herausstellt (S. 81) und die lange und intensiv geführte Diskussion um eine Bodenreform in den Westzonen, die teilweise auch in den Länderverfassungen ihren Niederschlag fand, damit

abtut, daß die Ernteerträge »bereits 1949 wieder den Vorkriegsstand erreichten, so daß eine Umstrukturierung der Agrarverfassung aus Gründen höherer Produktivität überflüssig erschien.« (S. 82). Kluge schafft es auch, 11.000 Neubauernstellen West (gegenüber 210.000 im Osten) noch als Erfolg anzubieten.

Fast durchgehend schlägt dagegen Geschichte in Agitation um, wenn sich – durchaus prominente – Journalisten des Geschichtsstoffes annehmen. Wenn Peter Gillies, bekannt durch seine Beiträge für »Die Welt«, einerseits über die neokeynesianistische Wende der Wirtschaftspolitik in der großen Koalition vermerkt: »Das Konzept scheiterte und hinterließ einen Berg von Staatsschulden«, und andererseits für die Politik nach der »Kohlschen« Wende von 1982, die zu einer weit höheren Staatsverschuldung und einem »festen Sockel« von 2 Millionen Arbeitslosen führte, meint, sie habe erstaunlich positive Wirkungen erzielt, so hat das mit Geschichtsinterpretation nichts mehr zu tun. Ähnlich parteilich und kämpferisch bewältigt auch Volker Wörl, jahrelang leitender Wirtschaftsredakteur der »Süddeutschen Zeitung« seinen Part über die DDR-Wirtschaft vom Anfang der sechziger Jahre bis zur Wiedervereinigung. Dafür nur ein Beispiel: Vom Herbst 1989 bis zum Frühjahr 1991 »sackten Produktion und teilweise auch die Beschäftigung in den neuen Bundesländern auf ein Drittel ihres vormaligen Niveaus ab«. Der Grund nach Wörl: Die Selbstauflösung der DDR-Planwirtschaft. Erst im nachfolgenden Abschnitt wird von ihm eingeräumt, »daß die Währungsumstellung im Verhältnis 1 zu 1 in den neuen Ländern wie eine gigantische Aufwertung wirkte und die Produktion im Außenhandel zusätzlich konkurrenzunfähig machte.« (S. 188)

Vielleicht hätte man auf die – vom Thema der Ausstellung her überhaupt nicht geforderte – Ergänzung der Wirtschaftsgeschichte beider deutscher Staaten bis zur Wiedervereinigung doch verzichten sollen. Oder sich auch für diesen Part, wie für den Zeitraum davor doch recht erfolgreich, um Wirtschaftshistoriker als Autoren bemüht. Es gibt sie. Für die DDR hätte der Herausgeber zwecks fundierter Darstellung des »Neuen Ökonomischen Systems« und der Honeckerschen »«Einheit von

Wirtschafts- und Sozialpolitik« freilich »echte Osis« ansprechen müssen. Das hat man bei der Konzeption des thematisch »gesamtdeutsch« angelegten Bandes allerdings gänzlich vermieden.

JÖRG ROESLER

Blätter des Informationszentrums

3. Welt, Nr. 216

Dritte-Welt-Arbeit erschöpft sich nicht in Boykottaufrufen gegen böse imperialistische Bananenproduzenten sowie in Kampagnen, nur ökologisch unbedenklichen und garantiert fair gehandelten »Sandino-Kaffee« zu trinken – auch wenn dies einen wesentlichen Teil ihrer Aktivitäten bildet. Dies war mir schon bewußt, bevor ich dieses Ausgabe des wohl ältesten und bekanntesten Informationsblattes der Dritte-Welt-Initiativen im deutschsprachigen Raum in die Hände bekam. Dennoch war ich positiv überrascht. Außer mehreren (durchaus lesenswerten) Artikeln u.a. über religiös-fundamentalistische Bewegungen in der Dritten Welt, über die neuesten Entwicklungstendenzen der kubanischen Literatur, zum afroamerikanischen Boxsport sowie einen Bericht über das »Internationale Treffen gegen den Neoliberalismus« in Chiapas nimmt das Schwerpunktthema »Globalisierung« den weitaus größten Teil dieser Zeitschrift ein – was für ein Blatt aus diesem politischen Spektrum schon nicht ganz alltäglich ist.

Die Macher/innen der »Blätter« erklären in einem vorangestellten Kommentar auch, weshalb sie sich für diesen Schwerpunkt entschieden haben: Die »Globalisierung« als Prozeß sei dem Kapitalismus an sich schon inhärent. Unter der gegenwärtigen Umstrukturierung des kapitalistischen Systems – eben jener »Globalisierung« – verberge sich schlicht eine »Verschlankung« des Systems, d. h. ein Abbau des Sozialstaates. Eine Untersuchung dieses Prozesses aber wäre erste Voraussetzung, ihm Widerstand entgegenzusetzen. In einem ersten Artikel durchleuchtet *Georg Lutz* (Mitarbeiter des iz3w) die ökonomischen Konsequenzen der gegenwärtigen Welle neoliberaler Wirtschaftspolitik, die er vor allem in Massenverarmung, zunehmenden Nationalis-

men, Abspaltungstendenzen und Bürgerkriegen in vielen Teilen der Welt sieht. Nach seiner Auffassung sind die Folgen des neoliberalen Modells auf die Dauer für das Gesamtsystem nicht tragbar. Die parlamentarische Linke, die die sich zwangsläufig anbahnenden Gegentendenzen eigentlich für sich ausnutzen sollte, kranke jedoch an der Unfähigkeit, außerhalb der Handlungsspielräume eines prosperierenden Wohlfahrtsstaates agieren zu können.

Joachim Hirsch (Professor für Politikwissenschaften in Frankfurt) setzt sich in einem Interview mit den derzeit in der Linken heftig diskutierten Vorstellungen von Robert Kurz und Karl-Heinz Roth auseinander. Nach seiner Auffassung ist weder einen »Kollaps der Modernisierung« noch eine »Wiederkehr der Proletariat« in Sicht. Zutreffend wären jedoch von beiden Autoren beschriebene Krisentendenzen des Systems. Den daraus sich ableitenden ökonomischen Prozessen könnten die Betroffenen jedoch durch eine stärkere Demokratisierung und Selbstbestimmung entgegenzutreten. In dem nächsten Artikel beschreiben *Elmar Altvater* (Professor an der Freien Universität Berlin) und *Birgit Mahnkopf* (Professorin an der Fachhochschule für Wirtschaft in Berlin) die ökonomischen Auswirkungen des derzeit unter der Bezeichnung »Globalisierung« ablaufenden Prozesses. Nach ihrer Auffassung hat das Wettrennen um den günstigsten Wirtschaftsstandort nicht nur ein gravierendes Abbau an Lohn und Sozialleistungen, sondern unter dem Strich auch ein Realverlust an Arbeitsplätzen zur Folge. Garantien dafür, daß sich einschneidende Kürzungen bei Tariflöhnen und Sozialleistungen bzw. Steuergeschenke an potentielle Investoren langfristig positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen »Standortes« auswirken, könne es jedoch nie geben. Zweck der Globalisierung von Unternehmen bleibe »ganz traditionell die langfristige Erzielung einer Profitrate, die an die auf den globalen Finanzmärkten gebildete Zinsrate heranreicht«. Etwas deplaziert wirkt in diesem Zusammenhang ein nachfolgender Artikel von *Thomas Ebermann* und *Rainer Trampert*, der eigentlich nur ein Auszug aus ihrem jüngst erschienenen Buch »Die Offenbarung der Propheten« darstellt. Nach Auffassung der beiden

Autoren hat sich am Kapitalismus eigentlich gar nichts geändert; was zur Zeit abläuft, wäre lediglich eine Sanierung der Profitrate. Der Vulgärmarxismus stirbt offenbar nie aus... *Martin Janz* (Mitarbeiter am iz3w) bricht in dem nächsten Artikel eine Lanze für Karl Marx, indem er sich anhand der aktuellen ökonomischen Tendenzen kritisch mit dem Revisionismus Bernsteins auseinandersetzt. Nach seiner Auffassung sollte die gegenwärtige Debatte zu Globalisierung und Krise in eine kritische Theorie kapitalistischer Vergesellschaftung münden. In dem letzten Artikel setzt sich *Christine Parsdorfer* (Mitarbeiterin am iz3w) kritisch mit dem Begriff »Zivilgesellschaft« und der Rolle der »Nicht-Regierungs-Organisationen« (NRO) auseinander. Im Rahmen des Globalisierungsprozesses wären die meisten international agierenden NROs längst instrumentalisiert und im Namen einer vorgeblichen Zivilität zu quasi-staatlichen Kontroll- und Regulationsapparaten degradiert worden. Voraussetzung für die Schaffung einer tatsächlichen »Zivilgesellschaft« wäre jedoch zuerst die Überwindung der globalen Hegemoniestruktur, d. h. der weltweit wirkenden Ausbeutung durch eine Handvoll im Norden beheimateter Großunternehmen.

Eine Zusammenstellung weiterer Zeitschriftenausgaben, die sich gegenwärtig mit dem »Globalisierungs«-Prozeß beschäftigen, ist eine brauchbare Ergänzung für Leser, weiter mit diesem Thema beschäftigen wollen. Im Frühjahr 1997 wird in der 219. Ausgabe der »Blätter« die Debatte weitergeführt.

Übrigens; das »Informationszentrum 3. Welt« wird in diesen Tagen 25 Jahre alt – Gratulationen, Abo-Bestellungen oder sonstige Zuwendungen können gerichtet werden an: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum 3. Welt; Postfach 5328, Kronenstraße 16 (HH) in D-79020 Freiburg im Breisgau.

GERD BEDSZENT

Markus Lamprecht, Hanspeter Stamm:
Die soziale Ordnung der Freizeit.
Soziale Unterschiede im Freizeitverhalten
der Schweizer Wohnbevölkerung,
Seismo Verlag Sozialwissenschaften
und Gesellschaftsfragen, Zürich
1994, 564 S.

Die industrialisierte Zivilisation des Kapitalismus hat den Müßiggang und die beschauliche Langsamkeit vorhergehender Gesellschafts-epochen in eine nicht selten anstrengende und auch verwertungskonforme Veranstaltung verwandelt, für die sich der schillernde Name »Freizeit« eingebürgert hat. Während noch in Antike und Feudalismus das Vorrecht, nicht arbeiten zu müssen, ein ständiges Privileg war und sich die »freie« Zeit der arbeitenden Bevölkerung vorwiegend nach den Perioden des agraren Reproduktionszyklus richteten, ist Freizeit im kapitalistischen Wohlfahrtsstaat ein höchst widersprüchliches Phänomen, von dem – insbesondere vor den neo-liberal inspirierten Attacken konservativer Wirtschaftspolitik auf die Dauer des Arbeitstages wie auf die Länge der Lebensarbeitszeit – angenommen wurde, daß es die Gesellschaft der Zukunft maßgeblich prägen wird. In Zeiten der von Globalisierung getriebenen Weltmarktkonkurrenz zwischen nationalen »Wettbewerbsstaaten« ist Freizeit dreierlei zugleich – einerseits knappes Gut und andererseits zunehmend im Überfluß vorhanden sowie schließlich ein Wachstumsfaktor. Knapp ist sie für jene Arbeitsplatzbesitzer, für die Überarbeit eine dauernde Begleiterscheinung des alltäglichen »Wettbewerbsstress« ist; demoralisierend und psychisch belastend wirkt sie auf die wachsende Zahl derer, die vom »Normalarbeitsleben« ausgeschlossen sind, und als Wachstumsfaktor soll der Konsum von Freizeitartikeln, die Inanspruchnahme von Dienstleistungen, das gezielte Suggestieren von Fernreisesucht u.v.m. der konjunkturschwachen Wirtschaft auf die Sprünge helfen und gleichzeitig noch Arbeitsplätze schaffen. Während also die, die über Hochlohneinkommen verfügen, tendenziell keine Zeit für Freizeit haben, ist die Freizeit der Arbeitslosen eine eher anrühliche Sache, nicht nur weil Freizeit im

bürgerlich-kapitalistischen Anständigkeitsdenken Arbeitszeit voraussetzt – Freizeit muß durch Arbeitszeit »verdient« werden –, sondern weil ihnen auch zunehmend die Mittel zur Teilnahme am Freizeitkonsum fehlen. Und »Geldsubjekte ohne Geld« sind für die Freizeitindustrie, wie für die Marktgesellschaft überhaupt, natürlich Unpersonen, die im Freizeitpark nichts zu suchen haben.

Wie frei sind wir also wirklich in der Freizeit? Worin besteht ihr Stellenwert und wodurch wird Freizeitverhalten determiniert? Daß sind die leitenden Fragestellungen, mit denen sich die schweizer Soziologen M. Lamprecht und H. Stamm aufmachen, die »soziale Ordnung der Freizeit« in modernen Gesellschaften – hier am Beispiel der Schweiz – zu ergründen. Der wissenschaftliche Ernst, mit der sie die Problematik verfolgen, hat eine Studie entstehen lassen, die als Disserationschrift an der Universität Zürich angenommen wurde und die – wie bei derartigen Schriften leider nur allzu oft üblich – keine leicht zugängliche (Freizeit)Lektüre darstellt.

Das vorliegende Buch hat alles, was ein wissenschaftliches Werk wirklich wertvoll macht: eine interessante und politikrelevante Fragestellung, die mit hohem intellektuellen Aufwand in den gesellschaftlichen Kontext eingeordnet und theoretisch verdichtet wird, und nicht zuletzt einen auch methodisch außerordentlich fundierten, spannenden empirischen Teil. Die Ausgangsüberlegungen, methodisches Instrumentarium und Ergebnisse werden systematisiert in drei Teilen, auf insgesamt 16 Kapitel verteilt, präsentiert, wobei das von den Autoren gewählte Darstellungsprinzip, vor jedem Abschnitt zu erklären, was im folgenden gemacht werden soll, und jeden Abschnitt mit einer Zusammenfassung zu beschließen, zu einiger Redundanz und zu durchaus vermeidbaren Längen führt. Denn, wenn davon aus gegangen werden darf, daß die jeweiligen »Regieanweisungen« am Anfang und die Zusammenfassungen am Abschnittsende erst verfaßt wurden, als die Kernabschnitte bereits geschrieben waren, kann es natürlich kaum verwundern, daß hinten immer genau das herauskommt, was vorn bereits angekündigt wurde.

Der erste Teil befaßt sich im fünft Kapitel geliedert mit der Freizeit als Gegenstand so-

ziologischer Forschung und mit dem sozialhistorischen Hintergrund der Freizeitentwicklung bis zur Gegenwart. Hieraus werden dann Überlegungen zu »Bedeutung und Funktion der Freizeit für die Gesellschaftsmitglieder bzw. die unterschiedlichen sozialen Gruppen« sowie zu den »Determinanten der Freizeitaktivität« (S. 59) abgeleitet. Auch dann, wenn eine Analyse der Freizeitentwicklung die längerfristig wirksamen Tendenzen der »Expansion«, der »Differenzierung« und der »partiellen Verselbständigung« des Freizeitbereichs zutage fördert, ist es nach Meinung der Autoren höchst fragwürdig, ob die sich formierende neue gesellschaftliche Realität in den Industrieländern tatsächlich als Freizeitgesellschaft adäquat beschrieben werden kann. Sie gehen vielmehr davon aus, daß auch die zukünftigen Gesellschaftsformen vor allem technisch-ökonomisch getriebene Strukturen sein werden, in denen »technologischer Stil und politökonomische Regimes« (S. 69) die anderen gesellschaftlichen Teilsysteme dominieren. Obwohl die Freizeit an Bedeutung gewonnen hat, »legen ... die erörterten Veränderungstendenzen des Schluß nahe, daß es sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht falsch wäre, bereits vom Ende der ›Arbeitsgesellschaft‹ zu sprechen« (S. 172).

Im Teil zwei sind die Autoren bemüht, nach einer kritischen Durchsicht der wichtigsten theoretischen Modelle für das Freizeitverhalten ein theoretisches Modell zu entwerfen, »daß die empirische Beliebigkeit der bisherigen Forschung zu überwinden versucht« (S. 174). Eckpunkte des außerordentlichen komplexen Ansatzes sind die Vermutung, daß »soziale Ungleichheit nach wie vor Einfluß auf das Handeln hat« (S. 279) und daß es zum Nachweis diese Ungleichheitsstruktur notwendig ist, einen mehrdimensionalen Raum zu konzipieren, »in dem die verschiedenen Ungleichheitsdimensionen und Positionsverteilungen« eingeordnet und miteinander verknüpft werden können. Die beabsichtigte Analyse der Korrelationen zwischen den Kategorien soziale Lage und Freizeitaktivität erfolgt im Modell vor dem Hintergrund eines jeweils spezifischen gesellschaftlichen Gesamtentwicklungsniveaus über die Beschreibung von Ungleichheitsstrukturen (Qualifikation, Arbeitsplatz, soziale Herkunft, Alter, Ge-

schlecht, Nationalität und Privilegien) und deren Konsequenzen für die Arbeits-, Lebens- und Wohnsituation sowie den individuellen Habitus (Denk- und Wahrnehmungsmuster). Der sich daraus konstituierende Lebensstil schließt spezifische Freizeitverhaltensmuster (Aktivitätsformen, Freizeitstile) ein – und darum geht es Lamprecht und Stamm letztendlich, um die »explorative Anwendung eines erweiterten Strukturmodells auf die Analyse des Freizeitverhaltens« (S. 283) im Rahmen einer empirischen Fallstudie.

Diese Fallstudie wird einschließlich der ausführlichen Entwicklung der angewandten statistisch-mathematischen Methoden im dritten Teil des Buches dargestellt. Sicherlich hat das hier en detail vorgeführte Erhebungsverfahren und die Diskussion von Interpretationsvarianten, die sich aus den unterschiedlichen Möglichkeiten der Verknüpfungen der untersuchten Variablen ergeben, seinen eigenständigen Wert, den Experten mit Sicherheit zu würdigen wissen. Ob Aufwand und Ergebnis hier allerdings im richtigen Verhältnis stehen, darf insbesondere auch deshalb bezweifelt werden, weil nichts herausgekommen ist, was die Autoren vorher nicht bereits theoretisch abgeleitet hatten (und was natürlich auch in die statistisch-mathematischen Modelle in Form von Vorausannahmen Eingang gefunden hat). Was bestimmt nun nach der Analyse von Lamprecht und Stamm Freizeitaktivitäten und Freizeitstile (»als gruppenspezifisches Muster der Freizeitverbringung«)? »Zu den wichtigsten Determinanten zählen die soziale Lage, die sich aus der beruflichen Stellung, der Bildung und dem Einkommen ergibt, die als ›neue soziale Ungleichheiten‹ bezeichneten Merkmale Alter und Geschlecht sowie die allgemeine Wohn- und Lebenssituation. Demgegenüber sind die konkrete Arbeitssituation und die Arbeitsorientierung für die Erklärung der allgemeinen Freizeitaktivität von geringer Bedeutung. (...) Freizeit (stellt) sich nicht einfach als freier und unabhängiger Lebensraum dar, in dem man tun und lassen kann, was man will, sondern ... auch die Freizeit (ist) durch klar bestimmte Faktoren strukturiert. Auch in der Freizeit existiert eine soziale Ordnung.« (S. 469, vgl. fast wortgleich auch S. 519/20). Nach einer exemplarischen Vertiefung der Befunde hinsichtlich zweier wichtiger Frei-

zeitaktivitäten – Reisen und Sport – im 15. Kapitel folgen schließlich einige abschließende Überlegungen, die nochmals auf die grundlegende theoretische wie praktische Einordnung der Problemstellung »Freizeitverhalten« in den Kontext moderner soziologischer Forschungen sowie auf weiterführende Fragen verweisen.

Der sozialwissenschaftlich interessierte Leser, der sich bis hierher durch gearbeitet hat, hat einige Mühen auf sich genommen und wahrscheinlich auch einen Teil seiner Freizeit investiert, aber er wurde auch durch das hohe intellektuelle Niveau der Darstellung sowie durch eine Reihe bemerkenswerter Einsichten belohnt. Zu fürchten ist allein, daß nur wenige das dafür notwendige Stehvermögen und die nötige Resistenz gegenüber den schier unzähligen Wiederholungen von Kerngedanken aufbringen werden. Auch deshalb und weil sich die vorliegende Studie mit einer Thematik befaßt, die für einen relativ großen Kreis von wissenschaftlich und/oder politisch Engagierten von wachsendem Interesse ist, wäre die Veröffentlichung einer verschlankten und stilistisch verbesserten Version sicherlich eine ernsthafte Überlegung wert.

ARNDT HOPFMANN

Friedrich-Martin Balzer/Christian Stappenbeck (Hg.): Sie haben das Recht zur Revolution bejaht. Christen in der DDR. Ein Beitrag zu 50 Jahre »Darmstädter Wort«, Pahl-Rugenstein Bonn 1997, 369 S.

Der Domprediger Karl Kleinschmidt (1902-1978) fiel im allgemeinen unter die Kategorie »Rot«. Seine Kollegen an der Schweriner Bischofskirche erhielten aus dem Spektrum der volkstümlichen Beobachtung die Farben »Schwarz« und »Gold«. So komplettierte sich die DDR-Trikolore. Kleinschmidts Schrifttum umfaßt neben vielen Zeitschriftenbeiträgen selbständige Publikationen zu Luther, Müntzer, Hutten und Schiller. Er hat den ersten »Knigge« in der DDR verfaßt. Der Kabarettist Werner Finck, mit dem er nach zeitweiliger

Suspension in der Nazizeit kurz zusammenarbeitete, soll ihn den Pastor genannt haben, der ihm seinem Glauben am Unglauben geraubt habe. »Wie immer man zu Karl Kleinschmidt stand, da wird kirchliches und politisches Urteil sich unterscheiden, daß aber müssen alle sagen: Er hat in seiner Amtszeit vielen Menschen in Not geholfen. Er hat dafür seinen politischen Einfluß genutzt und war mancher Ungerechtigkeit zu Leibe gegangen.« (G. Pilgrim, Die Ameisenstraße oder Vierzig Jahre Pastor in der DDR, Schwerin 1997, S.76)

Hanfried Müller (*1925) war systematischer Theologe an der Humboldtuniversität Berlin. Seine Dissertation »Von der Kirche zur Welt« (Leipzig 1961) über Bonhoeffers Entwicklung ist ein großartiges Konzept. Seine Treue zu DDR und Marxismus machte es ihm selbst gegenüber der SED nicht immer leicht. Wo er in seinen Erinnerungen den Alltag in den Blick bekommt, wird es so heiter, wie es zum Beispiel für einen devisenarmen Doktoranden aus der DDR in England werden konnte (216 ff), und so eindringlich, wie ein Theologe vor Stalins Sarkophag reflektiert (220 f). Im allgemeinen muß man schon genau lesen und hören, wie Müllers Beiträge sich von gewöhnlicher Nostalgie unterscheiden, aber das erwartet der Autor und Herausgeber der »Weißenseer Blätter« auch von seinen Lesern.

Gerd Wendelborn (*1935) hat in Rostock Ökumenik und neueste Kirchengeschichte bis 1992 gelehrt und interpretiert sein staatstragendes Engagement bis heute als Beitrag zur Revolution. Wissenschaftlich bemerkenswert und in der Diskussion seine Arbeiten über Joachim von Fiore (1974), Martin Luther (1983) und Berhard von Clairveaux (1993). Der Fiore-Arbeit könnte angesichts der aktuellen Jahrtausendapokalypsen zum bevorstehenden Millennium neue Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Alle Autoren wollten mit dem »Darmstädter Wort« (1947) den kirchlichen Antikommunismus nicht wiederholen. Nun liegen in Auswahl einige Schriften von ihnen zur Auseinandersetzung mit ihren Positionen vor. Das die Autoren in je eigener Weise das Recht zur Revolution bejaht haben, wird für rühmens-

wert halten, wer es will und kann. Daß sie diese Haltung mit der DDR verbinden, stellt sie in die gesamte Kontroverse hinein, die sich aus diesem Ereignis samt Implosion ergeben hat. Selbst wenn man den Ausgang dieser Kontroverse für offen hält, bedarf auch Theologie außerhalb des main stream neben steiler Dialektik und unkomplizierter Geradlinigkeit dringend einer intersubjektiven Analyse, deren Fundamentalität die handelnden Subjekte nicht zuletzt in ihrer Binnen- und Außenkommunikation erklärt, wie es der Theologe Dieter Kraft bei anderen Anlaß in einem Leserbrief an die »Weißenseer Blätter« getan hat, wenn er von der »Folge einer Engführung« schreibt, »die immer nur danach fragt, ob sich jemand ›für uns reklamieren läßt‹. Dieses mag ja Charakter haben und auch kleine Zirkel schaffen und unter bestimmten Umständen auch völlig richtig sein, aber nach permanenter Auswahl und Verwertung wird man am Ende womöglich nur noch sich selbst in den Zeugenstand rufen können.« (»Weißenseer Blätter« 3/1997, S.68)

JENS LANGER

Miso Nikolic: ... und dann zogen wir weiter. Lebenslinien einer Romafamilie.
Mit einem Vorwort von Marielle Mehr, DRAVA-Verlag
Klagenfurt/ Celovec 1997

Ein Rom erzählt seinen Lebensweg von 1940 bis in die frühen Sechziger. Das ist ganz und gar in der perspektive des kulturellen Milieus erzählt: keine Verklärung, gelegentlich leichte Prahlerei bei Freude anlässlich von Erfolgen (beim Überleben), auch Trinkerei und Trunksucht, Liebe, Haß und Glück, Wahrsagerei, Aberglaube und Religion, Fleiß und Wenigertum, dazu Diebstahl nicht ausgespart – also das ganze biografische Gemisch aus Banalität, Extremen und den erträglichen Mittellagen dazwischen.

Die Ehre des Vaters von Miso Mikolic zielte darauf, seine neun Kinder die Schule besuchen zu lassen. So konnte der Autor sein Leben niederschreiben auf über 200 Heftseiten,

die mit Großbuchstaben beschrieben sind. Bis es so weit war, bestimmten Wanderschaften, Hunger und Feste, Fluchtwege und lebensbedrohender Rassismus das Leben des Volks Erzählers und Musikanten. Vor der deutschen Wehrmacht wird die Familie durch einen jugoslawischen Monarchisten versteckt, der Vater wird im letzten Augenblick durch »eine Frau in Uniform« aus der Reihe der Zigeuner genommen, vor der das Erschießungskommando der SS angetreten ist. Der Ortsbürgermeister hatte seine Beziehungen für den Pferdehändler, Schausteller und Fabrikarbeiter eingesetzt. Messerschmidtmaschinen flogen so tief über den Viereinhalbjährigen dahin, daß er das Lachen der Besatzung zu hören meinte.

In sogenannten friedlichen Zeiten laufen Kinder hinter dem Planwagen her und singen im Chor: »Zigeuner, Zigeuner, braten Läuse auf der Gabel und essen sie wie Birnen.« Am nächsten Tag spielt der Junge mit den Rängen eines anderen Dorfes Fußball und ist der Star, und er sagt: die Kinder vom Vortag, »warum waren die so ganz anders (...), obwohl sie genauso Kinder waren (...)? Das habe ich nie begreifen können.« –

Aber es gibt auch die andere Seite. So hat sich der Lehrer Herr Adam dem Kind eingepreßt, weil dieser ihn und die Geschwister voller Verständnis und Liebe förderte. Stolz ist er auch auf Mozes Heinschink, der sich in Wien für die Kultur der Roma interessiert und mit dem er sich intensiv unterhält.

Miroslaw Nikolic erzählt einfach und direkt, einfach schön. Wer will, kann aus seinen Episoden auch etwas lernen über die eigene Zigeuner-Furcht oder Zigeuner-Romantik.

JENS LANGER

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingesandt werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht über-

schreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigefügt wurde.

Die Redaktion

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 50	je	2 DM
Heft 51 bis 62	je	4 DM

Impressum

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN(V.i.S.d.P.),
MARION KUNZE, ULLA PLENER,
ARNOLD SCHÖLZEL, JÖRN SCHÜTRUMPF

Herausgeber.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.

Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMAY und HELMUT STEINER

Verlag: NDZ/Neue Zeitungsverwaltung GmbH,

Geschäftsführerin: RUTH KAMPA

Verlagsarbeiten: MONIKA NOACK

Satz: MARION KUNZE

Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,
10178 Berlin (Tel.: 030 - 2 40 09-561)

Druck: BärenDruck GmbH,

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,

10245 Berlin (Tel.: 030 - 29390800)

Einzelverkaufspreis: DM 10

Jahresabonnement (incl. Versand):

DM 108 (Inland), DM144 (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): DM 120